

GrKo23

Willkommen in meiner Wirklichkeit

Elfter Großer Konvent der Schader-Stiftung

Dokumentation der Jahrestagung am 3. November 2023

Schader-Stiftung (Hrsg.)



Schader Stiftung

GrKo23

Willkommen in meiner Wirklichkeit

Elfter Großer Konvent der Schader-Stiftung

Dokumentation der Jahrestagung am 3. November 2023

Schader-Stiftung (Hrsg.)



Schader Stiftung

Herausgeberin

Schader-Stiftung
Goethestraße 2, 64285 Darmstadt
Telefon 0 61 51 / 17 59 - 0
Telefax 0 61 51 / 17 59 - 25
kontakt@schader-stiftung.de
www.schader-stiftung.de

Redaktion

Alexander Gemeinhardt (verantwortlich), Monika Berghäuser,
Özlem Zahra Eren, Stella Lorenz, Benjamin Stehl

Texte

Valeria Elsesser, Özlem Zahra Eren, Alexander Gemeinhardt, Anselm Hager,
Christopher Hamich, Roger Häußling, Lisa Herzog, Laura Kappes, Stella Lorenz,
Kirsten Mensch, Luca Müller, Caroline Y. Robertson-von Trotha,
Ulrike Röttger, Nora Simon, Tatiana Soto Bermudez, Luise Spieker,
Benjamin Stehl, Ursula Stein, Peter F. Titzmann, Caroline Walter,
Dennis Weis, Gernot Wojnarowicz

Fotografie

Julia Wisswesser, Darmstadt
Petra A. Killick (Foto Marcus Maurer), privat (Fotos Stephan Käfer, Claudia Prediger,
Patrick Staub), Christoph Rau (diverse Fotos Kap. 6 Biogramme),
studioline Köln (Foto Sonja Preissing)

Satz

Ph. Reinheimer GmbH, Darmstadt

Gestaltung und Herstellung

Ph. Reinheimer GmbH, Darmstadt

Alle Rechte vorbehalten

ISBN 978-3-932736-61-2



Dezember 2023



Inhaltsverzeichnis

1

7 Einleitung

2

13 Programm

3

19 Prolog

4

21 Multilog

5

25 Impuls

6

31 Dialog-Cafés

7

83 Epilog

8

91 Biogramme der Teilnehmenden

9

115 Wahl zum Kleinen Konvent

Willkommen in meiner Wirklichkeit

Willkommen in meiner Wirklichkeit – wie moduliert man das am besten zu Beginn eines Großen Konvents im November 2023? Zu vielfältig sind die Möglichkeiten, diesem Konventsthema einen Sound zu geben – den Stoßseufzer, die Anklage, das Mit- oder Selbstmitleid, die Einladung.

Willkommen in meiner Wirklichkeit – das könnte am Anfang eines Zirkusabends stehen, wenn sich der Samtvorhang zur Seite zieht und die Manege frei wird für Traumwelten und Unglaubliches, Sensationelles, Atemberaubendes. Oder im Cabaret – wie das Eingangsstück des gleichnamigen Musicals:

Willkommen! Bienvenue! Welcome!

Fremder, étranger, stranger

Glücklich zu sehen

Je suis enchanté

Happy to see you

Bleibe, reste, stay

So beginnen unbeschwerte, ausgelassene Momente. Im Musical „Cabaret“ von 1966 endet diese Ausgelassenheit der 1930er Jahre in der aufsteigenden Katastrophe des Nationalsozialismus. Die Lebensfreude bleibt im Halse stecken.

Wir alle werden Bilder vor Augen haben von Lebensrealitäten nah und fern, die so gar nicht „willkommen“ heißen. Und die doch präsent sind, wenn wir uns im Horizont von Gesellschaftswissenschaften und Praxis bewegen, nicht jenseits von Empirie und Faktizität, aber auch nicht jenseits von Empathie und Haltung. Auf dem schmalen Grat zwischen Mechanismen der Empörung und dem wirklichen Status Confessionis, dem Punkt, an dem „Nie wieder!“ genau „jetzt“ bedeutet, sei es das klare Entgegenreten gegen imperialistisches Machtstreben, gegen den Terror und die Dystopie der Auslöschung Israels oder gegen die Zerstörung der einzigen Erde, die uns bleibt. Und um ein ganz aktuelles politisches Statement zu zitieren, vielleicht „kann man sich auch gar nicht genug empören“, gibt es kein Drittes mehr. „Tertium non datur“ sagt der Lateiner, „Ebbe reischt’s“ sagt der oder die geneigte Darmstädter*in dazu – und meint das dann auch so. Ganz bewusst steht deshalb im einleitenden Prolog-Film des GrKo23 eine jüdische Perspektive am Anfang, weil unser guter Wille nicht reicht, wenn er nicht Taten folgen lässt der Solidarität – mit der Existenz Israels und dem unbedingten Willen und Einsatz für ein friedliches, geschwisterliches Miteinander mit jüdischen Menschen in Deutschland.

Gut, in solchen Momenten nicht allein zu sein, sondern als Stiftung beschenkt mit Partner*innen und Gästen, die uns nach genau zehn Jahren immer noch und wieder einmal im Jahr und oft unterjährig in verschiedensten Formaten ihre Zeit und ihr Mitdenken schenken.

Zukunft und mehr

Aber in welcher Wirklichkeit sollte denn Hoffnung bestehen für die Zukunft? Einer der jungen Impulse in den Dialog-Cafés exemplifiziert diese Frage, denn wie kann man Hoffnung haben, wenn schon die alltäglichen Interaktionen nicht funktionie-



ren? Wenn Menschen sich nicht die kleinsten Freundlichkeiten im Alltag angedeihen lassen und gleichzeitig keine realpolitische Hoffnung auf eine friedliche, gerechte, nachhaltige Welt ohne Hass, Diskriminierung, Klimaschädigung und Hunger besteht. *Willkommen in (m)einer Wirklichkeit!*

Allein der breite generationale Horizont, den der Große Konvent in den vergangenen Jahren zunehmend abbildet, zieht von der „Letzten Generation“ über die Generation „No future!“ der 1980er Jahre bis hin zu den Nachkriegsgeborenen in einem materiell und moralisch verwüsteten Land einen weiten Bogen. Mit anderen wissenschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Einrichtungen fragen wir uns, wie wir noch deutlich besser weitere Milieus integrieren können, diversere kulturelle Zugänge abbilden und Erfahrungen der Migrationsgesellschaft angemessen berücksichtigen können.

Mit den Darmstädter Tagen der Transformation (DTdT) haben wir seit Jahren transformative und transdisziplinäre Prozesse im Blick. Mit der neuen Staffel von 2023 bis 2025 unter der Förderung der Deutschen Bundesstiftung Umwelt und in direkter Kooperation mit der Hochschule Darmstadt, der Industrie- und Handelskammer Darmstadt Rhein Main Neckar und der Schmid Stiftung (Heidelberg) widmen wir uns besonders dem direkten Gespräch mit kleinen und mittleren Unternehmen. Eine neue Wirklichkeit für manche gesellschaftswissenschaftlich geübte Debatte, wie sich auch im betreffenden Dialog-Café in der direkten Begegnung zeigte.

Das Stiftungs-Projekt „Governance der Gebäudemodernisierung in kleinen und mittleren hessischen Kommunen“ bringt manche großen politikwissenschaftlichen und politischen Entwürfe auf den Boden einer kommunalen Realität zurück. Gemeinsam mit dem Institut Wohnen und Umwelt (IWU) und der Hochschule Darmstadt gehen wir dort mit den Akteuren aus zwölf sehr unterschiedlichen Kommunen den praktischen Weg nachhaltiger Entwicklung nach und treffen auf unterstützende sowie hemmende Faktoren in Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Gesellschaft. Auf sehr unterschiedliche Ausgangslagen, Wirklichkeiten, Zielvorstellungen.

Die Schader-Galerie hat 2023 die jährliche Ausstellung von Unwort Bild e.V. beherbergen und mit einem Begleitprogramm versehen dürfen. Das Unwort des Jahres 2022 diente dafür als Leitmotiv, Provokation und Animation für offene Gespräche: „Klimaterroristen“. In diesem Herbst zeigen wir die BehindART-Ausstellung „Mischmasch. Unsere Kunst – Unsere Wirklichkeit“. Phantastische Werke von Menschen mit Beeinträchtigungen aus der Behindertenhilfe Bergstraße und verschiedenen Mitgliedseinrichtungen des BehindART-Projekts des Paritätischen Hessen. 2024 folgen dann zunächst „Versäumte Bilder“ von ausgezeichneten Frauen in der Wissenschaft

und zwei weitere Ausstellungen. Gerade die Möglichkeit dieser visuellen Erfahrungen erweitert das Stiftungsportfolio ganz besonders.

Aber all diese Debatten sind im GrKo dann auch immer konstruktive Debatten über uns selbst. Darin besteht ein wesentlicher Nutzen, wenn uns so viele unserer Partner*innen ihre Zeit widmen, um unsere und damit auch ihre Schader-Stiftung weiterzudenken. Debatten also über uns als Teil der Gesellschaftswissenschaften, als Stiftung in einem großen Netzwerk von Stiftungen und anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren, über uns als Player in einem regionalen Biotop einer Scientific Community und auch als Menschen mit Profession, aber auch Emotion und Empathie. Gerade deshalb laden wir einmal im Jahr die realen Partner*innen der Stiftung ein, um mit uns über die Wirklichkeit der Schader-Stiftung zu sprechen. Und die gedruckte Dokumentation zeigt durchaus auch die Begrenztheit von schriftlicher Verständigung auf. Sie soll eine Einladung sein, weiter im Gespräch zu bleiben, Stichworte aufzugreifen und Fragen zu entwickeln. Umso schwieriger die wirklichen Herausforderungen, desto wichtiger ist der Dialog zwischen Gesellschaftswissenschaften und Praxis.

Fast genau am 35. Gründungstag der Schader-Stiftung tagte der 11. Große Konvent, es liegen also genau zehn Jahre dieser Arbeit hinter uns, die in dieser Form einzigartig in der deutschen Stiftungslandschaft ist. Uns gibt der Große Konvent die Möglichkeit, Menschen und Themen zu vernetzen, die sich in gut fünfzig laufenden unterjährigen Projekten sonst nicht begegnen würden. Deshalb endet jeder Konvent nicht etwa mit dem Gedanken „erledigt!“, sondern mit neuen Verabredungen, Ideen und Nachfragen.

Menschen

Verabschieden mussten wir nach sechs Jahren im Kleinen Konvent, dem Wissenschaftlichen Beirat, Prof. Dr. Caroline Y. Robertson-von Trotha. Die letzten vier Jahre war sie als Sprecherin des Konvents auch Mitglied des Stiftungsrats und mit all ihrer Erfahrung und präzisen Analyse mittendrin in wichtigen Entwicklungsschritten der Stiftung. Ihre internationale Vernetzung, der Blick auf die Förderung kommender Generationen und die Wertschätzung für die Qualitäten erfahrener Akteur*innen haben den Kleinen Konvent stetig bereichert. Gemeinsam mit ihrem Vorgänger als Konventssprecher Prof. Dr. Klaus-Dieter Altmeyen und dem Geschäftsführenden Vorstand Alexander Gemeinhardt war sie Gründungsmitglied des Kuratoriums der Schader-Residence, deren dritte Fellow Rocío Guenther aus San Antonio / Texas diesen GrKo23 mit einem Impuls bereicherte. Ihren Weg in der Öffentlichen Wissenschaft beleuchtet ein kleiner Lebensbericht unter dem Titel „Becoming Cosmopolite“ auf unserer Website.

Neu gewählt in den Kleinen Konvent wurde dafür Prof. Dr. Jana Friedrichsen, die an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel in der Volkswirtschaftslehre zu dem Schwerpunkt Wirtschaftsethik forscht und lehrt. Sie kennt die Schader-Stiftung bereits als Beteiligte eines Projekts zu fairen Textilien. Kooptiert wurde ab dem GrKo23 der Jurist Maximilian Bertamini (Ruhr-Universität Bochum) als Vertreter der nächsten akademischen Generation, der uns bereits über ein aktuelles Projekt zum neuen Weltraumzeitalter verbunden ist. Er folgt auf Dr. Marilena Geugjes (Hessische Hochschule für öffentliches Management und Sicherheit), die turnusgemäß nach nur zwei Jahren wieder ausscheidet und uns in Projekten, beispielsweise dem Nordic Talking, verbunden bleibt. Mehr zu den Wahlen dokumentieren wir am Ende dieses Bandes in Kapitel 9.

Es ist gute Übung, dass neben dem Kleinen Konvent auch etliche Mitglieder des Stiftungsrats mit den Vorsitzenden Andrea Bartl und Philipp Thoma an der Spitze am Konvent teilnehmen. In diesem Jahr war wieder einmal eine aktuelle Preisträgerin unsere Impulsgeberin; Prof. Dr. Lisa Herzog wurde im vergangenen Jahr mit dem Schader-Preis ausgezeichnet. Ihren Vortrag drucken wir in Kapitel 5 in für die Veröffent-

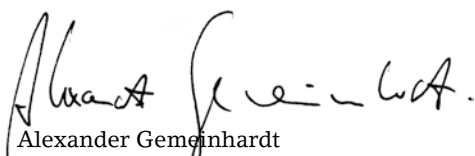
lichung leicht überarbeiteter Form ab – eine wichtige Grundlage zum Verständnis der nachfolgenden Debatten. „Schön geträumt?“ fragte zum Ende des Konvents Gernot Wojnarowicz. Der Orchesterdirektor des Staatstheaters Darmstadt nahm uns damit sowohl ins Spielzeitthema seines Hauses, mit dem die Schader-Stiftung eng verbunden ist, mit – als auch in Darstellungen der Wirklichkeit in Theater und Oper, von denen Wissenschaft manches lernen kann. Wir dokumentieren den Beitrag in diesem Band als Epilog (Kapitel 7).

Und auch im Team sind Wechsel natürlicher Teil der Entwicklung. Mit Laura Pauli hat uns im Frühjahr eine Wissenschaftliche Referentin verlassen, dafür ist die Medienkulturwissenschaftlerin Dr. Stella Lorenz zu uns gestoßen, Tatiana Soto Bermudez wird im Januar 2024 gehen und für sie kommt der Philosoph und Sozialethiker Dr. Gösta Gantner ins Team. Benjamin Stehl kam als Studentischer Mitarbeiter bereits während des Jahres. Den Großen Konvent hat mit Özlem Zahra Eren ganz entscheidend eine junge Kollegin, Studentische Mitarbeiterin der Konvente, geplant und organisiert, unterstützt vom Team des Projektmanagements mit der neuen Kollegin Leonie Herdel als Nachfolgerin von Johanna Lanio, sowie Simone Mundinger, Kirill Uschatov, Justus Heinecker und Alexander Hinz. Ein besonderer Dank gilt wie immer den ehemaligen Praktikant*innen, diesmal Valeria Elsesser, Laura Kappes, Luca Müller und Kristin Sieverdingbeck sowie den weiteren studentischen Hilfskräften für die Dokumentation der Dialog-Cafés.

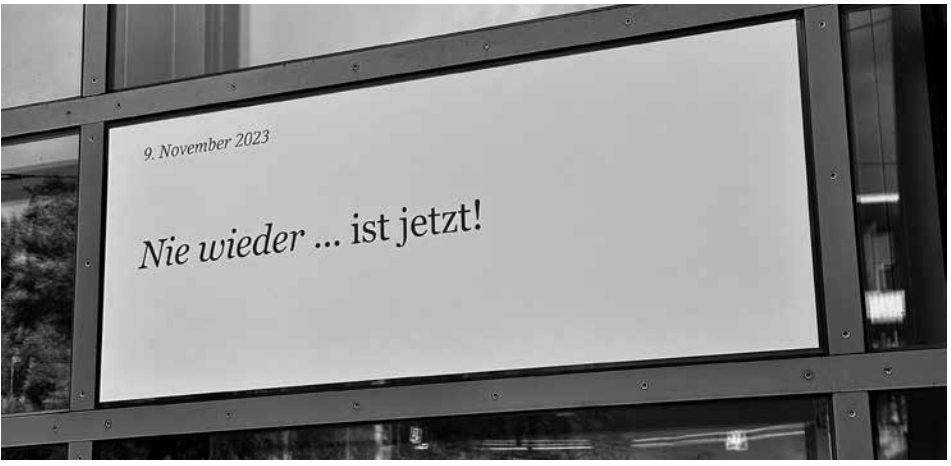
Willkommen auf dem Schader-Campus!

Eine Idee für dieses Willkommen und die Offenheit, Neutralität und Funktionalität der ideellen und materiellen Räume hat Herr Schader vor genau 35 Jahren zur Welt gebracht und damit den Grundstein gelegt für diese Stiftung und auch ganz wörtlich für den Schader-Campus, auf dem auch der 11. Große Konvent und Dutzende Fachveranstaltungen unterjährig wieder getagt haben. Deshalb war uns die Anwesenheit von Herrn Schader und seiner Gattin beim GrKo23 eine besondere Freude.

Die Gesellschaftswissenschaftler*innen sollen die Schader-Stiftung, so unser Stifter, als *ihre* Stiftung begreifen. In einer Vielzahl von Projekten, in einer großen inhaltlichen wie methodischen Breite, haben wir dies auch 2023 als Richtschnur unserer Arbeit genommen. Was 2024 bringen wird? Man mag verhalten auf diese neuen Tage schauen, das ist angesichts der multiplen globalen und regionalen Krisen sicher realistisch. Getragen von dem großen Engagement der Freund*innen und Partner*innen der Schader-Stiftung gehen wir aber auch getrost in dieses neue Jahr. Wir bleiben offen für Neues und Bekanntes, für Ideen, die sonst keinen Ort finden und Menschen, die vielleicht woanders nicht miteinander reden würden. Und auf jene, die in der Schader-Stiftung die Ermöglicherin eines Dialogs ihrer Ideen, Forschungen, Praxiserfahrungen und Visionen sehen. Ihnen allen gilt: Willkommen! Willkommen in meiner, in Deiner, in unserer Wirklichkeit.



Alexander Gemehardt
Geschäftsführender Vorstand
Direktor der Schader-Stiftung



-
- 10:30 – 10:40 Uhr **Begrüßung**
Alexander Gemeinhardt
 Vorstand der Schader-Stiftung
- 10:40 – 11:00 Uhr **Prolog**
»Willkommen in meiner Wirklichkeit« – vier Perspektiven
- 11:00 – 11:30 Uhr **Multilog**
Erste Gesprächsrunden zum Kennenlernen und zum Thema
- 11:30 – 12:15 Uhr **Impuls**
»Wahrheit und Vielfalt«
Prof. Dr. Lisa Herzog, Universität Groningen
 Moderation: *Prof. Dr. Caroline Robertson-von Trotha*
 Sprecherin des Kleinen Konvents
- 12:15 – 12:30 Uhr **Wahlen zum Kleinen Konvent**
Erläuterung des Verfahrens
- 12:30 – 13:30 Uhr Mittagessen
- 13:30 – 14:30 Uhr **Dialog-Cafés | Session 1**
- Dialog-Café 1.1 Geld als zentrale Größe**
Dr. Ulrike Busch, Deutsche Bundesbank
Geld als Element des Wirtschaftssystems sowie der gesellschaftlichen und politischen Ordnung insgesamt ist eine zentrale Größe in unserem Leben, verbindet alle mit allen. Aber: Was ist eigentlich Geld? Wer regiert und beeinflusst das Geld- und Währungswesen? Welche Macht haben Zentralbank, Regierung, Banken, Einzelne und Gesellschaft? Auch Wirtschaftstheorie und Politik geben keine eindeutigen oder endgültigen Einsichten. Zudem unterliegt das Währungs-, Geld- und Bankensystem einem ständigen historischen Wandel, der immer neue Arrangements hervorbringt.
- Dialog-Café 2.1 Donut-Ökonomie**
Yuge Lei, Magistrat Bad Nauheim
Das Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell „Donut-Ökonomie“ setzt auf einen Paradigmenwechsel: Nicht mehr Wirtschaftswachstum als oberstes Ziel, sondern Wohlstand für alle und das innerhalb planetarer Grenzen. Der Donut zeigt symbolisch den Rahmen auf, der für einen sicheren und gerechteren Raum für die Menschheit eingehalten werden muss: Die äußere Grenze stellt mit neuen Dimensionen die planetaren Grenzen dar, also die ökologischen Faktoren, nach innen zwölf Dimensionen die Basis für den Wohlstand. Wie lässt sich Konzept in der Praxis umsetzen? Lassen sich damit Fragen nach erneuerbaren Ressourcen, Verteilungsgerechtigkeit und Wachstumsnotwendigkeit lösen?
- Dialog-Café 3.1 Über Hoffnung sprechen**
Charly Richter, Johannes Gutenberg-Universität Mainz
Hoffnung, aber auch Hoffnungslosigkeit können beide als Motivator für junge Menschen dienen. Wie sie ihre Wirklichkeit im Heute gestalten, ist durchaus unterschiedlich und geprägt davon, welche Zukunft sie sich vorstellen können.

Auch die Zugehörigkeit zu einem wissenschaftlichen Institut oder einer Universität prägt den Alltag und die Wirklichkeit einer Person. In der ersten Session des Dialog-Cafés wollen wir mit einer jungen Person sprechen, die sich in dieser Lebenswelt verortet. Was treibt sie an und um und wie schaut sie in die Zukunft?

Dialog-Café 4.1 Staatliche Verantwortung und Marginalisierung

Prof. Dr. Sonja Preissing, Internationale Hochschule

Erklärungsansätze für Marginalisierungsprozesse sind vielfältig, häufig lassen sie sich auf den Staat zurückführen. Wir sprechen über das Verhältnis von ausgegrenzten Gesellschaftsgruppen zur Demokratie und den dazugehörigen Institutionen, um dabei die Ursprünge von Entfremdungsprozessen nachzuvollziehen. Denn oft sind die politischen Partizipationsmöglichkeiten ungleich verteilt und marginalisierte Gesellschaftsgruppen haben nur begrenzte Teilhabechancen. Inwieweit vernachlässigt der Staat bestimmte Teile der Bevölkerung? Wie lässt sich eine stärkere Einbeziehung des gesellschaftlichen Randes gewährleisten?

Dialog-Café 5.1 Soziale Medien der nächsten Generation

Dorinne Schnabel, Media Bubble

*Die Nutzung Sozialer Medien hat in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen. Innerhalb von Sekunden werden Nachrichten und Meinungen auf sämtlichen Kanälen verbreitet, sodass fast jede*r auf sie zugreifen kann. Das Publikum Sozialer Medien wächst stetig und vor allem junge Menschen sehen in ihnen die primäre Informationsquelle. Auf den Journalismus kommen damit ständig neue Herausforderungen zu: Wie generiert man als Medienschaffende*r angesichts der Fülle an Angeboten Aufmerksamkeit? Wie muss sich die journalistische Content-Produktion an neue Medienformen anpassen, um die Rezipierenden zu erreichen? In dieser Session steht im Fokus, wie sich der Journalismus aufstellen muss, um auf Social Media sinnvoll und wirkungsvoll agieren zu können.*

Dialog-Café 6.1 Vielfältige Einfalt

Kamila Bogumila Labuda, Universität Osnabrück

*Große Bühnen können Plätze avantgardistischer Projektionen einer Gesellschaft sein, die plural und erstrebenswert erscheint. Sie spiegeln mancherorts das Idealbild eines progressiven gesellschaftlichen Verständnisses vor und treffen den feuilletonistischen Nerv. Doch suggerieren sie nicht ein einheitliches Gesellschaftsbild, das so in der Breite der Bevölkerung – und somit auch unter den Besucher*innen, noch gar nicht existiert? Gleichzeitig führen viele Bühnen tendenziell klassische Stücke auf, die weder die Diversität der Gesellschaft noch gesellschaftliche Lebensrealitäten in Deutschland abbilden. Wie soll der Zugang zu Kultur so erhöht werden?*

14:30 – 15:00 Uhr

Pause

15:00 – 16:00 Uhr

Dialog-Cafés | Session 2

Dialog-Café 1.2 Lokale Währungen

Stephan Dilschneider, Ecoloc GmbH

Um Geld- und somit Energieabflüsse von Kommunen oder kooperativen Organisationen zu vermeiden, werden lokale Währungssysteme ins Spiel gebracht. Lokale Kreisläufe lassen sich beleben, gemeinschaftliche Strukturen stärken. Sind lokale Währungen eine sinnvolle Ergänzung im Euro-Raum?

Dialog-Café 2.2 Postwachstumsgesellschaft

Verena Wolf, Universität Jena

Wirtschaftswachstum ist nach wie vor Ziel moderner und kapitalistischer Gesellschaften, obwohl es mit steigendem Ressourcenverbrauch und CO₂-Ausstoß einhergeht. Damit werden planetare Grenzen ignoriert und Grundsätze globaler Gerechtigkeit verletzt. Hier setzt die Postwachstumsbewegung und -forschung an. Postwachstum möchte weg von der Abhängigkeit des Wirtschaftswachstums und hin zu einem Guten Leben für Alle. Das klingt utopisch? Ist es auch. Aber es gibt genug gelebte Alternativen und theoretische Ansätze, die wir bereits heute umsetzen können.

Dialog-Café 3.2 Hoffnung auf dem Land

Andreas Horsche und Elisabeth Horsche, Gemeinde Furth bei Landshut

Wie sieht Hoffnung im ländlichen Raum aus? Entgegen dem Bild von Wegzug und Geisterdörfern bieten kleine Kommunen auch vielen jungen Familien eine erstrebenswerte Zukunft. Gleichzeitig ist die Wahrnehmung von Zukunft für dort lebende junge Menschen möglicherweise ganz anders als im städtischen Umfeld. Im Gespräch mit dem Bürgermeister von Furth (Niederbayern) und einem jungen Menschen wollen wir ins Gespräch kommen, wie diese Wirklichkeiten im ländlichen Raum aufeinandertreffen und wie hoffnungsvoll diese Menschen in die Zukunft blicken lassen.

Dialog-Café 4.2 Marginalisierung, Protest und Extremismus

Björn Gutzeit, Polizeipräsidium Südhessen

Marginalisierte Gesellschaftsgruppen sind häufig außerhalb des Blickfeldes von Politik und Medien. Gelegentlich treten sie durch verschiedene Protestformen an die Oberfläche und rücken damit in die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit. Gleichzeitig ist der gesellschaftliche Rand anfällig für extremistisches Gedankengut. Daraus resultieren unterschiedliche Ausdrucksformen der Marginalisierung. Welche Protestformen werden akzeptiert oder kriminalisiert? Was ist der richtige Umgang mit den diversen Wirksamkeiten des gesellschaftlichen Randes? Wie sehen Radikalisierungsbiografien aus?

Dialog-Café 5.2 Medienkritik und Medienverständnis

Peter Unfried, taz FUTURZWEI

*Was zeichnet Journalismus auf der Höhe der Zeit und der Problemlagen aus – und warum gibt es ihn nicht in ausreichender Breite und Tiefe? Wie werden Journalist*innen angesichts des teils stumpfen, extremistischen Lärms in den Sozialen Medien nicht destruktiv und zynisch? Wie können Mediennutzer*innen das einordnen und hinterfragen, was sie hören, sehen und lesen und im besten Fall redaktionell mitgestalten? Es ist höchste Zeit für eine (selbst)kritische Auseinandersetzung von Medien und mit Medien, vor allem auch mit dem politischen Journalismus in Deutschland.*

Dialog-Café 6.2 Einfältige Vielfalt

Mirela Hauck, Studierendenwerk Darmstadt

*Die Wirklichkeit erzählt die besten Geschichten. Doch wer bestimmt die erzählte Wirklichkeit, bringt die Deutungshoheit mit und wie erfahren Betroffene diese Darstellungen? Sichtbare Diversität spiegelt in manchen Fällen die tatsächlichen Gegebenheiten nicht wider. Auch im Kulturbereich besteht die Problematik, die Repräsentanz marginalisierter Gruppen zu überhöhen, indem deren Stellvertreter*innen an prominenten Stellen einbezogen werden. Ähnliche Phänomene sind in der zivilgesellschaftlichen Unterstützung von Migrant*innenselbstorganisationen wahrzunehmen. Wie verändert das die eigene Arbeit und wie muss ernstzunehmender Austausch in der Vielfaltsgesellschaft aussehen?*

16:00 – 16:30 Uhr Pause

16:30 – 17:30 Uhr

Dialog-Cafés | Session 3

Dialog-Café 1.3 Jenseits des Geldes

Jonas Korn, Commons-Institut

Ob Euro oder Lokal-Taler: Es bleibt Geld. Wie wäre ein Leben mit weniger Tauschlogik? Ist die Schenkökonomie eine Alternative? In allen Bereichen oder in bestimmten Segmenten? Oder als Option für die Zukunft? Welche Visionen und Experimente gibt es hierzu?

Dialog-Café 2.3 Green Economy in der Praxis

Dr. Patrick Staub, Bergsträsser Winzer eG

Seit dem Pariser Klimaabkommen von 2015 und dem 2019 präsentierten European Green Deal wachsen die Anforderungen an Unternehmen, nachhaltiger zu wirtschaften. Daran gekoppelt sind Ziele wie zum

Beispiel Ressourcen- und Energieeffizienz, kreislauffähige Produkte und die Einhaltung der Lieferkettensorgfaltspflicht. Möglich soll dies vor allem durch Digitalisierung und technische Innovationen werden. Welche Herausforderungen ergeben sich daraus für kleine und mittlere Unternehmen? Wie nachhaltig können sich einzelne Branchen transformieren? Ein Blick in die Praxis der Bergsträsser Winzergenossenschaft.

Dialog-Café 3.3 Hoffnung, Wirklichkeit, Zukunft

Uschi Wilbert und ein junger Mensch, Jugendmigrationsdienst Darmstadt (IB)

Der Blick in die Zukunft wird nicht nur durch gesellschaftliches Milieu oder Alter beeinflusst, sondern möglicherweise auch durch eine familiäre Migrationsgeschichte. Intersektionale, junge Perspektiven bilden oft eine andere Wirklichkeit ab, als sie junge Menschen in privilegierten Verhältnissen erfahren. In einem gemeinsamen Gespräch mit und zwischen einem jungen Menschen mit Migrationshintergrund und einer Begleitung aus dem Jugendmigrationsdienst sprechen wir darüber, wie Hoffnung in die Zukunft sich auf die Wirklichkeit im Jetzt auswirkt.

Dialog-Café 4.3 Lerneffekte des Dialogs

Dr. Roland Löffler, Sächsische Landeszentrale für politische Bildung

*Eine große Mehrheit der Ostdeutschen sieht sich als Bürger*in zweiter Klasse. Diese Wahrnehmung spiegelt subjektive Entfremdungsprozesse wider. Wie gelingt es uns, den innerdeutschen Zusammenhalt zu sichern und eine Spaltung der Gesellschaft zu verhindern? Der Stil der Debatteführung ist essenziell. Die Inklusion und Exklusion gewisser Meinungen und Positionen bestimmt das gesellschaftliche Zugehörigkeitsgefühl. Doch wie funktioniert der Dialog mit teils extremen politischen Meinungen? Bis zu welchem Grad ergibt Partizipation Sinn? Wie sollten wir miteinander reden?*

Dialog-Café 5.3 Konstruktiver Journalismus

Prof. Dr. Marcus Maurer, Johannes Gutenberg-Universität Mainz
Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine, die Klimakrise oder schwere Naturkatastrophen – negative Geschehnisse auf der Welt prägen unsere Auffassung der Realität. Als Fundament unseres Wissens über aktuelle Ereignisse kann die journalistische Berichterstattung vor allem eines: beeinflussen, wie wir das Geschehene wahrnehmen. Der Konstruktive Journalismus möchte neben der Darstellung der Realität Perspektiven, Visionen und Hoffnung schaffen, sodass der Mensch sich den negativen Eindrücken, denen er tagtäglich ausgesetzt wird, nicht ausgeliefert fühlt. Wie geht der Konstruktive Journalismus dabei vor und inwiefern unterscheidet er sich von anderen journalistischen Formen?

Dialog-Café 6.3 Welcoming Migration - The Compassionate City

Rocío Guenther, Schader-Fellow, Schader-Stiftung

Global migration has local impacts. In many cases, cities remain at the forefront of early response to arrivals and it is local governments who tackle long-term issues regarding cultural integration into society. Yet, a shortage of resources and limited guidelines from federal or state government pose a tremendous challenge. Despite that, what can the welcoming culture of cities and municipalities provide when dealing with the arrival of migrants and asylum seekers? How can San Antonio, Texas – which shares a sister city relationship with Darmstadt – proclaim compassion amid an influx of migrants at the U.S.-Mexico border, when the state does not?

17:30 – 18:00 Uhr

Epilog

»Schön geträumt?« – Ein musikalischer Epilog

Gernot Wojnarowicz, Orchesterdirektor des Staatstheaters Darmstadt

Tobias Hegele, Vibraphon, Staatsorchester Darmstadt

ab 18:00 Uhr

Ausklang in Haus Schader

Herzlich Willkommen zu weiteren Begegnungen und Gesprächen bei einem kulinarischen Ausklang in Haus Schader, dem ehemaligen Wohn- und Arbeitsort unseres Stifters.

*Optional bieten wir um 19:00 Uhr eine Führung durch die BehindART-Ausstellung **Mischmasch. Unsere Kunst – unsere Wirklichkeit** in der Schader-Galerie an.*

19 **Prolog**

*Prof. Dr. Doron Kiesel, Uwe Rindfleisch,
Reyhaneh Nouriani, Dr. Fritz Deppert*
Redaktion: Özlem Zahra Eren



Der Prolog des Großen Konvents der Schader-Stiftung 2023 steht für Sie als Video unter www.schader-stiftung.de/GrKo23 oder auf dem YouTube-Kanal der Schader-Stiftung zur Verfügung.

Willkommen in meiner Wirklichkeit! Dialog ist auch bei einem Kongress einer wissenschaftsfördernden Stiftung nach wie vor: Begegnung von Mensch zu Mensch. Beim Großen Konvent der Schader-Stiftung begegnen sich Menschen, die miteinander bekannt sind – durch die Stiftung vermittelt oder aus anderen Kontexten –, aber auch neue Gäste und Personen, die in ihren Professionen und Arbeitsfeldern noch nicht in Kontakt kamen. Mit dem Multilog führen wir unsere Teilnehmenden in kleinen Gesprächskreisen zusammen, um sie gleich zu Beginn der Tagung in den unmittelbaren Austausch zu eigenen Perspektiven auf das Konventsthema zu bringen. In einem Dutzend kleiner Runden trafen sich also Menschen, die sich gut kannten – und solche, die mit ganz neuen Personen und Institutionen konfrontiert waren. Denn einen gemeinsamen Nenner gab es bei allen – sie sind Mitglied des Großen Konvents der Schader-Stiftung. Also: Willkommen in meiner Wirklichkeit!





26 **Wahrheit und Vielfalt**

Prof. Dr. Lisa Herzog

Moderation: *Prof. Dr. Caroline Robertson-von Trotha,*
Sprecherin des Kleinen Konvents

Der Impuls des Großen Konvents der Schader-Stiftung 2023 steht für Sie als Aufzeichnung unter www.schader-stiftung.de/GrKo23 oder auf dem YouTube-Kanal der Schader-Stiftung zur Verfügung. Das Vortragsmanuskript wurde für die Druckfassung leicht überarbeitet.



Prof. Dr. Lisa Herzog, Universität Groningen

Wahrheit und Vielfalt

Es gibt einen Roman von China Miéville namens *The City and the City*. Dies ist nicht unbedingt eine Leseempfehlung, weil es ein etwas trashiger Krimi ist, aber das Setting ist spannend. Es geht um zwei Städte, deswegen der Titel. Sie heißen Besel und Ul Quoma und existieren im gleichen geographischen Raum, ineinander verwoben. Das eine Haus gehört zur einen Stadt, das nächste zur anderen, und so weiter. Die Einwohnerinnen und Einwohner lernen von klein auf, nur ihre eigene Stadt zu sehen. Es ist streng verboten, die Grenze zu überschreiten, indem man das wahrnimmt, was jeweils in der anderen Stadt passiert. Man muss es rückgängig machen, wenn man etwas gesehen hat, das in der anderen Wirklichkeit der anderen Stadt passiert – auf Englisch heißt das *to unsee*. Das ist vielleicht ein absurder Gedanke, der in diesem Roman durchgespielt wird, aber manchmal fragt man sich, ob unsere Gesellschaften nicht längst so funktionieren.

Den Wahrheitsbegriff philosophisch betrachten

Dieser Begriff, *to unsee*, ist interessant, weil er die Frage aufwirft, ob wir nicht manchmal Dinge wahrnehmen, aber sofort wieder verdrängen, weil wir vielleicht auch von klein auf sozialisiert werden, Dinge wahrzunehmen, aber sofort wieder *unseen* zu machen. Wir leben, wie das auch in den vorherigen Beiträgen diskutiert wurde, in verschiedenen Blasen, *bubbles*, nebeneinanderher. Die Frage ist: was sind die Brücken, was sind die Verbindungen zwischen diesen *bubbles*? Wie gehen wir damit um, wenn an den Grenzen der *bubbles* auch schmerzhaft Konflikte entstehen können, man zum Beispiel bei Familienfeiern eigentlich nur über das Essen und das Wetter reden kann, weil die Politik zu heikel geworden ist und wir es nicht mehr schaffen, zwischen den Blasen, zwischen diesen Wirklichkeiten, Verbindungen herzustellen?

Aus dieser Perspektive heraus muss es so aussehen, als wäre Vielfalt immer eine Bedrohung für Wahrheit. Jeder und jede hat eine eigene Wirklichkeit, in der eigenen Blase. Aber die Frage ist: Ist das so, und sollten wir Vielfalt und Wahrheit wirklich als ein Gegensatzpaar denken? Um das zu beantworten, werde ich kurz in die philosophische Debatte über den Wahrheitsbegriff eintauchen. Die ist zwar endlos und wird wahrscheinlich auch nicht schnell zu einem Abschluss kommen, aber es gibt zwei große Linien darüber, wie Wahrheit gedacht werden kann.

Korrespondenz und Kohärenz in der Theorie

Die eine Gruppe von Theorien sind sogenannte Korrespondenztheorien. Ihnen zufolge sollen unsere Aussagen, also das, was wahr oder nicht wahr sein kann, mit der Wirk-

lichkeit „korrespondieren“. Eine Kritik taucht sofort auf: Mit was genau sollen die Sätze korrespondieren und wie können wir es verstehen? Wie beschreiben wir dieses „da draußen“, die Wirklichkeit, wenn nicht durch weitere Sätze? Dann läuft man Gefahr, in einen infiniten Regress zu geraten, weil immer die Frage ist: Und wie kommen wir jetzt an *diese* Wirklichkeit heran, um eine Korrespondenz zu prüfen? Gibt es irgendeine Wirklichkeit, die einfach so da wäre, die nicht durch unsere Begriffe, durch unsere Blickweise auf die Wirklichkeit geformt wäre?

Die zweite Theoriefamilie, die sich Kohärenztheorien nennen, versucht, auf diese Herausforderung zu antworten, indem sie sagen: Das, was wir aussagen, muss miteinander zusammenhängen, also kohärent sein. Das Netz von Begriffen, Fakten und Einsichten, mit denen wir die Wirklichkeit verstehen wollen, muss in sich geschlossen sein oder zueinander passen. Damit vermeidet man die Frage nach der Verbindung mit der Wirklichkeit da draußen, aber dafür stellt sich eine andere Frage: Wie können wir sicherstellen, dass unser kohärentes Netz in der Wirklichkeit verankert ist und nicht zu einem Hirngespinnst wird, das eigentlich eine Verschwörungstheorie oder andere Art von Fiktion ist, und eben *nicht* in der Wirklichkeit verankert ist? Aus der psychologischen Forschung weiß man inzwischen, wie gut Menschen darin sind, sich die Fakten hinzudeuten oder Evidenz so zu rationalisieren, dass sie der eigenen Linie entspricht. Das ist etwas, das unsere Spezies ziemlich gut beherrscht. Kohärenz ganz ohne Korrespondenz, das klingt nach einem Desaster, weil dann jeder seine eigene kohärente Blase hat und man *nicht* in eine gemeinsame Wirklichkeit kommt.

Wirklichkeit ohne Vorthorie gibt es nicht

Ich denke aber, dass es verkehrt ist, diese zwei Dinge gegeneinander auszuspielen, denn wir brauchen beide Dimensionen. Es gibt keine komplett begriffsfreie oder irgendwie untheoretische, vorthoretische Wirklichkeit da draußen. Trotzdem ist es so, dass wir das Netz an Begriffen und Ideen und das, was wir „Fakten“ nennen, mit dem, was da draußen ist, in Verbindung halten müssen. Das ist im Alltag oft kein Problem, nämlich dann, wenn wir handeln. Wenn wir in der Welt etwas tun, dann schlägt die Wirklichkeit ziemlich schnell zurück, wenn wir falsche Meinungen über sie haben. Wenn ich die falsche Uhrzeit für den Bus aufgeschrieben habe und denke, „Das ist jetzt meine Wirklichkeit,“ dann verpasse ich eben den Bus. Das Problem ist, dass wir in der Demokratie, in der öffentlichen Debatte, über mehr Dinge einen geteilten Wahrheitsbegriff benötigen als über das, was uns im Alltagsleben begegnet und wo die Wirklichkeit sich schon bemerkbar machen würde, wenn wir falsche Meinungen über sie haben. Zum Beispiel über die Realität von Coronaviren – was man auch im Alltag spürt, aber erst, wenn es zu spät ist.

Die Wirklichkeit aus verschiedenen Perspektiven

Insofern ist die Frage: Wie können wir auch über Dinge, die nicht direkt in unserem eigenen Alltagsbereich liegen, zu übereinstimmenden Wirklichkeiten kommen? Insofern wir an das Prinzip Demokratie glauben, müssen wir logisch gesehen davon ausgehen, dass es zumindest in groben Konturen eine Wirklichkeit gibt, die wir teilen und die wir gemeinsam politisch bearbeiten können. *Res publica* heißt „die öffentliche Sache“ – das, was uns alle angeht. Wenn wir keinerlei gemeinsames Verständnis davon haben, was diese Sache denn ist, können wir nicht einmal darüber streiten, wie unsere unterschiedlichen Interessen und Werte in dieser Wirklichkeit umgesetzt werden könnten, und wo wir Kompromisse mit den Interessen und Werten anderer machen müssen. Ich will damit nicht einer simplizistischen Trennung von Fakten und Normen das Wort reden, das ist oft komplizierter. Aber ohne eine gewisse Einigung auf Fakten und auch darauf, mit welchen Methoden wir in welchen Lebensbereichen Fakten gewinnen können, ist es nicht vorstellbar, wie demokratische Politik zu denken wäre.

Was bedeutet dann Vielfalt für Demokratie? Auf den ersten Blick, das hatte ich schon angedeutet, erscheint sie als eine große Herausforderung. Wie gehen wir um mit all den vielen Perspektiven? Führen vielfältige Perspektiven nicht automatisch zu mehr Konflikten? Selbst im besten Fall, in dem man bereit ist, sich zu einigen, dauert es länger, ist es mühsamer, um sich darauf zu einigen, was man denn als Wirklichkeit anerkennt. Natürlich ist das insbesondere aus der Perspektive derjenigen mühsam, die glauben, dass sowieso *sie* die richtige Perspektive haben, weil sie die in der Vergangenheit auch hatten, weil sie die privilegierte Gruppe waren. Dann ist es besonders schwer, anzuerkennen, dass Vielfalt etwas anderes als ein Problem sein könnte.

Die Wirklichkeit aus Platons Sicht

Ich möchte jedoch argumentieren, dass Vielfalt unsere beste Chance ist, die komplexe Wirklichkeit da draußen, die wir gemeinsam managen müssen, bestmöglich zu erfassen. Ich sage das deswegen, weil ich nicht glaube, dass man mit *einer* Perspektive die Wirklichkeit, oder auch nur die wesentlichen Bezüge der Wirklichkeit, erfassen könnte. Die Vorstellung, dass es den *einen* Blickpunkt gäbe, von dem aus man die Wirklichkeit verstehen könnte, ist im Grunde ein Denkmuster, das aus den monotheistischen Traditionen stammt. Auch in der Philosophie im Platonismus gibt es die Vorstellung, dass es *den einen* Blick Gottes auf die Welt gibt und wenn man ihn erreicht hat, dann muss man sich nicht mehr darum kümmern, was *Hoi polloi* so denkt, weil man eben in der Position ist, *zu wissen*, und alle anderen die Verblendeten sind: Platons Höhlengleichnis lässt grüßen. Wenn wir nichtplatonische, säkulare Politik machen wollen, dann müssen wir davon ausgehen, dass es so einen Blick Gottes nicht geben kann. Das ist im Übrigen auch mit vielen religiösen Positionen vereinbar, denn es wäre eben der Blick Gottes, und nicht der Blick sterblicher Gläubiger.

Vielfalt als Chance, die Wirklichkeit zu verstehen

Vielfalt ist unsere beste Chance, um als Menschen unter Menschen, mit all unseren Begrenzungen, sozusagen horizontal, miteinander die Wirklichkeit zu verstehen. Damit will ich nicht bestreiten, dass es ungleiche Expertise gibt. Jemand, der sich Jahre und Jahrzehnte mit einem Thema beschäftigt hat, hat mehr Autorität als jemand, der zehn Minuten gegoogelt hat. Das ist auch deswegen der Fall, weil die Expertin oder der Experte *gemeinsam* mit anderen Expert*innen daran arbeitet, die Wirklichkeit zu erfassen und weil es vielfältige Mechanismen dafür gibt, zu checken, zu kontrollieren, dass dieses Wissen, das dann als Expertise in den öffentlichen Diskurs eingebracht wird, auch wirklich sauber erarbeitet wurde und mit den richtigen Methoden hergestellt wurde. Mit anderen Worten: auch Expertise ist Teamarbeit.

Vielfalt macht Mühe, aber ich glaube, die Mühe lohnt sich, um die Wirklichkeit besser zu verstehen und die große Frage ist: Wie organisiert man das? Wie schafft man die Räume dafür, dass es den Austausch geben kann, dass die unterschiedlichen Perspektiven konstruktiv zusammengebracht werden können und vielleicht auch an bestimmten Stellen Grenzen gezogen werden gegenüber denjenigen Auffassungen der Wirklichkeit, die mit demokratischen Werten und gesundem Menschenverstand letztlich nicht mehr vereinbar sind? Repräsentative Demokratie ist ein Ansatz, aber es gibt viele Gründe dafür, sie nicht für das beste aller möglichen Modelle zu halten. Wir haben das seit einigen Jahrzehnten auf diese Art und Weise probiert, vielleicht ist es Zeit, über neue Methoden nachzudenken.

Es gibt derzeit viele Formate, mit denen experimentiert wird: Bürger*innenräte, lotto-kratisch zusammengestellte Gruppen, in denen im Losverfahren Menschen ausgelost werden, um gemeinsam über Dinge zu diskutieren. Da passiert viel Spannendes, allerdings hat kaum etwas davon im Moment wirklich politischen Einfluss. Und es ist eine große Frage, ob es dazu kommen kann. Trotzdem glaube ich, dass dieser Ansatz nicht

der richtige ist, denn er erzeugt im Grunde zusätzliche Mechanismen, zusätzliche Institutionen, anstatt die Frage zu stellen, wie Brücken, wie Mechanismen des Begegnens und des Austauschs, auch im Alltagsleben der Menschen entstehen können – unter anderem im Arbeitsleben, aber auch in der Zivilgesellschaft oder in Nachbarschaften. Nicht als ein Extra, für das man immer noch mehr freie Zeit haben müsste, sondern als etwas, das wirklich zum Leben der Menschen dazugehört.

Die Wiederannäherung sozioökonomischer Schichten als Lösungsansatz

Das führt mich zu meinem abschließenden Argument. Die Nutzung von Vielfalt und vielfältigen Perspektiven und der friedliche und konstruktive Austausch zwischen ihnen ist meines Erachtens nicht möglich, oder wird zumindest erheblich erschwert, wenn sich Gesellschaften sozioökonomisch immer weiter auseinanderentwickeln. Sozioökonomische Ungleichheit schafft Machtunterschiede, und diese unterminieren oft das Vertrauen, das für den offenen Austausch von Perspektiven unverzichtbar ist. Außerdem ist es so, dass Gesellschaften mit höherer sozialer Ungleichheit oft sehr kompetitive Gesellschaften sind, wo alle damit beschäftigt sind, möglichst nicht abzurutschen, möglichst nicht von anderen überholt zu werden. Dann ist die andere Person die Gegnerin und nicht die Person, mit der ich mich vertrauensvoll austauschen kann. Auch das ist ein Grund, wieso Ungleichheit dem konstruktiven Austausch von Perspektiven schaden kann. Es gibt verschiedene empirische Datenpunkte darüber, wie Menschen Vertrauen entwickeln – auch makroökonomisch. Zur Frage, in welchen Gesellschaften Vertrauen in die Mitbürgerinnen im allgemeinen Sinne, also nicht nur in die eigene Blase, sondern im weiteren Sinne, ausgeprägter ist als in anderen. Die Daten zeigen, dass sozioökonomische Ungleichheit ein riesiges Problem ist. Insofern folgt: wenn wir Vielfalt im Sinne unterschiedlicher Perspektiven als wertvoll und bereichernd empfinden, müssen wir die Frage stellen, was die Bedingungen dafür sind, dass das sozial gelebt werden kann? Eine Klassen- und Erbgengesellschaft, in der sich die Wohnviertel immer weiter voneinander unterscheiden und in denen zum Beispiel die Muster der Paarbildung sich immer mehr an sozioökonomischen Schichten orientieren, wird dazu wahrscheinlich nicht der Lage sein. Wenn wir Demokrat*innen sein wollen und deswegen glauben, dass wir die Vielfalt brauchen ohne einen platonischen Wahrheitsbegriff, folgt daraus, dass wir die sozioökonomischen Unterschiede nicht zu groß werden lassen dürfen. Nur so bewahren wir die Bedingungen der Möglichkeit gemeinsamer Wirklichkeiten.

Ich schließe ab mit einem abgewandelten Zitat von Jean-Jacques Rousseau: Kein Bürger darf so reich sein, dass er einen anderen kaufen könnte und keiner so arm, dass er sich verkaufen müsste. In Bezug auf Wahrheit könnte man sagen: Keine Bürger*in darf so reich oder mächtig sein, dass er oder sie die Perspektive anderer mit Füßen treten kann, und niemand darf so arm sein, dass er oder sie nicht wagen kann, die eigene Perspektive in den demokratischen Diskurs einzubringen.

Mit Dank an Dr. Stella Lorenz und Özlem Eren für ihre Unterstützung bei der Drucklegung. Hintergründe und Literaturverweise lassen sich über den QR-Code in open access finden.



6

Dialog-Cafés

32 **Dialog-Café 1**

Geld oder Leben. Alternative Wirklichkeiten

39 **Dialog-Café 2**

Klimaschutz und gutes Leben. Ökonomische Modelle

48 **Dialog-Café 3**

Hoffnung und Wirklichkeit. Räumliche Perspektiven

56 **Dialog-Café 4**

Jenseits der Mitte. Gesellschaftliche Ränder

63 **Dialog-Café 5**

Real existierender Journalismus. Wunsch und Wirklichkeit

73 **Dialog-Café 6**

Diverse Kultur leben. Zugänge und Zukünfte

Die Mitglieder des Großen Konvents der Schader-Stiftung thematisieren einmal im Jahr Status quo und Perspektiven des Dialogs zwischen Gesellschaftswissenschaften und Praxis. Ziel ist es, aktuelle sowie kommende Herausforderungen zu formulieren und daraus Themen und Bedarfe für zukünftige Aufgaben der Gesellschaftswissenschaften, aber auch für die Arbeit der Schader-Stiftung zu explorieren. In drei Gesprächsrunden in „Dialog-Cafés“, die an Projekte der Stiftung anknüpften, konnten die rund 100 Teilnehmenden des Großen Konvents Erfahrungen und Ideen, Anregungen und Erkenntnisse austauschen.



Dialog-Café 1: Geld oder Leben. Alternative Wirklichkeiten

Impulsgebende:

Dr. Ulrike Busch, Deutsche Bundesbank, Frankfurt am Main

Stephan Dilschneider, Ecoloc GmbH, Basel, Schweiz

Jonas Korn, ILA-Kollektiv und Commons-Institut, Berlin

Begleitung: Prof. Anselm Hager Ph.D., Humboldt-Universität zu Berlin

Moderation: Dr. Kirsten Mensch, Schader-Stiftung

Protokoll und Bericht: Luca Müller und Dr. Kirsten Mensch, Schader-Stiftung

„Herzlich Willkommen zum gefährlichsten Dialog-Café des Großen Konvents. Hier geht es um Geld oder Leben.“ Mit diesen Worten eröffnet die Moderatorin Kirsten Mensch das Dialog-Café. Gefahren birgt die Diskussionsrunde nicht wirklich, sie stellt allerdings ernste Fragen zu verschiedenen Wirklichkeiten rund um das Thema Geld. Welche Rolle nimmt Geld in unserer Wirklichkeit ein? Steht es in Konkurrenz zum Leben – wie der Titel suggeriert? Wie funktionieren Alternativen zum gängigen Zahlungssystem, seien es lokale Währungen oder sich vom Geld abwendende Praktiken wie das Commoning, die versuchen Gemeinschaft zu erzeugen und einen Sinn zu stiften, der über Profitstreben und finanzielle Sicherheiten hinausgeht?

Geld als reflexionsfrei gelernte Praxis

Ist Geld eine zentrale Größe? Die erste Impulsgeberin ist Dr. Ulrike Busch, Hauptgruppenleiterin im Zentralbereich Volkswirtschaft der Abteilung Geldpolitik und monetäre Analyse bei der Deutschen Bundesbank. Ihre Antwort lautet „ja“. Sie war mit dem Thema Geld irgendwie schon immer, erst recht in Studium und Beruf, verbunden.

Beschäftigt man sich intensiver mit dem Thema, landet man unvermeidlich bei der Frage, was Geld überhaupt ist. Wissenschaften wie Psychologie und Soziologie versuchen sich an einer Definition. Ökonomen hingegen drücken sich eher darum. Letztlich, so Ulrike Busch, ist Geld eine gesellschaftliche Konvention, genau wie Sprache oder Zeit. Wir nutzen solche Konzepte täglich, halten sie für real und unumstößlich. Trotzdem handelt es sich um menschengemachte Konstrukte, um Regeln, die das soziale Miteinander ermöglichen. Dieser Charakter des Geldes ist uns nicht bewusst – es handelt sich um eine reflexionsfrei gelernte Praxis, womit die Impulsgeberin Ludwig Wittgenstein zitiert. Wir nutzen Geld tagtäglich, ohne uns über sein eigentliches Wesen Gedanken zu machen.

Wandelbarkeit und Kritik am Geldsystem

Die Volkswirtschaftslehre versteht sich als exakte Wissenschaft und behandelt Geld in Folge als etwas Feststehendes. Drei Funktionen ordnet sie dem Geld zu: Tauschmittel, Wertaufbewahrung und Wertmesser. Dabei verkennt sie laut Ulrike Busch das Wandelbare, das Geld in sich trägt. Geld an sich ist kein Objekt. Nur das, was wir in Händen halten – Münzen, Scheine, Plastikkarten – ist es. Auch Geldtheorien sind nicht fix, sondern abhängig von historischen Gegebenheiten, normativen Vorstellungen und politischen Zielen. Daher betont die Impulsgeberin, dass sie im Dialog-Café ihre persönliche Sicht und nicht die der Bundesbank wiedergibt.

Das aktuelle Geldsystem ist das Ergebnis verschiedener historischer Kompromisse. Die schärfste Kritik an ihm kommt, so die Impulsgeberin, aus dem Bitcoin-Bereich. Eine „Fiatwährung“ wie der Euro basiert nicht auf dem Goldstandard, sondern ermöglicht es Banken, Geld für die Kreditvergabe zu schöpfen, sozusagen „aus dem Nichts zu erschaffen“. In der Folge findet sich im Geldkreislauf des Euros einerseits keine wirkliche Wachstumsgrenze, andererseits eine entscheidende Stellung von Banken, seien es die Zentralbank, die Bundesbank oder die Banken, die vor Ort Kredite vergeben.

Während im Fiat-System Zentralbanken großen Einfluss auf Geldmengen und Geldflüsse haben, existiert in der Logik des Bitcoin eine festgelegte, endliche Geldmenge von 21 Millionen Bitcoins, die gleichzeitig den Wert der Währung bestimmt. Verfechter*innen von Kryptowährungen attestieren dem Fiat-System ein Vertrauensproblem. Es braucht aber Vertrauen in Institutionen wie Zentralbanken, dass diese „keinen Mist machen mit unserem Geld“, wie Ulrike Busch es formuliert. Beim Bitcoin soll die Vertrauensfrage Peer-to-Peer, also innerhalb der Community selbst gelöst werden, und zwar durch das sogenannte Bitcoin-Mining und das Blockchain-Verfahren.

Unser Geld, welches das tägliche Leben sowie manche Sorgen und Wünsche beeinflusst oder sogar bestimmt, ist „nur“ eine Konvention? Das stößt bei der anschließenden Diskussion auf Erstaunen. Ähnlich verblüffend ist für manche, dass der historische Ursprung des Geldes nicht in der Vereinfachung von Tauschverfahren liegt, sondern im Schuldsystem. Geld diene als standardisiertes Wertmaß, um Schulden zu beziffern. Anders als heute gab es jedoch früher in regelmäßigen Abständen Schuldenerlasse. Hätten wir womöglich nicht über Geld, sondern über den Umgang mit Schulden sprechen sollen? Eröffnet sich hier ein Thema, dessen sich die Schader-Stiftung annehmen sollte?

Eine Währung, die ebenfalls knapp und zentral ist, erwähnt ein Teilnehmer: die Zeit. Angesichts der Bedrohungen durch den Klimawandel spielt die Zeitkomponente eine entscheidende Rolle. Selbst wenn der Geldfluss zum Lösen der Aufgaben unendlich sein sollte, der Zeitaspekt ist es nicht.

Lokale Geldsysteme als Stütze der Transformation

Stephan Dilschneider, der zweite Impulsgeber des Dialog-Cafés, hat die Ecoloc GmbH mitgegründet, die sich folgender Frage annimmt: Wie kann man Strukturen auf lokaler Ebene stärken, um den notwendigen sozial-ökologischen Wandel zu fördern? Lokale Geldsysteme können hierfür eine wichtige Stütze sein. Vor diesem Hintergrund stellt Stephan Dilschneider eine Idee vor, die sich noch in der Entwicklung befindet. Seine Grundthese lautet: Eine Anpassung des Geld- und Finanzsystems, zumindest auf lokaler Ebene, hilft bei der gewünschten Transformation.

Wäre ein System lokaler Währungen sinnvoll? Rund 10.000 Komplementärwährungen gibt es weltweit. Eine der in Deutschland erfolgreicheren ist das Chiemgauer



Regiogeld. 1 Million Chiemgauer sind in den Landkreisen rund um Rosenheim in Umlauf. Der Jahresumsatz beträgt 6 Millionen Chiemgauer und entspricht einem Viertausendstel des regionalen Bruttosozialprodukts. Stephan Dilschneider wertet das als eine nicht-relevante Größenordnung im Hinblick auf die ökonomische Transformation und stellt die Frage: Warum sind bisherige Experimente mit lokalen Währungen nur in geringem Maße erfolgreich? Denn in der Theorie stärkt eine lokale Währung die kommunale und regionale Resilienz erheblich.

Woran scheitert es in der Praxis? An der wenig Vertrauen erweckenden Struktur eines Vereins, der das Geld ausgibt? Am fehlenden Bankkontensystem, das ermöglichen würde, bargeldfrei zu zahlen? An der Geldentwertung über die Zeit, die in vielen lokalen Währungen angelegt ist, um den Geldumlauf zu erhalten? Oder an Grundbedingungen: Lokale Währungen können keine Geldschöpfung aus dem Nichts bewirken, wie es Banken bei Kreditvergaben praktizieren. Das wurde in der ersten Session unter dem Stichwort Fiatwährung angesprochen. Ebenso wenig können lokale Währungssysteme, so der Impulsgeber, Kundengeld in der Bilanz für anderweitige Zwecke einsetzen. Sein Fazit: Obwohl die aktuellen Implementierungsstrategien lokaler Währungssysteme unzureichend sind, ist es das Grundkonzept nicht.

Der Lokal-Euro

Dilschneider unterbreitet den Vorschlag, lokale Währungen anders aufzusetzen und vor allem deren Geldmenge zweifach zu nutzen: Die Ausgabe erfolgt nicht durch einen Verein, sondern durch örtliche Sparkassen oder Volks- und Raiffeisenbanken, die Lokalwährungs-Girokonten zur Verfügung stellen. Scheine und Münzen, also Bargeld, erfordert dieses Konzept nicht. Ebenso wenig einen spezifischen Namen wie „Darmstädter Gulden“. Es handelt sich schlicht um die örtliche Erscheinungsform der europäischen Währung: den Lokal-Euro. Genutzt werden kann er von den Einwohner*innen und ansässigen Unternehmen sowie Institutionen. Nur zwischen ihnen sind Überweisungen durchführbar. Soll eine Zahlung nach außen in den nicht-lokalen Euroraum gehen, ist ein gewisser Malus fällig. Bei Überweisungen in das lokale System soll ein Bonus möglich sein. Damit bleibt das Geld weitestgehend im geschlossenen Pool und steht – das ist die entscheidende Idee, die das Konzept über bisherige lokale Währungen hinausträgt – als permanentes variables Termingeld zur Verfügung, solange es nicht vom Eigentümer genutzt wird. Wer kann über das Geld verfügen? Gebietskörperschaften, also Landkreise, Städte und Gemeinden. Sie können gemäß einer demokratisch gefassten Strategie, Sach- und Dienstleistungen bezahlen, die im lokalen Kontext erbracht werden. In Folge, so das erklärte Ziel, werden Leistungen vor Ort ermöglicht, die dem gewünschten Wandel zu einer sozialeren und ökologischeren Zukunft zugutekommen.



In der folgenden Diskussion zeigen sich mehrere Knackpunkte: Ist es wünschenswert, dass die Kommune entscheidet? Wer gewährleistet, dass sie nicht Unsinniges, etwa beheizbare Gehwege, in Auftrag gibt, was gut sein mag für die Verkehrssicherheit im Winter oder die Bequemlichkeit der Anlieger, aber nicht ökologisch ist. Andererseits wäre eine Stärkung der Kommunen gerade im ländlichen, strukturschwachen Raum sinnvoll. Dort dünnt die Wirtschaft aus und Kapital fließt zu oft ab. Zudem könnte die lokale Währung den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die aktive Beteiligung stärken, da über die grundsätzliche Strategie zur Nutzung des Geldes demokratisch entschieden wird.

Doch das könnte sich zugleich als Risiko entpuppen: Falls ein Großteil der Einwohner*innen mit einer Entscheidung nicht zufrieden ist und alle gleichzeitig das Lokalgeld in den klassischen Euro umtauschen: Was geschieht dann? Die Überlegung führt zur entscheidenden Frage: Kann mit dem lokalen Geld, das an sich Personen oder Unternehmen gehört, im gewünschten Sinne gearbeitet werden? Darf es mehrfach eingesetzt werden, einmal von den Eigentümer*innen, einmal von der Kommune? Kann man darauf vertrauen, dass immer wieder neues Lokalgeld nachfließt und alle Kontoinhaber*innen bei Wunsch auch Zugriff auf das eigene Geld haben? Denn nur dann könnte man dasselbe Geld zugleich für kommunale Zwecke einsetzen.

Was kann denn das arme Geld dafür?

Warum nicht ein System zur Finanzierung von Sach- und Dienstleistungen für den nachhaltigen Wandel über Kredite, über Stiftungen, über Spenden, über Crowdfunding aufbauen? Die Anregung führt im Dialog-Café des Öfteren zu einer Frage, die als Stoßseufzer von einem Teilnehmer geäußert wird: „Was kann denn das arme Geld dafür?“ Das Problem der fehlenden Zukunftsfähigkeit auch kommunaler Strukturen liegt nicht am Geld oder am Geldsystem, sondern daran, dass man sich gesellschaftlich und politisch nicht einigen kann, um Krisen wie den Klimawandel zu bewältigen. Hier sind Wirtschaft und Gesellschaft gefragt, Änderungen herbeizuführen, nicht das Geldsystem. Im Gegenteil, so die Meinung in der Runde: Man sollte die Konvention des Geldes eher als große Erfolgsgeschichte verstehen.

Passend hierzu beginnt der dritte Impulsgeber Jonas Korn seinen Kurzvortrag mit drei Strategien in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, die auf einen sozial-ökologischen Wandel abzielen: die Effizienzstrategie, die eine verbesserte Technik, etwa Solar statt Kohle, anstrebt, die Konsistenzstrategie, die sich als Kreislaufwirtschaft zeigt, und die Suffizienzstrategie, ein Ansatz des Weniger. Jonas Korn ist Mitglied des Commons-Instituts und des ILA-Kollektivs, das sich mit der imperialen Le-



bensweise und solidarischen Alternativen auseinandersetzt. Veranlasst durch das kapitalistische Wachstumsimperativ setzen Gesellschaft und Wirtschaft, wie er sagt, derzeit auf die ersten beiden Strategien. Denn: Ein Autohersteller kann persönlich für gut befinden, dass weniger Autos verkauft und genutzt werden, trotzdem muss er im Interesse des Unternehmens dafür sorgen, so viele Fahrzeuge seiner Automarke wie möglich, am besten mehr als vorher, zu verkaufen. Eine Ausrichtung des Konsums an dem, was man unbedingt braucht, und ein Zusammentun von Individuen, um sich Dinge zu teilen, statt sie jeweils zu erwerben, ist nicht im Sinne der heutigen Wirtschaft.

Die Möglichkeit eines Lebens ohne Geld, ohne Tauschlogik

Trotzdem gibt es solche Ansätze, sie wirken als „Halbinseln gegen den Strom“, womit Jonas Korn einen Buchtitel von Friederike Habermann zitiert. Es sind Projekte, die sich dem Commoning verschrieben haben. Commons werden in Abgrenzung von Privatgütern, öffentlichen Gütern und Clubgütern oft als Gemeingüter bezeichnet. Die Übersetzung trifft es laut Impulsgeber nicht richtig, denn man sieht dem Gut seine Zuordnung nicht an. Ein Lastenrad zum Beispiel kann alles sein: Privatgut, öffentliches Gut, dem örtlichen Sportverein gehören oder eben ein Commons sein, wie es beim Lüneburger Lastenradkollektiv der Fall ist. Dort können Räder kostenlos ausgeliehen werden, wobei die Nutzenden eingeladen sind, etwas dafür zu spenden: zum Beispiel Fähigkeiten, ein zeitliches Einbringen oder Geld. Das ökologisch und sozial vorbildhafte Modell findet sich an 172 Orten, wie Jonas Korn darstellt.

Geld spielt bei solchen Projekten durchaus (noch) eine Rolle, auch wenn das Commoning, also das gemeinschaftliche Handeln im Lastenradkollektiv, nicht auf Markt- und Staatslogiken basiert. Allerdings, so der Impulsgeber weiter, lebt man nicht komplett außerhalb dieser Sphären. So müssen die Commoner mit den derzeit gegebenen Bedingungen interagieren, etwa den rechtlichen Vorgaben, was zu Problemen führt: Das BGB sieht kein spezifisches Commons-Eigentum vor. Bei gemeinschaftlichen Wohnprojekten, zum Beispiel im Mietshäuser-Syndikat, lässt sich deshalb nur durch komplexe, rechtskonforme Strukturen dafür sorgen, dass der Wohnraum dauerhaft den Marktmechanismen entzogen wird. Tauschlogikferne Projekte in der heutigen Wirtschaft und Gesellschaft umzusetzen, birgt also Schwierigkeiten. Insbesondere besteht die Gefahr, dass die gängige Geldlogik die Commoning-Praxis zu stark beeinflusst. Zugleich lohnen sich Versuche, mit möglichst wenig Geld auszukommen, um Wege zu einer wirtschaftlichen Transformation aufzuzeigen und im persönlichen Bereich mehr Gemeinschaft zu erfahren. Hier lässt sich ein Rückschluss auf den Titel des Dialog-Cafés „Geld oder Leben“ ziehen.



Die freiwillige Feuerwehr als Beispiel

Wie kommen wir zu mehr Commons-Ökonomie? Das fragt Jonas Korn zum Abschluss seines Impulses. Ein denkbare Modell sind geschachtelte Commons-Verbünde, die sich gegenseitig unterstützen und somit unabhängiger von der Hauptökonomie agieren können. Ein anderer Ansatz findet sich in Commons-Public-Partnerships, also in der Zusammenarbeit zwischen Kommunen und Commoning-Strukturen. Ein Beispiel: die Freiwillige Feuerwehr. Deren Grundausstattung finanziert die Kommune, Schulung und Praxiseinsätze erbringen die Feuerwehrleute, die – so wird später in der Diskussion ergänzt – für ihre Aktivität teilweise vom jeweiligen Arbeitgeber freigestellt werden. Ist dieses Modell mit oder ohne Beitrag des Arbeitgebers ebenfalls in anderen Bereichen möglich und sinnvoll? Auch dies ist eine Frage, mit der sich die Schader-Stiftung in Zukunft befassen könnte.

Die anschließende Diskussion dreht sich zunächst um die Definition von Commons und Commoning. Wie ist die Abgrenzung zu Modellen wie Genossenschaften und selbstverwalteten Betrieben? Setzen sie intern Commoning-Verfahren um, beteiligen sich aber nach außen am üblichen Marktgeschehen? Wie steht es mit globalen Commons, etwa die Arktis und der Weltraum, für die sogar rudimentäre rechtliche Regeln existieren? Und wie sind die Fälle einzuschätzen, in denen ein Commons so erfolgreich wird, dass es die bisherigen Marktakteure verdrängt? Gedacht wird an Wikipedia, das in Gemeinschaft erstellt wird und ohne Gebühren zur Verfügung steht. Aufgrund des Erfolgs sind namhafte Verlage, die Enzyklopädien herausgeben, in die Bredouille geraten.

Agieren die Commons-Projekte, fragt ein Teilnehmer, wirklich jenseits von Staat und Markt? Oder finden sie sich nicht eher eingebettet in Markt und Staat? Es könnte sein, dass die Frage nicht unbedingt an den Inhalten rührt, sondern an den verschiedenen Wirklichkeiten, die in diesem Dialog-Café aufeinandertreffen und Perspektiven sowie Wertungen vorgeben.

Genau das ist das Ziel des Dialog-Cafés. Wir heißen einander willkommen in den je eigenen Wirklichkeiten, die im Fall „Geld oder Leben“ eine große Spannweite vom verantwortungsbewussten Umgang mit unserem gängigen Geldsystem bis hin zu Abstand suchenden, tauschlogikfernen Projekten einnehmen.

Resümee

Prof. Anselm Hager Ph.D. ist Mitglied des Kleinen Konvents und gibt seine Eindrücke vom Verlauf des Dialog-Cafés wieder:

Im Dialog-Café 1 ging es um das Thema, was die Welt angeblich drehen lässt: Geld. Dabei stellte sich zunächst die Frage, was Geld denn eigentlich ist. Einfach ist diese Frage leider nicht zu beantworten. Die Bundesbank-Expertin gab neben den drei klassischen Funktionen – Tauschmittel, Wertaufbewahrung und Wertmesser – schnell zu verstehen, dass Geld vor allem eins ist: eine menschliche Konstruktion. Mit Konstruktionen kennen sich die Gesellschaftswissenschaften zwar eigentlich gut aus; doch dass selbst Geld, bei dem sich jeder gemeinhin einbildet, genau zu wissen, was das sei, nun auch eine Konstruktion ist, das verblüffte dann doch. Zumindest aber erklärte es, warum es gerade beim Thema Geld so viele kreative Ideen gibt. Es ist eine ideale Projektionsfläche, vielleicht das Konstrukt der modernen Welt.

Genau solche kreativen Geld-Ideen sollten in der zweiten und dritten Session näher diskutiert werden. Angefangen wurde mit einem Gedankenexperiment: Was wäre, wenn es lokale (Zweit-)Währungen gäbe? Könnten sie Kommunen dabei helfen, dringend nötige Ausgaben hinsichtlich Klimawandel oder ähnlichem zu stemmen? So attraktiv die Idee scheint, kam doch zum Schluss die traurige Einsicht, dass man Geld nicht verdoppeln kann. Das Problem scheint also nicht das Geld zu sein. Das Problem sind wir, die den Kommunen nicht genug Spielraum geben. Daran anschließend wurde überlegt, ob man die zentrale Rolle des Geldes vulgo Kapitalismus mit Hilfe von „Commons“ einhegen könnte. Eine charmante Idee – wer würde nicht gerne einen Platz in einer großstädtischen Wohnungsgenossenschaft ergattern? Ob unsere iPhones, Fernsehgeräte und Autos auf diese Weise produziert werden können, da war die Runde sich nicht sicher. Und so blieb am Ende die Einsicht im Raum, dass Geld zwar vielleicht stinkt, es aber auch eine Kulturleistung ist, die man, wenn es sie nicht gäbe, schnell erfinden müsste.



Dialog-Café 2: Klimaschutz und gutes Leben. Ökonomische Modelle

Impulsgebende:

Yuge Lei, Magistrat der Stadt Bad Nauheim

Verena Wolf, Friedrich-Schiller-Universität Jena

Dr. Patrick Staub, Bergsträsser Winzer eG, Heppenheim

Begleitung: Prof. Dr. Roger Häußling, RWTH Aachen

Vorbereitung: Tatiana Soto Bermudez, Schader-Stiftung

Moderation: Alexander Gemeinhardt, Schader-Stiftung

Protokoll und Bericht: Valeria Elsesser und Tatiana Soto Bermudez

Die Art des Wirtschaftens muss transformiert werden, um zu einer nachhaltigen Entwicklung beizutragen, dies steht außer Frage. Welche Ansätze dabei aber verfolgt werden, ist heiß diskutiert. Wie radikal können wir die Wirtschaft umkrepeln, um nicht nur ökologischen Forderungen zu entsprechen, sondern auch soziale und ökonomische Aspekte zu berücksichtigen? Und welchen Herausforderungen müssen sich schon heute Unternehmen stellen, die ohne grünes Image Nachhaltigkeitsprojekte vorantreiben? Im Dialog-Café 2 werden die Konzepte der „Donut-Ökonomie“ und der Postwachstumsökonomie vorgestellt und ihre Erprobung, etwa in der kommunalen Praxis, diskutiert. Am Beispiel einer Winzergenossenschaft besprechen wir die Veränderungsprozesse und damit einhergehenden Herausforderungen.

A safe and just space for humanity

Die erste Session des Dialog-Cafés behandelt das Konzept der „Donut-Ökonomie“. Yuge Lei, Referentin für Nachhaltigkeit und Innovation der Stadt Bad Nauheim, stellt die Theorie hinter dem Donut-Konzept zunächst vor: Die theoretische Grundlage des ökonomischen Donuts bildet das Buch der Oxford-Ökonomin Kate Raworth „Doughnut Economics: Seven Ways to Think Like a 21st Century Economist“. Ihr Grundgedanke: Entscheidungen, die im 21. Jahrhundert getroffen werden, verlangen ein neues ökonomisches Denken. Krisen und Herausforderungen unserer Zeit können nicht mit den gleichen Ansätzen gelöst werden, auf deren Basis sie entstanden. Deshalb braucht es ein Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell, das menschliches Wohlergehen auf einem endlichen Planeten ins Zentrum stellt. Die Verbildlichung des Modells, der Donut, besteht aus zwei konzentrischen Ringen. Der Innere stellt die sozialen Grundbedürfnisse der Menschen dar, der äußere Ring die planetaren Grenzen unserer Erde. Dazwischen liegt ein kreisförmiger Raum, der sowohl ökologische als auch soziale Gerechtigkeit symbolisiert – ein „safe and just space for humanity“. Yuge Lei zeigt auf, dass die Wirklichkeit leider ein ernüchterndes Bild zeichnet. Global gelingt es

weder, die sozialen Grundbedürfnisse der Menschen zu decken noch die planetaren Grenzen einzuhalten. Im Verständnis der Donut-Ökonomie sind somit alle Nationen Entwicklungsnationen. Wie erreichen wir also diesen gerechten und sicheren Raum? An dieser Stelle knüpft die Theory of Change der Donut-Ökonomie an und ermöglicht ein Umdenken für Akteur*innen des Transformationsprozesses. Egal ob Wirtschaft, Zivilgesellschaft oder Politik: Alle haben die Möglichkeit, auf die gemeinsame Vision des Donuts in ihren jeweiligen Handlungsebenen hinzuarbeiten. Yuge Lei verweist an dieser Stelle auf das Doughnut Economics Action Lab, eine Online-Plattform, die interessierten Akteur*innen konkrete Tools an die Hand gibt und Austausch- sowie Vernetzungsmöglichkeiten bietet. Ihren Impuls schließt sie mit einem weiteren streitbaren Zitat von Kate Raworth: „21st-century economics is likely to be practiced first and theorized later“.

Gutes Leben statt überleben

Wie die konkrete Umsetzung des theoretischen Konzeptes auf kommunaler Ebene funktioniert, fragt eine Teilnehmerin zu Beginn der anschließenden Diskussion. Yuge Lei berichtet von den Anfängen ihrer Arbeit in Bad Nauheim, der deutschen Pionierstadt für die Donut-Ökonomie. Sie war zur richtigen Zeit am richtigen Ort: Der Bürgermeister hatte sich zum Ziel gesetzt, Nachhaltigkeit in der Kurstadt im hessischen Wetteraukreis voranzubringen, Yuge Lei hatte den passenden Ansatz, ein ganzheitliches Nachhaltigkeitsdenken in die Entscheidungsfindungsprozesse der Stadt einzubetten. Somit wurde 2021 ein Change-Management-Prozess eingeleitet. Der erste Schritt war, Verständnis für das Donut-Modell und Einbeziehen der Akteur*innen auf allen Ebenen zu schaffen – von den Bürger*innen bis hin zu den obersten Entscheidungsträger*innen. Kritik äußert ein Teilnehmer, wonach die Donut-Ökonomie lediglich eine Marke ist, die versucht, Optimierung und Anpassung als Ziel darzustellen. In der Runde herrscht Uneinigkeit: Kann Optimierung ein plausibles Ziel Nachhaltiger Entwicklung sein? Inwiefern muss die Zielstellung innerhalb eines Systems flexibel bleiben und sich an den aktuellen und nicht an zukünftigen Bedürfnissen der Menschen orientieren? Es wird betont, dass lediglich kleine Anpassungen unseres Gesellschafts- und Wirtschaftsmodells noch keine systemische Veränderung bewirken können. Zudem wird die Frage aufgeworfen, ob die Donut-Ökonomie tatsächlich als Ziel oder eher als Weg betrachtet werden sollte.

Eine Teilnehmerin appelliert, sich nicht ausschließlich an Begrifflichkeiten aufzuhängen, sondern sich auf die Inhalte zu konzentrieren. So kann die Donut-Ökonomie beispielsweise als Rahmen oder Strategie dienen, um nachhaltige Entwicklung innerhalb einer Kommune voranzutreiben. In ihrer Reaktion auf die Debatte hebt Yuge Lei hervor, dass die Donut-Ökonomie keinesfalls für sich beansprucht, das einzig wahre Ziel zu sein. Vielmehr steht das Modell stellvertretend für das Streben nach einer regenerativen und re-distributiven Wirtschaft und Gesellschaft. Es regt dazu an, verschiedene Dimensionen und Zusammenhänge der Nachhaltigkeit zu betrachten, damit Menschen nicht nur *überleben*, sondern ein *gutes* Leben führen können. Wie die Impulsgeberin betont, ist der Donut keine Zwangsjacke, sondern vielmehr eine ganzheitliche Nachhaltigkeitsstrategie, die an die Bedürfnisse der jeweiligen Kommune angepasst werden kann. Beispielsweise hat Bad Nauheim bei der Zusammenstellung seines kommunalen Donuts den Bereich Kunst und Kultur als Dimension aufgenommen, da dieser Aspekt von besonderer Bedeutung für die Bürger*innen ist.

Eine Perspektive der Generation

Wie ist der Zusammenhang zwischen Leistung und angestrebtem Wohlstand? Ein Teilnehmer merkt an, dass Leistung als Dimension in der Donut-Ökonomie gänzlich fehlt. Wie soll Wohlstand in Abwesenheit der Leistungsdimension erreicht werden? Laut Yuge Lei wird in diesem Kontext jedoch nicht der Begriff des Wohlstands, sondern



der des menschlichen Wohlergehens verwendet. Dieser orientiert sich im Rahmen der Donut-Ökonomie an den Sustainable Development Goals (SDGs) der Vereinten Nationen und stellt die Basislinie für ein *gutes* Leben dar. Leistung kann als Tool dienen, um dieses Wohlergehen zu erreichen. Der Teilnehmer hakt erneut ein: Ist es der jüngeren Generation bewusst, dass Leistung die grundlegende Voraussetzung für das Erreichen dieses Wohlergehens ist? Kann mit einer zwanzigstündigen Arbeitswoche das gleiche Maß an Wohlergehen erreicht werden wie mit einer vierzigstündigen Arbeitswoche? Wie eine Teilnehmerin ergänzt, haben jüngere Menschen eine andere Vorstellung von Wohlstand als ihre Elterngeneration und erbringen daher weniger traditionelle Leistung. Die Frage, ob der Wunsch nach finanziellem und sozialem Wohlstand, beispielsweise in Form eines Eigenheims, bei der jüngeren Generation in der Tat geringer ausgeprägt ist, bleibt jedoch offen.

Von der Theorie in die kommunale Praxis

Zurück zum Praxisbeispiel Bad Nauheim. Die Bürger*innen spielen dort eine zentrale Rolle bei der Entwicklung der städtischen Donut-Ökonomie, indem sie gemeinsam eine Vision für die Stadt entwerfen. Mithilfe digitaler Partizipationsformate entwickelten sie einen Maßnahmen-Katalog, der anschließend den Entscheidungsträger*innen übergeben und in den politischen Entscheidungsprozess eingespeist wurde. Die Stärke des Ansatzes liegt darin, verschiedene Bedürfnisse und Realitäten auf transparente Art und Weise zusammenzubringen und so einen breiten Konsens zu ermöglichen. So zumindest die optimistische Betrachtung. Eine Teilnehmerin wirft ein: „Aber noch tut es niemandem weh!“ Das zeigt die Notwendigkeit einer Re-Evaluation des Fallbeispiels Bad Nauheim in der Zukunft. Welche Maßnahmen konnten umgesetzt werden? An welcher Stelle konnten Differenzen nicht überwunden und Herausforderungen nicht bewältigt werden? Zum Ende der Diskussion erscheint vielen Teilnehmenden der Donut nach wie vor als abstraktes Konzept. Es bleibt der Wunsch nach mehr konkreten Beispielen, um die Theorie der Donut-Ökonomie mit der kommunalen Praxis zu verbinden.

Wachstum um jeden Preis

Verena Wolf, Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Sonderforschungsbereich „Strukturwandel des Eigentums“ an der Friedrich-Schiller-Universität Jena, forscht unter anderem zu sozial-ökologischer Ökonomik und Politik, Klimawandel und Transformation sowie globalen Gemeinschaftsgütern. Mit ihrem Impuls in der zweiten Session zur Postwachstumsgesellschaft möchte sie deutlich machen: Unsere Wirklichkeit im Globalen Norden wird maßgeblich von ökonomischer Prosperität geprägt. Doch warum sollten wir von dieser Wachstumswirklichkeit abkehren und wie können Wege zu alternativen Wirklichkeiten aussehen?



Verena Wolf übt Kritik am „grünen“ Wachstum. Das Wachstum der Wirtschaft ist ein institutionalisiertes Ziel der kapitalistischen Gesellschaft und geht seit der Industrialisierung mit einem stetig wachsenden Energie- und Materialverbrauch einher. Dieser Verbrauch stößt aufgrund der aktuellen Klima- und Biodiversitätskrise an planetare Grenzen. Bisherige politische Bemühungen einer Verringerung der CO₂-Emissionen blieben weitestgehend erfolglos. Verantwortlich für diesen Widerspruch sieht die Postwachstums-Forschung das Versprechen „grünen“ Wachstums, das einen verringerten Energie- und Ressourcenverbrauch mit effizienzsteigernden Technologien koppelt. In der Realität kommt es jedoch zu einer Produktionssteigerung und -intensivierung. Die globale Klimakrise sowie Ungleichheiten zwischen Globalem Norden und Süden manifestieren sich dadurch zunehmend. Es bleibt die Mahnung vor einfachen politischen Lösungen – diese gibt es nämlich nicht. Wenn Wachstum so tief in unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung verankert ist, dann kann nur die Überwindung der herrschenden Strukturen eine Abkehr von dieser Zielsetzung erwirken.

An zwei Beispielen illustriert Verena Wolf praktische Ansätze des Postwachstums. Im Mobilitätssektor geht es beispielsweise um die Veränderung der aktuellen Infrastruktur, die überwiegend auf den Individualverkehr ausgerichtet ist. Zudem muss die soziale Frage der Beschäftigten in der Automobilindustrie geklärt werden. Was passiert, wenn Arbeitsplätze wegfallen? Als mögliche Lösungen schlägt sie Konversion und den Abbau von Arbeitsstunden vor. Der Bereich der Care-Arbeit entzieht sich hingegen gemäß seiner Natur der Markt- und Wachstumslogik; Fürsorge braucht vor allem die Ressource Zeit und kann nur bedingt durch effizienzsteigernde Technologien ersetzt werden. Die Postwachstums-Forschung greift an dieser Stelle auf feministische Ansätze zurück und plädiert dafür, Care-Arbeit in die Mitte der Gesellschaft zu rücken, gemeinschaftlich zu teilen und zu schätzen. Die Impulsgeberin schließt mit der Frage, ob wir uns überhaupt von unserer Wirklichkeit des Wachstums verabschieden möchten – schließlich geht eine Transformation auch mit Umstellungen und Verzicht einher. Der Ansatz des Postwachstums zeigt, dass ein gutes Leben für *alle* nicht viel braucht: Unter anderem Zeit, Ruhe, Absicherung, Wohnraum, kreativen Austausch. Damit ist Postwachstum nicht nur eine Utopie, sondern stellenweise bereits gelebte Wirklichkeit.

Vorbilder, Vermarktung und Verantwortung

In der anschließenden Diskussion werden zunächst mögliche Vorbilder und Ansätze für Postwachstum besprochen: Kann Skandinavien als Modell für eine wachstumsfreie(re) Gesellschaft dienen? Ist das Prinzip Wachstums-Agnostik im Rahmen der Donut-Ökonomie eine sinnvolle(re) Herangehensweise? Verena Wolf gibt zu bedenken, dass der Wohlstand in Skandinavien durch Ressourcenförderung ermöglicht und gesichert wird, was im Widerspruch zum Postwachstum steht. Das Prinzip der Wachstums-Agnostik



geht der Forscherin hingegen nicht weit genug. Wenn die Klimakrise durch das Streben nach Wachstum verursacht wurde, dann kann diesem nicht mit Gleichgültigkeit begegnet werden. Vielmehr stellt sich die Frage, wie alternative wirtschaftliche und gesellschaftliche Strukturen geschaffen werden können, die sich Wachstum gänzlich entziehen.

Ein kritischer Einwurf aus der Runde betrifft die negative Wirkung des Begriffs Postwachstum. Mit einem so „unerotischen“ Begriff holt man nicht alle ab. Muss das Konzept anders vermarktet werden, damit es auf positive Resonanz innerhalb der Bevölkerung stößt? Die Impulsgeberin pflichtet bei, dass der Begriff auch innerhalb der Postwachstums-Bewegung umstritten ist. Für sie steht jedoch die Intention des Postwachstums-Ansatzes – das gute Leben für *alle* – im Vordergrund. Dabei darf globale Gerechtigkeit nicht außer Acht gelassen werden. Postwachstum richtet sich demnach explizit an Akteure des Globalen Nordens. Dabei sollen Wachstumspotentiale des Globalen Südens nicht betrachtet werden, sondern es gilt kritisch zu hinterfragen: Wer profitiert vom Wachstum des Südens?

Anknüpfend an die Begriffs-Debatte diskutieren die Teilnehmenden über die Realitäten des Kapitalismus und Verantwortung im Rahmen von Transformationsprozessen. Ein Teilnehmer fragt nach positiven Alternativen zum Kapitalismus. Kein anderes Wirtschaftsmodell hat sich bisher mit so großem Erfolg weltweit durchgesetzt. Das kapitalistische System ist in seinem Kern auf Knappheit ausgerichtet und steht damit nicht im Widerspruch zu Ansätzen der Postwachstums-Forschung. Dieser Aussage begegnet ein anderer Diskutant kritisch: Wenn der Kapitalismus Knappheit einkalkuliert, wieso steigt der Material- und Ressourcenverbrauch dann immer weiter? Gefragt wird, welche Akteure für die Umsetzung und das Vorantreiben wachstumsfreier Transformationsprozesse verantwortlich sind. Sollte das Handeln des Individuums oder das der Politik im Zentrum stehen? Eine Stimme fordert, Potentiale des Climate-Engineering stärker in den Blick zu nehmen. Die nötigen Technologien zur Begrenzung der menschengemachten Erderwärmung sind heute bereits vorhanden, werden jedoch von der Politik ausgebremst – eine These, die Zustimmung findet. Ein anderer Diskutant plädiert für die Schaffung von Experimentierräumen, die praktische Lösungen außerhalb des aktuellen Handlungsrahmens ermöglichen. Im bestehenden politischen und bürokratischen System ist eine Transformation hin zur wachstumsfreien Utopie nicht möglich.

Hoffnung auf praktische Lösungen

Eine Wissenschaftlerin aus der transdisziplinären Forschung bringt das Thema Hoffnungslosigkeit in Bezug auf Transformationsprozesse ein. Theoretische Debatten helfen häufig nur bedingt weiter. Wie kann man Veränderungsprozesse in der eigenen Wirklichkeit praktisch gestalten? Die Dringlichkeit des Handlungsbedarfs lässt sich



nicht von der Hand weisen. Wirtschaftliche und gesellschaftliche Praktiken müssen *jetzt* verändert werden. Hier stößt die Gesprächsrunde merklich an ihre Grenzen: Bis auf den Vorschlag von Sharing-Modellen im Mobilitätssektor, den der Moderator einbringt, werden kaum konkrete Beispiele für Postwachstum genannt. Die Impulsgeberin erläutert, dass es sich bei Postwachstum um eine flexible Utopie handelt, die dem jeweiligen wirtschaftlichen oder gesellschaftlichen Sektor angepasst werden kann. Die Postwachstums-Forschung stellt die Frage nach möglichen Wirklichkeiten außerhalb des Wachstums. Verena Wolf appelliert an die Runde, als Expert*innen auf dem eigenen Fachgebiet Antworten auf diese Frage zu finden.

Perspektiven von der Bergstraße

In der finalen Session des Dialog-Cafés gewährt Patrick Staub, Geschäftsführer der Bergsträsser Winzer eG, einen Einblick in die Praxis der Winzergenossenschaft als realem Wirtschaftsakteur im Zuge der ökologischen Transformation. Angesiedelt im kleinsten Weinbaugebiet Deutschlands, bewirtschaftet die Genossenschaft als einer der größten Erzeugerbetriebe in Hessen 250 Hektar Rebfläche. Patrick Staub hebt besonders die Experimentierfreude des Betriebs hervor, der zahlreiche Rebsorten bis hin zu besonders resistenten Sorten kultiviert, sogenannte PIWIs, die eine besonders hohe Resistenz gegen Pilzkrankheiten aufweisen. Diese Rebsorten erfordern weniger Pflanzenschutz und sparen den Winzer*innen Zeit und Geld. Nachhaltigkeit und ökonomische Interessen schließen sich somit nicht gegenseitig aus.

Aus Sicht des Impulsegebers stehen die klassischen drei Säulen der Nachhaltigkeit praktisch im Vordergrund: wirtschaftliche, ökologische und soziale Komponenten. In der Wahrnehmung Patrick Staubs war das Augenmerk der Öffentlichkeit in den letzten Jahren besonders auf die ökologische Säule gerichtet. Diese gerät jedoch ins Wanken, sobald die wirtschaftliche oder soziale Stabilität aufgrund diverser nationaler und internationaler Krisen gefährdet ist. Die Verwobenheit der Nachhaltigkeitsziele darf daher nicht außer Acht gelassen werden. Zudem ist die öffentliche Debatte aktuell von starken Narrativen geprägt: Ein Bio-Siegel wird positiv wahrgenommen, konventionelle Produktionsmethoden stoßen bei Verbraucher*innen auf Skepsis. Dieses Schwarz-Weiß-Denken wird komplexen Sachverhalten, zu denen der Weinbau gehört, nicht gerecht. Der Impulsegeber schießt mit einem Appell, in innovativen Produktionsmethoden Chancen zu erkennen und gegenüber unterschiedlichen Perspektiven und Forschungsansätzen offen zu bleiben.

Narrative der Nachhaltigkeit

Eine Teilnehmerin stellt zu Beginn der Diskussionsrunde die zentrale Frage, die sich wie ein roter Faden durch die drei Sessions zieht: Wie sollen Veränderungsprozesse



für eine nachhaltige Zukunft gestaltet werden? Der Weg, auf dem wir uns aktuell befinden, führt uns nicht zum Ziel. Patrick Staub setzt dem eine optimistische Sichtweise entgegen: Er sieht einen kontinuierlichen Verbesserungsprozess bei den Produktionsmethoden im Weinbau, beispielsweise Pflanzenschutzmittel, die nachhaltiger wirken. Allerdings sind Trade-Offs in der Landwirtschaft unausweichlich. Bei intensiven Formen des Anbaus wird die genutzte Fläche überstrapaziert, bei nachhaltigen Herangehensweisen fällt der Ertrag häufig geringer aus, sodass eine größere Fläche in Anspruch genommen wird.

Diesem Optimismus begegnet ein Teilnehmer mit Skepsis und stellt den Wert des Weinbaus an sich in Frage. Ist die Branche auf die Worst-Case-Szenarien des Zwischenstaatlichen Sachverständigenrats für Klimaänderungen (Intergovernmental Panel on Climate Change, IPCC) vorbereitet? Muss der Weinbau „geopfert“ werden, wenn sich dessen Aufrechterhaltung angesichts zunehmender Extremwetterereignisse nicht mehr lohnt? Er bezweifelt, ob in den letzten Jahren eine Überbetonung der ökologischen Aspekte stattgefunden hat. Schließlich herrscht bei Themen der Nachhaltigkeit nach wie vor großer Nachholbedarf und es ist fragwürdig, ob der aktuelle Einsatz der Politik ausreichend ist. Außerdem ist Technologieoffenheit für ihn ein Reizwort.

In seiner Reaktion plädiert Patrick Staub dafür, offen für Chancen zu bleiben und Potentiale zu erkunden, deren Ergebnisse heute noch nicht absehbar sind. Der Impulsgeber nimmt erneut Bezug auf ökologische Fragen des Nachhaltigkeits-Modells. Bremsen andere Anforderungen das Streben nach Nachhaltigkeit aus? Muss, überspitzt formuliert, zuerst Armut bekämpft werden, bevor wir uns der Klimafrage widmen können? Eine Teilnehmerin mahnt, sich auch in diesem Kontext vor vereinfachenden Narrativen in Acht zu nehmen. Zwar treibt der wohlhabendste Teil der Weltbevölkerung die Klimakrise durch seinen enormen Energie- und Ressourcenverbrauch maßgeblich voran, trotzdem werden ökonomisch benachteiligte Menschen häufig als Ursache für das Voranschreiten des Klimawandels geframed, anstatt die Verantwortung der wirtschaftlich stärkeren Ökonomien und Personen zu adressieren. Hier springt, so die Diskutantin, die Logik des grünen Wachstums ein und verspricht die Lösung der Klimakrise durch ökonomisches Wachstum. Ganz nach dem Motto: Wenn die Armen weniger arm werden, löst sich die Nachhaltigkeitsfrage von selbst.

Die Diskussion der letzten Session schließt mit einem Gespräch über Produktionsmethoden im Weinanbau sowie die Bedeutung von Bio-Siegeln für den Weinverkauf. Patrick Staub berichtet, dass Kund*innen im Discounter wenig Wert auf biologische Herstellung legen, im Direktverkauf hingegen ein ganz anderes Maß des Involvements der Kund*innen besteht. In diesem Fall verfügen die Konsument*innen über andere



finanzielle Möglichkeiten und Qualitätsstandards und achten daher verstärkt auf die Produktionsmethodik und Qualität des Weins. Der Impulsgeber greift sein anfängliches Plädoyer nochmals auf und weist darauf hin, dass ein fehlendes Bio-Siegel häufig wenig über die Nachhaltigkeit und Qualität eines Weins aussagt. Auch im konventionellen Weinbau finden biologische Verfahren regelmäßig Anwendung. Aus seiner Sicht gilt, offen für ein breites Spektrum der Anbaumaßnahmen zu bleiben. Nachhaltigkeit ist und bleibt eine komplexe Thematik, der vereinfachende Schwarz-Weiß-Narrative nicht gerecht werden.

Resümee

Prof. Dr. Roger Häußling ist Mitglied des Kleinen Konvents. Er hat das Dialog-Café begleitet und nimmt eine Einschätzung des Gesprächsverlaufs in den drei Sessions vor:

*Im Dialog-Café „Klimaschutz und gutes Leben. Ökonomische Modelle“ ging es um keine geringere Frage als die hart umkämpfte Grundsatzfrage, wie die Ökonomie in einer nachhaltigeren Gesellschaft aussehen könnte beziehungsweise sollte. Durch die drei Impulsvorträge wurden sehr disparate Antworten auf diese Frage entwickelt, die gleichzeitig auch auf drei unterschiedlichen „Flughöhen“ angesiedelt waren: Während die Impulsgeberin Yuge Lei über Donut-Ökonomie sehr konkret am Fall eines Umsetzungsversuchs in ihrer Gemeinde berichtete, hat Verena Wolf ihre Argumente zu einer Postwachstumsgesellschaft aus einem theoretischen Problemaufriss des gegenwärtigen globalen Wirtschaftens und einem Verantwortungsethos abgeleitet. Auf einer Flughöhe dazwischen kann man den Beitrag von Patrick Staub lokalisieren, da er stellvertretend für viele Winzer*innen die Praxis und die Herausforderungen des ökonomischen Weinbaus in Zeiten der Nachhaltigkeit illustrierte. Sein Hinweis, dass die Problematik eines nachhaltigen Weinbaus viel komplexer zu taxieren ist, als es für die Kund*innen durch Öko-Zertifikate suggeriert wird, ließ viele Dialog-Café-Teilnehmer*innen aufhorchen. Denn, so sein Argument, auch ein nicht als „Öko“ explizit gekennzeichnete Wein kann durchaus unter Nachhaltigkeitsgesichtspunkten als verantwortungsvolle Produktion rangieren, wie auch umgekehrt manche Ökoweine mitunter sehr kritisch aus einer konsequenten Nachhaltigkeitsperspektive taxiert werden müssten, beispielsweise durch weitere Transportwege. Es tue sich eine Menge im Weinbau und vieles würde gar nicht in der Öffentlichkeit wahrgenommen. Nur die Hoffnung, dass man in dieser Branche einfach den Schalter umstellen könne, verkenne die Komplexität und Langwierigkeit der Transformation.*

Die anderen beiden Impulsgeberinnen legten den Akzent nicht auf die Problematisierung des Nachhaltigkeitsbegriffs unter einem im Großen und Ganzen gleichbleibenden Wirtschaftsregime, sondern boten alternative Modelle des Wirtschaftens in unterschiedlicher Radikalität an. Die Konzepte der Donut-Ökonomie und der Postwachstumsgesellschaft

stimmen zumindest in dem Punkt überein, dass ein ausschließliches Wachstumsparadigma in der heutigen Zeit nicht mehr haltbar ist. Die Donut-Ökonomie schließt jedoch Wirtschaftswachstum nicht kategorial aus, sondern fordert ein Wirtschaften, das die planetaren Grenzen nicht überschreitet und sozialen Grenzen, wie zum Beispiel Zugang zu Bildung, nicht unterschreitet. Diese Grenzen spannen einen Zwischenraum auf, den es konkret mit gesellschaftspolitischen und ökonomischen Vorhaben auszugestalten gilt. In der Präsentation und anschließenden Diskussion war dabei besonders instruktiv, dass Yuge Lei auf konkrete Maßnahmen einer deutschen Gemeinde, die sich dem Modell verschrieben hat, Bezug nehmen konnte. Dass diese Anschaulichkeit bei dem Konzept der Postwachstumsgesellschaft nicht in dem Maße einlösbar ist, liegt an seiner radikaleren Positionierung. Gemäß diesem Konzept gehen die bisherigen Versuche, eine nachhaltigere Gesellschaft zu erreichen, schlichtweg nicht weit genug, da sie das Grundproblem verkennen. Denn ein Grundpfeiler des Kapitalismus steht diesem Ziel diametral im Weg, so Verena Wolf: die Wachstumsdoktrin. Entsprechend seien Green Economy und Kreislaufwirtschaft sehr kritisch zu bewerten. Es geht also um nichts Geringeres als um einen Systemwechsel, wobei es bislang recht abstrakt bleibt, wie man sich eine Postwachstumsgesellschaft vorzustellen hat, so konkret auch die Kritik am gegenwärtigen Kapitalismus in dem Konzept ausfallen mag.



Dialog-Café 3: Hoffnung und Wirklichkeit. Räumliche Perspektiven

Impulsgebende:

Charly Richter, Johannes Gutenberg-Universität Mainz

Andreas Horsche, Gemeinde Furth bei Landshut, mit Elisabeth Horsche

Uschi Wilbert, Internationaler Bund Darmstadt, sowie Sumaya Muuse und Anastasiia Platonova

Begleitung: Prof. Dr. Peter F. Titzmann, Leibniz Universität Hannover

Moderation: Luise Spieker, Schader-Stiftung

Protokoll und Bericht: Christopher Hamich und Luise Spieker

Die Wirklichkeit, in der wir leben, bestimmt auch die Weise, wie wir in die Zukunft blicken. Wie optimistisch oder pessimistisch wir uns das Leben vorstellen, ist besonders abhängig davon, wie wir die Welt in diesem Moment erleben. Ein hoffnungsvolles Wahrnehmen der Zukunft ist abhängig von verschiedenen Faktoren. Jugendliche Perspektiven sind dabei häufig unterschiedlich und räumlich geprägt. Im Dialog-Café sprechen wir darüber, wie sich die aktuellen Wirklichkeiten auf die Hoffnung für die Zukunft auswirken und in welchen Räumen sie sich ähneln oder doch deutlich unterscheiden.

Hoffen und Nicht-Hoffen

Charly Richter ist verwundert. Ausgerechnet sie wird als Impulsgeberin eingeladen, um über Hoffnung zu reden? „Wer mich kennt, wird das für ziemlich absurd halten“, räumt die Studentin, gelernte Handwerksbuchbinderin und Journalistin ein. Hoffnung ist für sie etwas für Menschen mit unverbesserlichem Optimismus, ein Ausdruck von Realitätsferne. Denn: Wie kann man Hoffnung haben, wenn schon die alltäglichen Interaktionen nicht funktionieren? Sie denkt dabei an Gedrängel am Bahnsteig, aber auch an verbale homofeindliche Angriffe im Alltag ihrer Freund*innen. Wie sollen wir die Welt retten, wenn nicht einmal kleine Probleme gelöst werden? Charly Richter glaubt nicht daran, dass die Menschheit gerettet werden kann – und eigentlich auch nicht, dass sie es verdient. Sie hat wenig Hoffnung und beschreibt sich selbst als unaufdringlich pessimistisch.

Charly Richter verortet sich dann selbst und heißt die Teilnehmenden des Dialog-Cafés willkommen in ihrer Wirklichkeit. Eine Wirklichkeit, in der sie sich auf viele verschiedene Arten und Weisen engagiert. Als Lebensmittelretterin, in ihrem Studiengang, in der Hochschulpolitik, als Journalistin. Aber was ändern diese individuellen Aktionen? Für sie erstmal: Nichts.



Und doch gibt es überall Hoffnung. Jedenfalls zeigen das Antworten, die sie von Freund*innen, Bekannten und Fremden auf ihre Frage nach Hoffnung erhalten hat. Von kleinen Hoffnungen, dass die Bahn pünktlich kommt, zu größeren Hoffnungen, dass der Krieg gegen die Ukraine bald endet. In allen Gesprächen gab es Hoffnung. Aber wirklich große Hoffnungen – auf ein Stoppen des Klimawandels oder fried-sames Zusammenleben – hatte in den Gesprächen niemand. Diese Fragen wirken zu groß; sie weichen zu kleineren Hoffnungen aus.

Der Ausblick aus den Gesprächen ist für die Impulsgeberin dennoch ein positiver. Zum einen mit der Feststellung, dass sie doch hofft, denn sonst wäre sie nicht so engagiert. Und zum anderen: Hoffnung kann ermutigen. Sie kann Menschen anstecken und weisen, sie lässt sich vermehren.

Lokale Aktion

Die Ambivalenz zwischen Pessimismus und Aktivismus in Bezug auf den Klima-wandel steht besonders im Fokus der ersten Diskussionsrunde des Dialog-Cafés. Aus Sicht des Entwicklungspsychologen Peter F. Titzmann, der das Dialog-Café aus dem Kleinen Konvent heraus begleitet, wird das Management des Bedürfnisses, Hoffnung und Sinn zu haben, bei gleichzeitig immer apokalyptischer werdenden Klimavorher-sagen ein wachsendes psychologisches Thema.

Eine Innovationsforscherin entgegnet, dass es aktivierende Selbstwirksamkeitser-fahrungen und auch eine symbolische Strahlkraft durch solche kleinen, alltäglichen Aktionen und Taten geben kann, wie sie die Impulsgeberin geteilt hat. Auch weitere Teilnehmende sehen die aktivierende, hoffnungsstiftende Funktion von lokalen Gruppen und Aktionen und vom Miteinander. Doch wie lässt sich die immense Lücke überwinden, die zwischen diesen Aktionen und dem globalen Charakter der Probleme besteht? Die Erfahrung von Selbstwirksamkeit ist gerade wegen der Größe der Probleme sehr gering, das zeigt auch der Impuls. Wie wirkungsvoll können kleine Gruppen und lokale Aktionen sein? Schaffen sie eine Hoffnung, die mehr ist als ein gutes Gefühl? Diese Fragen werden in der Diskussion umkreist.

Wege zur Hoffnung

Ein Teilnehmer aus journalistischer Forschung und Praxis eröffnet andere Wege der Aktivierung von Hoffnung in Bezug auf das Klima. Es gibt immer positive Ver-änderungen. Sowohl die historische Betrachtung als auch die vergleichende Sicht auf andere Länder und ihre Maßnahmen können dabei helfen aufzuzeigen, wie viel sich verändern kann und was möglich ist. Über diese Perspektive öffnet sich ein Erfahrungsraum, in dem statt Pessimismus Aktion und Hoffnung kultiviert werden.



Ähnliches betont auch ein Stadtplaner, der anmerkt, dass es sich nicht lohnt, auf einen Kipppunkt des Klimas zu schauen, der den Start eines sehr unangenehmen Lebens darstellt. Vielmehr muss der Blick auf mitigierende Maßnahmen und die Änderungen und Verbesserungen gelegt werden, die überhaupt noch realistisch möglich sind.

Generationen

Hoffnung und Pessimismus in Bezug auf die Eindämmung des Klimawandels wird häufig anhand einer generationellen Konfliktlinie festgemacht. Wenngleich eine einfache Zuordnung auch hinterfragt wird, weist die Diskussion tendenziell in diese Richtung. So wird dem Pessimismus, den Charly Richter in ihrem Impuls beschreibt, von einem Soziologen entgegengehalten, dass die historische Betrachtung auch Gegenteiliges offenbart: krisenhafte Situationen, etwa die atomare Gefahr oder das Waldsterben, erzeugten ähnlichen Pessimismus, und entgegen schlimmsten Befürchtungen kam es doch nicht zu apokalyptischen Szenarien.

Eine so geartete Hoffnung hält eine jüngere Teilnehmerin für volkswirtschaftlich unzutreffend. Die ersten globalen Abkommen zum Klimawandel sind bald 30 Jahre alt und die Veränderungen, die aus ihnen resultieren, vergleichsweise klein. Vielmehr besteht eine befremdliche Situation, in der Menschen in diesem Teil der Welt mit vielen Privilegien geboren werden und leben und zugleich eine katastrophale Situation außerhalb des Globalen Nordens herrscht; ein institutionelles Versagen.

Vor Ort

Im zweiten Impulsvortrag berichten Andreas Horsche, Erster Bürgermeister der Gemeinde Furth in Niederbayern, sowie seine Tochter, die Schülerin Elisabeth Horsche, über Hoffnung auf dem Land. Andreas Horsche beginnt mit einer Beschreibung seiner Gemeinde, die im Landkreis Landshut liegt. Der Landkreis wird laut Bevölkerungsprognosen in den kommenden Jahren einen der größten Bevölkerungszuwächse deutschlandweit verzeichnen. Die Gründe sind primär die erhöhten Lebenshaltungskosten in urbanen und suburbanen Regionen sowie die dortigen Gentrifizierungs- und Veränderungsprozesse, durch welche sich Menschen in bestimmten Regionen nicht mehr wohl fühlen oder das Leben schlicht nicht mehr leisten können. Des Weiteren verfügt die Gemeinde Furth über eine, im Vergleich mit anderen ländlichen Regionen, gut ausgebaute Infrastruktur mit Ärzt*innen und Betreuungsangeboten, wodurch der Zuzugsdruck unterstützt wird. Der Impulsgeber verbindet eine hoffnungsvolle Perspektive mit dieser Entwicklung und betont zugleich die Notwendigkeit, den Zuzug zu managen. So hat die Gemeinde explizit eine Art Generationenvertrag etabliert und fördert den Zuzug von jüngeren Menschen mit Familie wie auch den von Angehörigen



betreuungsbedürftiger Einwohner. Somit wird bewusst ein Prozess forciert, in dem die Gemeinde auch von innen heraus Nachwuchs generiert.

Die Perspektive als junge Person auf dem Land steht bei Elisabeth Horsche im Fokus. Der ländliche Raum bietet Freiheiten und Naturverbundenheit und nicht nur beengende Räume, wie sie in der Stadt vorzufinden sind. Das Nahbare und die Sicherheiten, die durch die persönlichen Bekanntschaften mit den meisten Personen bestehen, sind für sie positive Merkmale, die sie der negativ konnotierten Anonymität der Stadt gegenüberstellt. Die Vierzehnjährige berichtet von ihren Möglichkeiten der flexiblen sozialen Anpassung, indem sie und ihre Schwester zuhause hochdeutsch sprechen, aber die bayerische Mundart beherrschen und im Kontakt mit vielen Freund*innen auch verwenden. Wer bairisch spricht wird viel besser akzeptiert als jemand, der hochdeutsch spricht.

Hoffnungsthema Migration

Die mit dem Thema Binnenmigration verbundenen Hoffnungen sind in der folgenden Diskussion ein zentraler Bezugspunkt. Eine Innovationsforscherin ist an den Sichtweisen auf die Migrationsthematik im ländlichen Raum interessiert, die Andreas Horsche zufolge für sehr viele in ihrer Nichtexistenz besteht. Wie im Impulsvortrag angesprochen ist es gerade die Hoffnung, einen eher homogenen sozialen Rahmen vorzufinden, die viele Menschen in die Gemeinde bringt.

Ein Teilnehmer aus der Wissenschaftskommunikation bemerkt ebenfalls die ablehnende Haltung, die in der Hoffnung zum Ausdruck kommt, auf möglichst wenige Geflüchtete zu treffen. Das ist eine sehr zynische und der weiteren Entwicklung hin zu einer integrativen Gesellschaft widerläufige Situation. Sie scheint Realität für zumindest diesen ländlichen Raum zu sein und wird auch im Gespräch nicht entkräftet.

Im Gegenteil zeigt sich, dass diese Haltung auch ein aktivierendes Potential für Region bietet. Andreas Horsche berichtet zum Beispiel, dass ein längerfristig geplanter Ankauf des örtlichen Klosters durch die Gemeinde gerade deshalb im Jahr 2015 breite Unterstützung finden konnte, da in der Einwohnerschaft die Befürchtung aufkam, das Gebäude würde andernfalls durch das Bundesland erworben, um dort eine Geflüchtetenunterkunft einzurichten. Diese Perspektive hat also zum Kauf hingereicht, wobei das Projekt zum Umbau des Klosters unabhängig davon schon Jahre zuvor angestrebt wurde.

Attraktivität durch Infrastruktur

Wie die Impulse verdeutlichen, wird der Zuzug auch durch die vorhandene Infrastruktur attraktiv: In der Gemeinde mit 3.300 Einwohnern gibt es Ärzt*innen verschiedener



Disziplinen, Betreuungsangebote, je eine Grund- und Mittelschule sowie ein Gymnasium. Das Kloster ist heute unter anderem Seminar- und Schulungszentrum, Brauerei und Ort eines Bürgersaals.

Die Teilnehmenden des Dialog-Cafés merken kritisch an, dass die Möglichkeit, eine so ausgeprägte Infrastruktur im ländlichen Raum aufzubauen, oft eher begrenzt ist und Furth hier ein Ausnahmebeispiel darstellt. Nicht nur ist die Gemeinde ob ihrer Nähe zu München in einer gesonderten Situation, sondern sie hat auch einen historisch von anderen Gemeinden divergierenden Weg eingeschlagen. So wurde Furth zuvor von einem Bürgermeister der Grünen geleitet und wird mit Andreas Horsche von einer Person regiert, die aus einer ostdeutschen Stadt zugezogen ist. All das sind Ausnahmen, sowohl im Vergleich mit dem ländlichen Raum allgemein als auch mit den umliegenden Gemeinden.

Migration und Hoffnung

In der dritten Session des Dialog-Cafés stehen Migrationserfahrungen und die damit verbundenen Chancen, Probleme und Hoffnungen im Fokus. Zu Beginn stellt Uschi Wilbert die Arbeit des bundesweit tätigen Jugendmigrationsdienstes (JMD) vor, der jugendliche Migrant*innen berät und fördert; er ist eine Art „Ersatz-Bildungshelfer“. In ihrer Begleitung sind Anastasiia Platonova und Sumaya Muuse, die durch den JMD unterstützt werden. Es geht in der Runde darum, mit den jungen Menschen zu sprechen, statt sie in einer Objektivität des Diskurses zu belassen. Dazu stellen sich die jungen Frauen zuerst vor.

Anastasiia Platonova ist in der Ukraine geboren und hat im Oktober 2022, nach einer Verschlechterung der Situation im Zuge des russischen Angriffskrieges, gemeinsam mit ihrer Familie die Entscheidung getroffen, nach Deutschland zu fliehen. Schon in der Ukraine hatte sie den Traum, Rechtsanwältin zu werden, um anderen Menschen zu helfen und sie zu schützen. In der Ukraine studierte sie zuerst Strafrecht und legte dann ihren Fokus auf Internationales Recht. Vor dem Kriegsbeginn arbeitet sie ein Jahr lang in der Verwaltung Odessas. Mit Kriegseintritt beginnt sie mit diversen Hilfeleistungen für Menschen, die nach Odessa fliehen, bis sich die Situation auch in dieser Stadt verschlechtert und sie zur Flucht treibt.

Der Kontakt nach Deutschland entsteht über Facebook, wo sie eine Familie findet, die anfänglich eine Unterkunft zur Verfügung stellt. Die erste Nacht in Deutschland ist die erste Nacht, in der sie wieder gut geschlafen hat, berichtet Anastasiia Platonova. Darauf folgt für sie und auch die Gastfamilie der schwierige Umgang mit den undurchsichtigen bürokratischen Anforderungen rund um ihr Leben in Deutschland. Etwa fünf



Monate dauert dieser Prozess. Heute lernt sie Deutsch und verfolgt weiterhin ihren Wunsch, Rechtspraktikerin zu werden.

Sumaya Muuse kommt aus Somalia und ist im Alter von achteinhalb Jahren mit ihrer Familie aus dem seit Jahrzehnten vom Bürgerkrieg geplagten Land geflohen. Sie ist seit 2014 in Deutschland und strebt gerade den Gymnasialabschluss an. Ihre schulische Laufbahn in Deutschland begann ohne jegliche Sprachkenntnis in der vierten Klasse – ein bekanntes und strukturelles Problem – doch sie lernt schnell Deutsch und ist sehr bald die erste Ansprechpartnerin und Übersetzerin für ihre ganze Familie. Sie äußert Dankbarkeit dafür, dass sie trotz Migrationsbiographie und ihres sehr einfachen familiären Hintergrunds das Abitur und ein folgendes Studium anstreben kann.

Praktische Fragen und Hilfen

Die Teilnehmenden des Dialog-Cafés sind beeindruckt von den jungen Menschen und ihren Lebensgeschichten. Besonders das in nur sieben Monaten erreichte deutsche Sprachniveau Platonovas stößt auf merklichen Respekt.

Die beiden Berichte sind auch Anlass für praktische Fragen zur Integrationsarbeit. So wird nach den Kommunikationsformen bei nicht oder kaum vorhandenen Deutsch- oder Englischkenntnissen gefragt, die, so Uschi Wilbert, anfangs auf sehr basaler Ebene funktionieren. Der Umgang mit Amtsblättern und Geldproblemen erfolgt oft nonverbal oder über die Zuhilfenahme von Stift und Papier. Nach etwa vier Wochen ist meistens eine einfache sprachliche Kommunikation möglich, die dann persönlichere Themen erlaubt.

Eine Teilnehmerin lenkt den Fokus auf den Unterstützungsbedarf und teilt ihre Wahrnehmung, dass keine der beiden Frauen so wirkt, als bräuchte sie sprachliche Unterstützung, während beide dies in ihren Beiträgen erwähnt haben. Unterstützungsbedarf ist nicht immer sichtbar, was die Situation erschweren kann.

Deutsches Bildungssystem

Sumaya Muuse plädiert auch deshalb für eine stärkere und längere Unterstützung von jungen, migrierten Menschen im Schulsystem. Nur weil einige Sachen gut funktionieren, bedeutet das nicht, dass nicht weiterhin Bedarf besteht. Doch das System hat eine gewisse Härte. Finanzielle Unterstützung für Nachhilfe beispielsweise, die ungleiche schulische Chancen ausgleichen kann, bekommen nur Menschen, die schlechte Noten vorweisen können. Wer in bestimmten Fächern noch immer Schwierigkeiten hat, aber trotzdem für gute Noten kämpft, erhält keine Unterstützung.



Noch dazu sind junge migrierte Menschen oft Ankerpunkt für die Kommunikation der Familien mit den Behörden, wie es am Beispiel Sumaya Muuses deutlich wird. Sie leisten immense Arbeit, die in der deutschen Gesellschaft kaum wahrgenommen oder anerkannt wird, wie ein Entwicklungspsychologe beeindruckt anmerkt.

In der Diskussion wird deshalb auch angesprochen, dass sich die jungen Menschen Zeit lassen sollen, notwendige Fähigkeiten aufzubauen und bei allen Aufgaben die persönliche Entwicklung nicht zu kurz kommen zu lassen. Das ist jedoch schwierig, denn die aktuelle Situation und die wahrgenommene Verantwortung wirken als Triebfedern, was den beiden jungen Menschen anzumerken ist, die ihre nächsten Ziele klar vor Augen haben und die Wege dahin ausloten.

Große und kleine Hoffnungen

Was sind Hoffnungen junger Menschen in einem neuen Land? Die beiden Frauen sprechen aus individueller Perspektive, doch ihre Lebensgeschichten ermöglichen, sich induktiv einem allgemeingültigeren Bild anzunähern. Ein wiederkehrender Bezugspunkt bei beiden ist die Unterstützung der Familie. Sumaya Muuse hofft aktuell vor allem auf den Abschluss der Schule und des darauffolgenden Studiums, um diese Unterstützung zu gewährleisten. Sie verweist darauf, dass sie immer wieder Hindernisse überwinden muss, die ihr aufgrund der Zuschreibung als Ausländerin im Weg stehen, aber sie will sich davon nicht definieren lassen.

„Ich will meine Familie unterstützen. Sie soll stolz auf mich sein“, berichtet Anastasiia Platonova zum Thema Hoffnung. Um dies zu erreichen möchte sie einen guten Arbeitsplatz im juristischen Bereich finden. Sie weiß, dass es nicht einfach wird. Wer aber ein Ziel hat, kann alles schaffen.

Die Hoffnungen dieser jungen Menschen sind weniger individuell als gebunden und gerichtet, auf Sorge um und Unterstützung für die Familie. So unterschiedlich kann (Nicht-)Hoffen sein.

Resümee

Prof. Dr. Peter F. Titzmann ist Mitglied des Kleinen Konvents und hat das Dialog-Café begleitet. Er fasst seine Eindrücke und die Ergebnisse der Gespräche zusammen:

Das Dialog-Café 3 beschäftigte sich über die drei Sessions mit dem Thema „Hoffnung und Wirklichkeit. Räumliche Perspektiven“. Ziel der Veranstaltung war, vor allem die Stimmen von Jugendlichen selbst in die Gespräche des Großen Konvents einzubringen und dabei die Diversität der Perspektiven aufzuzeigen. Die drei Impulse bildeten dieser

Grundidee folgend verschiedene Sichtweisen auf Hoffnung, die eigene Zukunft und die erlebte Wirklichkeit ab. Somit bot das Dialog-Café 3 vor allem in der Zusammenschau der drei Sitzungen ein enormes Potential, die eigenen Vorstellungen über „die Jugend heutzutage“ zu hinterfragen und ein Verständnis für gesellschaftliche Prozesse und inter-individuelle Unterschiede innerhalb der jungen Generation zu entwickeln.

Die erste Perspektive wurde von Charly Richter, Johannes Gutenberg-Universität Mainz, vertreten und brachte eine erlebte Hilflosigkeit junger aktiver Menschen zum Ausdruck. Hier wurde offensichtlich, dass der Wille vieler junger Menschen, globale Probleme anzugehen, zum Beispiel durch Lebensmittelrettung oder Klimaschutzaktivitäten, im Widerspruch zu den Grenzen des eigenen Handelns steht. Globale Veränderungen zu erreichen, ist für ein Individuum kaum möglich. Möglicherweise stehen bei großen globalen Herausforderungen gesellschaftliche Vorstellungen darüber, dass man alles erreichen kann, dem Erleben eigener Selbstwirksamkeit im Wege. In Diskussionen wurde dieser Widerspruch aufgenommen und diskutiert. Aufgaben der Jugendbildung könnten demzufolge sein, Ziele realistisch zu wählen und sich international zu vernetzen.

Die zweite Perspektive wurde von Elisabeth Horsche und ihrem Vater Andreas Horsche, Bürgermeister der Gemeinde Furth bei Landshut, beigetragen. Beide betonten den Erhalt und den Ausbau bestehender Strukturen mit einem starken regionalen Bezug. Dabei wurde deutlich, dass die Gemeinde, die sie vertraten, durch starkes Wachstumspotential gekennzeichnet ist und kaum mit den üblichen Herausforderungen anderer Gemeinden zu kämpfen hat. Herausforderungen durch Globalisierung und Klimawandel spielen in dem Kontext eine eher untergeordnete Rolle. In Diskussionen wurde dann deutlich, dass die Bedingungen und Erfolgsrezepte dieser Gemeinde nicht einfach auf andere Regionen übertragbar sind. Insgesamt zeigte die Diskussion, dass einige Jugendliche mit starkem regionalem Bezug aufwachsen und dieser mit einer positiven Selbstwahrnehmung und Zukunftsperspektive einhergehen kann.

Die dritte Perspektive wurde von Uschi Wilbert vom Jugendmigrationsdienst, Sumaya Muuse und Anastasiia Platonova vertreten. In dieser Session wurden vor allem jugendliche migrantische Sichtweisen auf Hoffnung zum Ausdruck gebracht. Anastasiia Platonova berichtete über ihre Fluchterfahrung aus der Ukraine und Sumaya Muuse über ihre Erfahrungen in der Zeit nach ihrer Flucht aus Somalia. In den Diskussionen wurde herausgearbeitet, dass sich die Ziele der beiden jungen Frauen kaum von denen der Jugendlichen in der Mehrheitsgesellschaft unterscheiden – Ausbildung, Familie, Freizeit – die Wege zur Zielerreichung allerdings wesentlich mühsamer, durch weniger Unterstützung und mehr Hindernisse gekennzeichnet sind. Deutlich geworden ist zudem das Potential, das ein multikulturelles Land mit diesen hartnäckig an ihren Zielen arbeitenden jungen Menschen unterschiedlichster Herkunft hat.

Insgesamt zeigte das Dialog-Café die unterschiedlichen Wege junger Menschen im Umgang mit den jeweiligen Entwicklungszielen auf. Diese Ziele variieren sehr stark zwischen individuellen und gesellschaftlichen Zielen. Zudem wird die Zielerreichung als unterschiedlich wahrscheinlich wahrgenommen und die Wege zur Zielerreichung hängen stark von den vorhandenen Ressourcen und kontextuellen Bedingungen ab. Gemeinsam ist den jugendlichen Perspektiven im Dialog-Café 3 aber, dass alle Jugendlichen beeindruckend klare Ziele und aktive Zielerreichungsstrategien entwickelt haben und anwenden – unter starker Reflexion ihrer jeweiligen Möglichkeiten.



Dialog-Café 4: Jenseits der Mitte. Gesellschaftliche Ränder

Impulsgebende:

Prof. Dr. Sonja Preissing, Internationale Hochschule

Björn Gutzeit, Polizeipräsidium Südhessen

Dr. Roland Löffler, Sächsische Landeszentrale für politische Bildung

Begleitung: Prof. Dr.-Ing. Ursula Stein, Büro Stein Stadt- und Regionalplanung, Frankfurt am Main

Moderation: Benjamin Stehl, Schader-Stiftung

Protokoll und Bericht: Caroline Walter und Benjamin Stehl

Wie können marginalisierte Gruppen in die gesellschaftliche Teilhabe einbezogen werden? Welchen Stellenwert haben Partizipation und Protest in der Demokratie? Wo liegen die Grenzen extremistischer Protestformen? Wie unterscheiden sich die politischen Realitäten in Ost- und Westdeutschland? Das Dialog-Café „Jenseits der Mitte. Gesellschaftliche Ränder“ widmet sich in Impulsen und Diskussionen diesen Themen.

Jugend am Rande der Gesellschaft

Der Ursprung marginalisierter Quartiere liegt in ihrer wirtschaftlichen Schwäche, rechtlicher Benachteiligung, dem Fehlen kultureller und sozialer Einrichtungen sowie in städtebaulichen Mängeln. Die Impulsgeberin Sonja Preissing, Professorin für Soziale Arbeit an der Internationalen Hochschule am Standort Köln, folgt dabei den Erkenntnissen des Soziologen Martin Ottersbach.

Eingangs zeichnet Sonja Preissing anhand ihrer Dissertation „Jugend am Rande der Stadt“ nach, welche Strategien Jugendliche aus marginalisierten Stadtteilen in Deutschland und Frankreich im Umgang mit Stigmatisierung entwickeln, wie sie Widerstand gegen Ausgrenzung und Diskriminierung leisten und sich Räume innerhalb und außerhalb des Quartiers aneignen. Gleichzeitig fängt sie die Suchbewegungen der Jugendlichen ein, ihr Pendeln zwischen Zentrum und Peripherie, die Einforderung sozialer und politischer Teilhabe und den Wunsch nach Chancen auf dem Wohn- und Arbeitsmarkt.

Sonja Preissing betont die Bedeutung innerstädtischer Teilhabe; für Jugendliche müssen Möglichkeitsräume zur Beteiligung geschaffen werden. Um Marginalisierung entgegenzuwirken, empfiehlt sie die Verbesserung der sozioökonomischen Inklusion, eine höhere Anerkennung von Quartieren und den Ausbau der politischen Partizipation.

Determinanten der Partizipation

Schnell wird klar –Partizipation und Privileg sind eng miteinander verknüpft. Eine kurze Abfrage per Handzeichen unter den knapp 20 Teilnehmenden des Dialog-Cafés bestätigt eine Vorahnung: In den letzten Monaten nahm weniger als ein Drittel der Anwesenden an einer Bürgerbeteiligungsveranstaltung teil. Ein Teilnehmer beobachtet, dass privilegierte Menschen der Mittelschicht eher den Wunsch haben, am Status quo festzuhalten und daher nicht partizipieren, da sie von der Ausgangssituation profitieren.

Neben der Veränderungsbereitschaft sind Zeitressourcen und Beschwerdemacht zwei weitere wichtige Kriterien für die Partizipationskapazitäten der Bevölkerung. Eine Teilnehmerin stellt fest, dass viele Bürger*innen Angebote aufgrund mangelnder Zeit nicht wahrnehmen, obwohl es eine Vielzahl an Beteiligungsformaten gibt. Die Beschwerdemacht bezeichnet das Maß an Einfluss, das eine Beanstandung bewirken kann. In ihrer täglichen Arbeit nimmt eine anwesende Berufspolitikerin Resignation in vielen marginalisierten Nachbarschaften wahr. Die Erfahrung, dass politische Teilhabe keinen direkten Einfluss auf die eigene Lebensrealität hat, führt zum Versiegen des Partizipationswillens. Damit alle gesellschaftlichen Schichten stärker partizipieren, müssen Teilhabe und reale Verbesserung der alltäglichen Lebenssituation enger miteinander verknüpft werden.

Welche Tragweite kommt Teilhabeangeboten zu? Warum ist die Politik vorrangig an den Wirklichkeiten bestimmter Bevölkerungsgruppen interessiert? Diese Fragen vorab zu klären, erhöht die Wahrscheinlichkeit, dass die Partizipation schlussendlich positive Effekte für die Betroffenen erbringt. In der Realität ist es allerdings nicht einfach, die Ergebnisse von Beteiligungsprozessen in die Praxis zu integrieren. Eine Politikerin gibt zu bedenken, dass in der Quartiersentwicklung und bei stadtplanerischen Themen Partizipation sinnvoll sein kann. Bei strikteren Verteilungsfragen existiert allerdings häufig kein Spielraum, um die Bürgerschaft mitbestimmen zu lassen.

Potentiale neuer Partizipationsinstrumente

Einige der Anwesenden sehen großes Potential im Format der Bürgerräte. Die Ergebnisse dieser Gremien, die in der Vergangenheit bisher kaum politische Wirkkraft hatten, sollen Gemeinderäten als Leitlinie im Beschlussprozess dienen. Über Bürgerräte können marginalisierte Bevölkerungsgruppen stärker in politische Prozesse eingebunden werden, da sie über ein Losverfahren persönlich angesprochen werden. Während öffentliche Einladungen zu Beteiligungsformaten häufig die immergleichen Personen anziehen, können im Wege des direkten Adressierens weitere, bisher kaum involvierte Bevölkerungsgruppen erreicht werden. Das bestätigt ein anwesender Berufspolitiker; die persönliche Ansprache genießt hohes Ansehen in der Bevölkerung und zeigt, dass man als Bürger*in gesehen wird.

Die Rolle der Polizei in der demokratischen Gesellschaft

Die diversen Beteiligungsformen unterschiedlicher gesellschaftlicher Randgruppen sind auch in der zweiten Session des Dialog-Cafés Thema; diesmal allerdings im Kontext von Protestaktionen.

Zur täglichen Arbeit der Polizei gehört die Auseinandersetzung mit Gedankengut und Protestformen, die von Personen abseits des Mainstreams eingesetzt werden, um ihren Forderungen Ausdruck zu verleihen. Welche aktuellen Debatten innerhalb der Polizei stattfinden und warum auch kleinen Gruppen Protest ermöglicht werden muss, erklärt Björn Gutzeit, seit 2022 Polizeipräsident des Polizeipräsidiums Südhessen, in seinem Impuls.



Recherchiert man den Begriff Protest, so stößt man auf die Definition, dass es sich hierbei um ein „meist spontanes und temperamentvolles Kundtun des Missfallens“ handelt, also eine Ablehnung ausgedrückt wird. Unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen nutzen Protestformen, um auf ihre Position aufmerksam zu machen. Wer von der Mehrheitsgesellschaft durch Ausgrenzung an den Rand der Gesellschaft gedrängt wird oder bereits seit langem marginalisiert ist, kann versuchen, sich über Protest wieder Gehör zu verschaffen. Protest kann unterschiedlichste Formen annehmen und reicht von Veränderungen des individuellen Konsumverhaltens über friedliche Demonstrationen bis hin zu gewalttätigen Aktionen. In den letzten Jahren wurde das Protestgeschehen in Deutschland vielfältiger, bunter, kreativer, undisziplinierter, spontaner, unlogischer – und ist damit schwerer zu überschauen.

Für die Polizei geht die Begegnung mit Protestierenden mit immer neuen spontanen Abwägungsprozessen einher. Oft stellt sich die Frage, wie weit der Protest gehen darf und wie es gelingt, diesen zuzulassen, ohne dass Gewalt eskaliert. Große zukünftige Herausforderungen sieht Björn Gutzeit darin, das gesunkene Vertrauen in staatliche Institutionen wieder zu stärken und insbesondere einen Umgang mit Verschwörungstheorien zu finden, die während der Coronapandemie eine große Verbreitung erlebten.

Die Teilnehmenden sind sich einig, dass die gesellschaftlichen Ansprüche an die Polizei hoch sind. Die Bevölkerung erwartet von Polizist*innen Schutz in gefährlichen Situationen sowie Konflikt- und Problemlösung bei Eskalation. Der Polizeipräsident bemerkt allerdings: Aufgabe der Polizei ist keineswegs, die Ursprünge gesellschaftlicher Konflikte zu lösen, sondern lediglich sicherzustellen, dass Protest im Rahmen gesetzlicher Richtlinien stattfindet. Gleichzeitig findet sich die Polizei, wie eingangs erwähnt, am Ort der Aushandlung gesellschaftlicher Interessen und Konflikte wieder. Die Aufgabe der Polizei liegt darin, korrekt zu bewerten, welche Reaktion erforderlich ist, aber auch gleichzeitig das Recht auf Protest zu schützen und als Diskurspartner zur Verfügung zu stehen. Dieses Idealbild kann in persönlicher Konfrontation nicht immer gewahrt werden; auch Polizist*innen sind nicht davor gefeit, in schwierigen Situationen von Emotionen beeinflusst zu werden. Wie eine Teilnehmerin anmerkt, ist es daher wichtig, auch innerhalb der Polizei Diskussionsräume zu schaffen und zu klären, wie legitimer Protest und der Umgang damit aussieht.

Protest begrüßen oder erdulden

Wie viel Protest eine Gesellschaft „erdulden“ muss, ist eine häufig debattierte Frage. Die Formulierung suggeriert bereits eine Abweichung vom Mainstream, eine unliebsame Störung im sonst reibungslos ablaufenden gesellschaftlichen Leben. Eine



Teilnehmerin ruft dazu auf, eine positiver konnotierte Ausdrucksweise zu finden. Sie erinnert daran, dass der Schutz grundlegender Rechtsgüter einst durch Protest gegen erheblichen politischen Widerstand erstritten werden musste. Daher sollte man Protest „begrüßen“ statt ihn nur zu erdulden, also die persönliche Wahrnehmung verändern. Wie wir Protest wahrnehmen, hängt eng mit der eigenen Wirklichkeit, dem eigenen Problemempfinden und letztendlich den eigenen Privilegien zusammen.

Auch die Wahrnehmung des gesellschaftlichen Randes muss nicht notwendigerweise negativ sein, wie ein Politikwissenschaftler bemerkt. In der Jugendzeit galt es früher oft als erstrebenswert, eine gesellschaftliche Außenseiterposition einzunehmen, um später wieder Mitglied der Mehrheitsgesellschaft zu werden. Protest insgesamt mehr als wichtige Komponente des gesellschaftlichen Zusammenlebens zu akzeptieren, anstatt ihn aus- und abzugrenzen, ist der Wunsch eines Teilnehmers. Er schlussfolgert, dass eine Demokratie, die mit Protest gut umgehen kann, hier auch keine Polizei einsetzen muss.

„Gefühle sind nicht (il)legitim, sie sind einfach da“

Welchen Protest wir als legitim und welchen wir als illegitim erachten, beeinflusst die Bereitschaft, damit einhergehende Einschränkungen zu akzeptieren. Es zeigen sich unterschiedliche Bewertungen von Protestaktionen, je nachdem wer, zu welchem Thema und mit welchen Mitteln protestiert. Eine DiskutantIn beobachtet, dass in der laufenden Diskussion das Wort Protest und „abwegiges“ Verhalten beispielsweise im Fall der Klimaproteste, zusammengedacht werden. Welche Inhalte und Formen von Protest werden also als gesellschaftlicher Rand und als illegitim wahrgenommen? Laut Björn Gutzeit soll jede Art von Protest so weitgehend wie möglich zugelassen werden. Besonders wegen der zunehmenden Radikalisierung nach rechts äußern einige der Teilnehmenden im Dialog-Café allerdings Bedenken. Eine Politikwissenschaftlerin fragt, ob beispielsweise Anti-Migrationsdemos nicht eingeschränkt werden sollten, da sie demokratische Werte verletzen. Dem entgegnet eine andere Teilnehmerin, dass die Versammlungsfreiheit Menschen das Recht garantiert, ihren Unmut zu äußern. Sie hält es für unzulässig, Gefühle als legitim oder illegitim zu verorten, sie sind in erster Linie da. Eine wichtige Aufgabe besteht darin, solchen Gefühlen Raum zu geben, ohne dass sie in Gewalt oder in strafbare Handlungen ausarten.

Ein Teilnehmer ist sich sicher: Inhaltlich können keine Grenzen zwischen Legitimität und Illegitimität von Protest gezogen werden. Bei Gewalt sieht das anders aus; für ihn ist gewaltsamer Protest in jedem Fall illegitim. Die Frage, welcher Protest als legitim und akzeptabel zu betrachten ist, deutet immer auf die Frage hin, was wir als Gesellschaft als legitim und akzeptabel erachten: Aushandlungsprozesse, die uns auch



zukünftig beschäftigen werden. In der korrekten Definition von Protest und in der Abgrenzung zu gesellschaftsschädigenden Formen der Meinungsäußerung sieht ein Kommunikationswissenschaftler eine wichtige Aufgabe.

Ostdeutsche Wirklichkeit

Das Thema der Legitimität bestimmter politischer Standpunkte und das Recht auf Partizipation werden in der dritten Session des Dialog-Cafés mit Roland Löffler, Direktor der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung, weiterverfolgt. Die Landeszentrale für politische Bildung mit Sitz in Dresden betreibt in Sachsen überparteiliche politische Bildungsarbeit. Marginalisierung als Grundgefühl resultiert hier vorwiegend aus dem Gefühl, als Ostdeutsche abgehängt worden zu sein und nicht in den gesamtdeutschen Diskurs einbezogen zu werden.

Dialogveranstaltungen bergen in der politischen Landschaft Ostdeutschlands ein großes Potential, wieder miteinander ins Gespräch zu kommen. Veranstaltungen der Landeszentrale sind darauf angelegt, bewusst in den konfliktbehafteten Dialog einzutreten. Vor den Landtagswahlen organisierte die Landeszentrale Wahlforen, bei denen alle politischen Parteien vertreten waren. Das stellt sich bei vielen zivilgesellschaftlichen Einrichtungen im „Westen“ anders da, beispielsweise sind AfD-Vertreter*innen in Projekten der Schader-Stiftung nicht erwünscht, wie auf Nachfrage bestätigt wird. In der politischen Landschaft Sachsens ist das nicht möglich. AfD-Wähler*innen stellen einen großen Teil der Bevölkerung und Abgeordnete der in Sachsen durch den Verfassungsschutz als rechtsextremistisch eingestuft Partei sind Mitglied im Kuratorium der Landeszentrale. Roland Löffler merkt an, dass die Politik „das leisten können“ muss, wenn die AfD gemeinsam mit fünf weiteren Parteien im Rahmen der Wahlforen auf der Bühne sitzt und debattiert. Dabei sollten die anderen Parteien wieder lernen, offensiv anzugreifen. Ein Anwesender fragt, ob es tatsächlich zur Auflösung politischer Polarisierung kommen kann, wenn „nichts und niemand“ ausgegrenzt wird. Roland Löffler stimmt dem grundsätzlich zu, betont allerdings die Bedeutung guter Vorarbeit und die Wahl des richtigen Zeitpunkts. Bei manchen Gruppierungen, wie den „Freien Sachsen“ und dem „Dritten Weg“, hört auch bei der Landeszentrale in Sachsen die Offenheit auf; extremistischen Gruppierungen wie diesen bietet die Landeszentrale keinen Raum.

Nicht naiv

Miteinander ins Gespräch zu kommen ist bei der überparteilichen Landeszentrale also Grundvoraussetzung, dabei wird nichts dem Zufall überlassen. Die Betonung liegt auf guter Organisation und sorgfältiger Vorbereitung, sodass Veranstaltungen geordnet ablaufen, alle Beteiligten davon profitieren und Eskalation vermieden



werden kann. Eingangs werden Auftraggeber, Moderation und Methoden sorgfältig geprüft und abgestimmt, Sicherheitspersonal organisiert, das Team instruiert und die Rollen klar verteilt.

Die Landeszentrale veranstaltet über 350 Veranstaltungen im Jahr, die trotz aller geschilderten Maßnahmen nicht immer völlig problemlos ablaufen. Roland Löffler betitelt die Landeszentrale Dresden als das „Labor des Dialogs“. In den Veranstaltungen ist die Dialogführung zwischen dem rechten Lager, kritischen ehemaligen DDR-Bürger*innen und anderen Teilnehmenden eine Gratwanderung. Von einigen wird die Landeszentrale als Ort wahrgenommen, der „indoktrinieren“ will, andere erhoffen sich von der Landeszentrale Zukunftsdeutungen. Ein Teilnehmer sieht die Landeszentrale eher als moralische Instanz, die großes Vertrauen und Zutrauen der Parteien genießt. Die Landeszentrale steht auch deshalb im Zentrum vieler Debatten, da es an Formaten wie Veranstaltungen der Schader-Stiftung in Ostdeutschland mangelt. Während eine Vielfalt zivilgesellschaftlicher Gruppen existiert, fehlt es an öffentlichen Meinungsgewer*innen, die sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland bekannt und akzeptiert sind.

Miteinander reden

Wie erfolgreicher Dialog trotz politischer Komplexität funktionieren kann, zeigt eine Veranstaltung in Zwickau. Da Zwickau als möglicher Standort eines NSU-Dokumentationszentrum infrage kommt, organisierte die Landeszentrale hier einen Informationsabend, zu dem Verwaltungsmitglieder, Politiker*innen sowie Bürger*innen eingeladen waren. An moderierten Thementischen konnten die Anwesenden jeweils 30 Minuten diskutieren und ihre Ergebnisse anschließend im Plenum teilen. Im Laufe des Abends fanden sich Wähler*innen des rechten und linken politischen Spektrums gemeinsam an den Tischen wieder und diskutierten. Roland Löffler resümiert: „So haben wir seit fünf, sechs Jahren nicht miteinander geredet.“

Der gemeinsame Dialog, also das Teilen der eigenen Wirklichkeit und die Offenheit gegenüber anderen Wirklichkeiten, bleibt ein wichtiges Gut – nicht nur in Ostdeutschland. Denn die großen Fragen, wie Klimawandel und Migration, beschäftigen die gesamte Bundesrepublik. Daher vermutet Roland Löffler, dass es auch in Hessen im Anschluss an die Landtagswahl Demonstrationen wie in Sachsen geben könnte. Wie bereits in den vorherigen Sessions erwähnt, müssen diejenigen abgeholt werden, die sich im öffentlichen Diskurs nicht gehört fühlen. Als weitere Herausforderung identifizieren die Teilnehmenden den Umgang mit Unwahrheiten. Falschinformationen werden nicht nur im Internet, sondern häufig auch in öffentlichen Veranstaltungen gestreut. Roland Löffler hat hierfür keine endgültige Lösung, außer gute Vorbereitung, Durchschauen der Strategien des rechten Randes und kontinuierliches Lernen.

Resümee

Als Mitglied des Kleinen Konvents und Begleiterin des Dialog-Cafés nimmt Prof. Dr.-Ing. Ursula Stein eine Einschätzung des Gesprächsverlaufs in den drei Sessions vor:

Durch die Diskussionen aller drei Dialog-Café-Sessions zieht sich eine Feststellung, die Lisa Herzog in ihrem Eröffnungsvortrag erwähnte: Die gesellschaftlichen Ränder werden lauter und die Unterschiede werden sichtbar. Dennoch ist an die These des diesjährigen Schader-Preisträgers Steffen Mau zu erinnern, der die deutsche Gesellschaft mit dem Bild des „Dromedars“ charakterisiert: ein hoher Höcker in der Mitte, flache Ränder – denn es gebe immer noch eine hohe Übereinstimmung bei Werten und Überzeugungen. Eine gesplattene „Kamel-Gesellschaft“ wäre, so Mau, empirisch hingegen durch zwei Höcker mit einem tiefen mittleren Graben gekennzeichnet.

In der ersten Session des Dialog-Cafés wird auf randstädtische Siedlungen und marginalisierte Jugendliche geblickt. Die diskursive Attribution der Benachteiligung und Prekarisierung bestimmter Jugendlicher in gewissen Stadtteilen manifestiert deren Marginalisierung weiter, während eigentlich Zugänge zu Entscheidung und Gestaltung nötig wären.

Als Fazit der ersten Session bleibt eine Frage: Wie viel dessen, was wir (als Mehrheitsgesellschaft) als gesellschaftlichen Rand definieren, spiegelt vielmehr die Nicht-Hinterfragung der eigenen Lebensrealität und die Definition der eigenen Wirklichkeit als Normalität wider?

Bei der zweiten Session geht es um die verschiedenen Protestformen gesellschaftlicher Gruppen und den Umgang der Gesellschaft und der Institutionen mit als extrem empfundenem Protest. Eine von Teilen der Gesellschaft als stressig und unzulässig empfundene Eskalation von Protestformen kann die vorher erlebte Perspektiv- und Einflusslosigkeit der Betroffenen und Protestierenden zum Ausdruck bringen.

Andere Wirklichkeiten als die eigene werden oft als Bedrohung der persönlichen Wahrnehmung und Lebensweise empfunden. Vor diesem Hintergrund werden Differenzen vergrößert wahrgenommen und Protest wird einerseits inszeniert und andererseits bewertet. Die „Aufmerksamkeitsökonomie“ in einer medialen Welt spielt eine große Rolle. Die divergierende Akzeptanz der verschärften Protestformen geht mit der auseinanderstrebenden Akzeptanz verschiedener Wirklichkeiten einher.

Die Lerneffekte des Dialogs zwischen verschiedenen Wirklichkeiten stehen im Mittelpunkt der dritten Session. Wie lässt sich ein konstruktives Gespräch unter Einbeziehung extremer Meinungen gewährleisten? Wann ist es zulässig, radikale Meinungen auszuschließen?

Ein Dialog mit konträren Meinungen braucht eine präzise Vorbereitung, klare Haltung und eindeutige Regeln, um einen sinnvollen Austausch zu erreichen. Gespräch und Begegnung haben in diesem Zusammenhang eine sehr große Bedeutung, denn über den Austausch können Wirklichkeiten kennengelernt und Gemeinsamkeiten gefunden werden, das wirkt demokratiestärkend. Wir leben in einer Gesellschaft mit einer großen Vielfalt an Wirklichkeiten. Aus dem Dialog über verschiedene Wirklichkeiten hinweg sollte Respekt für die anderen Menschen erwachsen – auch wenn Uneinigkeit in der Sache verbleibt.



Dialog-Café 5: Real existierender Journalismus. Wunsch und Wirklichkeit

Impulsgebende:

Dorinne Schnabel, Media Bubble

Peter Unfried, taz FUTURZWEI

Prof. Dr. Marcus Maurer, Johannes Gutenberg-Universität Mainz

Begleitung und Moderation: Prof. Dr. Ulrike Röttger, Universität Münster

Vorbereitung: Dr. Stella Lorenz, Schader-Stiftung

Protokoll und Bericht: Laura Kappes und Dr. Stella Lorenz

Aktuell erleben wir eine weitreichende, strukturelle Veränderung der Medienlandschaft. Klassische Medien haben einen enormen Bedeutungsverlust erlitten, während soziale Medien als Informationsquelle immer relevanter werden. Muss sich der Journalismus in dieser sich radikal verändernden Mediengesellschaft neu orientieren? Welchen Herausforderungen muss der Journalismus entgegentreten? Was zeichnet Journalismus auf der Höhe der Zeit und der Problemlagen aus? Welche Rolle spielen Medien in der Wahrnehmung und Diskussion über kontroverse, politische Themen? Und welche Rolle nimmt der Journalismus in der Gestaltung neuer Wirklichkeiten ein?

Journalismus in den Sozialen Medien

Mit ihrem Impulsvortrag „Soziale Medien der nächsten Generation und Journalismus“ eröffnet Dorinne Schnabel die erste Session des Dialog-Cafés. Sie ist Chefredakteurin des studentisch geführten Blogs „Media Bubble“, der sich unter anderem mit Fragen der Medienkritik beschäftigt. Im Fokus steht die Frage, wie sich der Journalismus aufstellen muss, um auf Social Media sinn- und wirkungsvoll agieren zu können.

Journalismus auf Social Media ist mit völlig anderen Bedingungen konfrontiert, so Dorinne Schnabel. Sollen journalistische Beiträge in Sozialen Medien platziert werden, stellen sich neue Anforderungen an die Gestaltung. Jede Social-Media-Maßnahme sollte daher mit der Entwicklung einer Strategie beginnen: Zum einen ist die Zielgruppe zu ermitteln, um die Beiträge auf diese zuzuschneiden. Im Vergleich zu etablierten Medien hat es der Journalismus jedoch unter Umständen mit sehr heterogenen Zielgruppen zu tun, die nur schwer identifizierbar und nicht klar voneinander abgrenzbar sind. Zum anderen muss sich der Journalismus auf kompakte Formate einstellen, die eine klare Kommunikation erfordern. Themen, die Tageszeitungen in ausführlichen Artikeln analysieren, werden in Sozialen Medien auf kurze Beiträge heruntergebrochen. Den User*innen begegnet auf Social Media eine Vielzahl an Kanälen und Akteur*innen,



aus denen journalistische Formate hervorstechen müssen, um die Aufmerksamkeit der Rezipierenden zu erhalten.

Im Vergleich zu etablierten Medien bieten journalistische Beiträge auf Social Media einige Vorteile. Einerseits eröffnen sich neue, niederschwellige Interaktionsmöglichkeiten und Redaktionen können direkt und ungefiltert mit Konsument*innen in den Austausch treten. Andererseits erhöht sich auch die Reaktionsgeschwindigkeit der Redaktionen. Sind beispielsweise aufgrund fehlender Ressourcen keine Journalist*innen vor Ort, können mithilfe der Community Informationen zusammengetragen werden. Des Weiteren steigt die Reichweite journalistischer Inhalte durch das schnelle und unkomplizierte Teilen von Beiträgen.

Abschließend betont Dorinne Schnabel allerdings auch, dass sich Journalismus auf Social Media Algorithmen unterwirft, deren Kontrolle allein bei den jeweiligen Plattformen liegt und über deren Funktionsweisen bisher wenig bekannt ist. Indem diese Algorithmen Beiträge entweder befeuern oder zurückhalten, haben sie großen Einfluss darauf, welche Inhalte Nutzer*innen konsumieren. Auf diese Weise können Algorithmen Filterblasen, Echokammern, Fake News und Hate Speech verstärken.

Algorithmen und fehlende demokratische Kontrolle

Ulrike Röttger, die Begleiterin des Dialog-Cafés, greift diesen Punkt auf und spitzt das Problem weiter zu. Agiert Journalismus in Sozialen Medien, unterwirft er sich Regeln, die Großkonzerne vorgeben und kontrollieren. Gleichzeitig sind diese Regeln in hohem Maße intransparent. Wie wirken sich derartige Konditionen auf die Qualität der Berichterstattung aus? Kann der Journalismus seinem Leistungsauftrag überhaupt gerecht werden, wenn er sich auf die Bedingungen der Sozialen Medien einlässt?

Einige Teilnehmer*innen sehen die Glaubwürdigkeit, die eine zentrale Währung des Journalismus darstellt, in Gefahr. Journalistische Prinzipien dürfen nicht zugunsten einer Aufmerksamkeitsökonomie vernachlässigt werden. Außerdem befürchten einige Diskutant*innen einen Komplexitätsverlust, wenn ausführliche Recherchen auf kurze Posts komprimiert werden. Auf diese Weise bieten Social-Media-Formate spezifische Anknüpfungspunkte für radikale Ideologien. Vermeintlich unumstößliche Gewissheiten sind im Gegensatz zu differenzierten und komplexen Analysen in wenigen Worten abbildbar.

Zustimmung findet die These, dass sich Social Media demokratischer Kontrolle aktuell komplett entzieht. Die jeweiligen Konzerne agieren auf globaler Ebene unabhängig von regulierenden Instanzen. Im „Postdigitalen Zeitalter“ sind Unternehmen wie



Meta, TikTok und YouTube immer stärker mit kommunikativer Macht ausgestattet und besitzen eine enorme Lenkwirkung. Zudem werden undemokratische Inhalte und Akteur*innen auf Social Media bisher kaum eingeschränkt. Als Beispiel wird die deutliche Überrepräsentanz von rechtsextremen Akteur*innen in Sozialen Medien angeführt. Zwar handelt es sich lediglich um wenige Individuen, allerdings sind diese in den Sozialen Medien sehr aktiv und besetzen zahlreiche relevante Themen. Demokratien sind aufgerufen, nicht zu resignieren und auf diese problematischen Entwicklungen zu reagieren.

Finanzierungsfragen eines professionellen Online-Journalismus

Die Gesprächsrunde richtet ihr Augenmerk kritisch auf die Finanzierung des professionellen Journalismus. Etablierter Journalismus finanziert sich typischerweise durch Werbeanzeigen und Abonnements, so eine Teilnehmerin. Heute stehen Zeitungen unter hohem finanziellem Druck, weil immer mehr Menschen digitale Inhalte bevorzugen. Gefordert wird, dass die etablierten Medien in Deutschland auch eine selbstkritische Haltung einnehmen müssen. Viele Medienhäuser haben es verpasst, in neue Vertriebswege zu investieren und ein profitables Wirtschaftssystem zu entwickeln, das einer veränderten Medienlandschaft gerecht wird. Es bleibt die Frage offen, wie sich dieses Feld – mit Blick auf übermächtige Tech-Konzerne und andere machtvolle Akteur*innen – zurückgewinnen lässt. Könnte die Lösung möglicherweise in einer staatlichen Subventionierung des unabhängigen Journalismus liegen?

Demokratisierungs- und Vernetzungspotential

Abschließend wird der Blick auch auf das Demokratisierungs- sowie das Vernetzungspotential Sozialer Medien gerichtet. Gerade im lokalen Raum ermöglicht Social Media neue Formen der Vernetzung und des Austauschs und bietet die Chance, komplexe Inhalte multimedial und verständlich aufzuarbeiten. Die Impulsgeberin knüpft an diesen Denkanstoß an und schließt die Diskussion mit dem Plädoyer, Soziale Medien trotz der berechtigten Kritik als Chance zu betrachten und sich auf die strukturellen Veränderungen in der Medienbranche einzulassen.

Kritische Bestandsaufnahme des politischen (Klima-)Journalismus

Peter Unfried, Chefredakteur des Magazins taz FUTURZWEI, widmet sich in seinem Impulsvortrag zu Beginn der zweiten Session Fragen der Medienkritik und formuliert eine kritische Bestandsaufnahme des politischen Journalismus.

So hat sich die Polarisierung der Medien zu einem Geschäftsmodell entwickelt, für das eine hohe Nachfrage existiert. Letztlich geht es nach Peter Unfried im Journalismus nicht mehr um Inhalte, sondern um die Konkurrenz von Gesinnungen. Zusätzlich



treiben Moralisierungabsichten, die keinerlei Auswirkungen auf strukturelle Problemlagen haben, die Polarisierung der Gesellschaft weiter voran. Ein Beispiel: die moralisierende Kritik des linksliberalen Spektrums an Medienhäusern wie dem Axel Springer-Verlag. Zwar ist strategisch-destruktiver Populismus kritisch zu betrachten, so der Impulsgeber, allerdings geht die eigentliche Bedrohungslage von rechts-konservativen sowie teils privaten Medien wie Fox News aus, die praktisch keiner Kontrolle unterliegen und extreme Reichweiten erlangen. Im deutschsprachigen Raum spielen derartige Medien bisher kaum eine Rolle, doch haben auch in Deutschland die Leitmedien ihre Gatekeeper-Funktion an mächtige Tech-Konzerne verloren. Peter Unfried ist davon überzeugt, dass wir angesichts der strukturellen Veränderung der Medienlandschaft unser Grundverständnis von Journalismus noch nicht entscheidend reflektiert haben und fragt daher: Was ist die Rolle des Journalismus in dieser sich radikal verändernden Mediengesellschaft?

Vor dem Hintergrund dieser Fragestellung richtet Peter Unfried seinen Blick auf die Rolle des politischen Journalismus in Bezug auf den Klimawandel. Er kritisiert, dass die Redaktionen, auch die etablierter Medien, häufig nicht in der Lage sind, Informationen zum Klimawandel angemessen journalistisch aufzuarbeiten und zu verbreiten. Zum einen fehlt es an klimapolitischem Know-how wie auch an einer ausgeprägten Klimakultur, zum anderen hat es der Journalismus verpasst, klimapolitische Fragestellungen ausreichend und ausgewogen zu bearbeiten und Relevanz herzustellen. Stattdessen haben Medien eine systematische De-Thematisierung der eigentlichen Bedrohungslage vorangetrieben, indem sie beispielsweise – im Sinne des Geschäftsmodells der Polarisierung – den Eindruck erweckten, das Gebäudeenergiegesetz sei das zentrale Klima-Thema.

Klimapolitisches Know-how in allen Ressorts etablieren

In der folgenden Diskussion steht die Frage im Zentrum, wie kritische Kompetenzen sowohl im Bereich des Klimajournalismus als auch im gesamten politischen Journalismus zu gewährleisten sind. Mehrere Teilnehmende beklagen eine Leerstelle bei investigativen und kritischen Recherchen, die das Konzept der Postwachstumsgesellschaft tatsächlich systemkritisch hinterfragen. Aktuell sind finanzielle und personelle Ressourcen zu knapp bemessen, um Qualitätsjournalismus zu betreiben und der Komplexität der Themen Rechnung zu tragen.

Aus der Runde kommt der Einwand, dass Medienschaffenden im Bereich Klimajournalismus mittlerweile zahlreiche Weiterbildungsmöglichkeiten zur Verfügung stehen, was für eine positive Entwicklung spricht. Dennoch ist guter klimapolitischer Journalismus bisher lediglich auf vereinzelte „grüne“ Abteilungen oder Ressorts begrenzt, in denen



Journalist*innen über ausgeprägtes klimapolitisches fachliches Know-how verfügen. Elementar ist daher, so mehrere Gesprächsbeiträge, klimapolitische Kompetenzen in *allen* Ressorts zu etablieren. Redaktionen müssen in der Lage sein, Klimapolitik kritisch und kenntnisreich zu begleiten und das Bewusstsein für holistische Lösungen und Strategien zu stärken.

Neue Finanzierungsmodelle

Die Diskutant*innen sind sich einig, dass die Entwicklung kritischer und klimapolitischer Kompetenzen in den Ressorts vor allem eine Frage der personellen und finanziellen Ressourcen ist. Daher stehen auch in der zweiten Gesprächsrunde strukturelle Problemlagen des Journalismus im Mittelpunkt der Debatte. Vorgeschlagen wird, regionalen (Klima-)Journalismus stärker in den Fokus zu rücken und diesen gezielt nach dem Beispiel skandinavischer Finanzierungsmodelle zu fördern. In mehreren Ländern Nordeuropas wird regionaler Journalismus gezielt mit öffentlichen Geldern subventioniert, um dessen Unabhängigkeit und Diversität zu garantieren. Diese Verfahrensweise kann die regionale, kritische Beobachtungskompetenz sowie die professionelle Klimakommunikation gezielt stärken. Eine Teilnehmerin schlägt abschließend vor, die Besteuerung der Online-Plattformen zur Querfinanzierung journalistischer Arbeit zu nutzen.

Konstruktiver Journalismus

Prof. Dr. Marcus Maurer, der am Institut für Publizistik der Johannes Gutenberg-Universität Mainz forscht und lehrt, beginnt seinen Impuls mit einem kurzen Quiz. Wie hat sich die Anzahl der Todesfälle durch Naturkatastrophen in den letzten 100 Jahren entwickelt? Zur Antwort standen drei Möglichkeiten: Die Anzahl hat sich verdoppelt, sie ist gleichgeblieben oder sie hat sich halbiert. Richtig ist, dass sie sich mehr als halbiert hat. Das wussten allerdings nur sechs Prozent der Befragten, trotz einer Zufallswahrscheinlichkeit von 33 Prozent.

Dieses kleine Experiment verweist auf die Grundproblematik, nach der Menschen positive Sachverhalte systematisch falsch einschätzen oder überhaupt nicht kennen. Verantwortlich dafür ist unter anderem die typische Funktionsweise des klassischen Journalismus, der auf Probleme und Konflikte fokussiert ist. Die Ursache verortet der Impulsegeber zum Teil im Berufsbild von Journalist*innen, die sich als Kritiker*innen von Missständen verstehen. Zudem wird die Relevanz journalistischer Beiträge an Nachrichtenfaktoren gemessen. Einer dieser Faktoren ist die Negativität. Medien berichten mit höherer Wahrscheinlichkeit über negative Ereignisse, weil diese mehr Aufmerksamkeit erzeugen. In Anbetracht dieser Maxime journalistischer Arbeit sind Rezipient*innen mit einem negativ verzerrten Bild der Wirklichkeit konfrontiert und



unterschätzen systematisch positive Entwicklungen. Die klassische, negativ geprägte Berichterstattung fördert nachweislich Politikverdrossenheit und führt zu Apathie und Resignation.

Vor diesem Hintergrund widmet sich Marcus Maurer in seinem aktuellen Forschungsvorhaben dem Konstruktiven Journalismus, der nicht nur über Probleme, sondern zusätzlich auch über mögliche Lösungen dieser Probleme berichtet – ein Gegenentwurf zum klassischen, problemzentrierten Journalismus, der jedoch an Qualitätskriterien wie Ausgewogenheit und Neutralität gebunden ist. Diese Definition soll zwei Missverständnissen entgegentreten. Zum einen ist Konstruktiver Journalismus kein positiver Journalismus, der ausschließlich gute Nachrichten verbreitet. Stattdessen liegt der Fokus darauf, nicht einseitig über Probleme, sondern auch über mögliche Lösungen und Erfolge zu berichten. Zum anderen verfolgt Konstruktiver Journalismus keine aktivistischen Ziele, sondern stellt sich in den Dienst neutraler, ausgewogener Berichterstattung.

Was verspricht man sich von Konstruktivem Journalismus? Konstruktiver Journalismus soll unter Menschen, die nachrichtenmüde sind, wieder das Interesse für Nachrichten steigern und eine positive Wirkungskette in Gang setzen, indem konstruktiv aufbereitete Inhalte positive Emotionen auslösen. Im zweiten Schritt kann er Selbstwirksamkeit und Handlungsbereitschaft fördern und so einen Ausweg aus Resignation und Apathie bieten. Trotz der hohen Erwartungen ist diese Form des Journalismus in Deutschland bisher wenig verbreitet, zudem liegen kaum empirische Untersuchungen zur Wirksamkeit vor. Marcus Maurer schließt mit dem Hinweis, dass sich der Konstruktive Journalismus – sofern weitere Untersuchungen die erhofften Effekte bestätigen – nicht parallel zum klassischen Journalismus entwickeln sollte, sondern ein Wandel im klassischen Journalismus erfolgen muss.

Journalistisches Selbstverständnis im Wandel

Im Zentrum der anschließenden Diskussion steht das berufliche Selbstverständnis von Journalist*innen. Gefragt wird, ob die Maximen des Konstruktiven Journalismus nicht ohnehin anschlussfähig an die klassischen Standards professioneller journalistischer Arbeit sind: Ist tatsächlich eine disruptive Veränderung im Berufsbild von Journalist*innen notwendig, um Konstruktiven Journalismus zu etablieren?

Marcus Maurer und weitere Teilnehmende aus der Medienbranche sind davon überzeugt, dass die Bedeutung von Negativität als Nachrichtenfaktor in der journalistischen Ausbildung implizit vermittelt wird und sich als kritische Haltung im Berufsverständnis vieler Journalist*innen verfestigt. Des Weiteren dominiert sowohl unter

Journalist*innen als auch in der Gesellschaft die Idee, dass eine wichtige Funktion der Medien die Kritik an Missständen ist. Es geht darum, vermeintliche Gewissheiten zu hinterfragen, Probleme zu erkennen und eine breite Öffentlichkeit darauf aufmerksam zu machen. Diese Sichtweise, nach welcher das Aufzeigen von Lösungen keine zentrale Rolle spielt, ist tief im beruflichen Selbstverständnis vieler Medienschaffenden verankert.

Aus der Runde kommt der Einwand, dass der kritische Habitus des klassischen Journalismus häufig auch von Idealismus und vom Willen, etwas zu verändern, angetrieben wird. Diese Motivation könnte ein Anknüpfungspunkt für die Etablierung konstruktiver Formen der Berichterstattung sein. Geht es möglicherweise eher um einen Perspektivwechsel als um eine disruptive Veränderung im journalistischen Berufsbild?

Erwartungshaltung an den Konstruktiven Journalismus

Wenn von Konstruktivem Journalismus die Rede ist, ist bisher meist Konstruktiver Politikjournalismus gemeint, erläutert Marcus Maurer. Im Grunde kann konstruktive Berichterstattung jedoch in allen Ressorts zu gewinnbringenden Beiträgen führen. Doch mit welcher Erwartungshaltung gehen wir auf konstruktive journalistische Formate zu? Einer der Teilnehmenden fragt, inwiefern Konstruktiver Journalismus beispielsweise dazu beitragen kann, Veränderungsnotwendigkeiten anzustoßen. Die Begleiterin des Dialog-Cafés Ulrike Röttger antwortet mit einer Gegenfrage: Gehört es überhaupt zu den Aufgaben des Journalismus, Wandel zu initiieren? Verweist die Forderung nach konstruktiver Berichterstattung möglicherweise auch auf die Überforderung der Gesellschaft, mit negativen Sachverhalten umzugehen? Ist Journalismus als Spiegel der Gesellschaft für diese Veränderung in der Wahrnehmung verantwortlich? Zum Ende der Diskussion bleibt die Frage offen, ob Konstruktiver Journalismus tatsächlich einen Mehrwert liefert. Einige Teilnehmenden meinen: Warum nicht einfach ausprobieren?

Resümee

Prof. Dr. Ulrike Röttger ist Mitglied des Kleinen Konvents der Schader Stiftung. Sie hat das Dialog-Café begleitet und fasst ihre Eindrücke der Diskussionen zusammen:

„Willkommen in meiner Wirklichkeit“ – das Dachthema des Großen Konvents 2023 lädt dazu ein, einen kritischen Blick auf den „real existierenden Journalismus“ zu werfen und wahrgenommene Diskrepanzen zwischen bestehenden Erwartungen an den Journalismus und der journalistischen Realität zu reflektieren. Dieser Blick – und dies ist bereits ein Aspekt des Spannungsfelds von Wunsch und Wirklichkeit – kann dabei nur eine Momentaufnahme eines sich sehr dynamisch verändernden Feldes sein: Voranschreitende Medienkonzentration, Ökonomisierung und Digitalisierung setzen den Journalismus zunehmend unter Druck und führen insgesamt zu tiefgreifenden Veränderungen der Medienlandschaft. So haben klassische, journalistisch produzierte Medien einen enormen Bedeutungsverlust erlitten, während soziale Medien als Informationsquelle immer relevanter werden. Wie kann Journalismus es unter diesen Bedingungen schaffen, weiterhin ein essenzieller Faktor für eine informierte Gesellschaft zu sein? Diese Frage stellt sich auch vor dem Hintergrund, dass ein zunehmender Wettbewerb um Aufmerksamkeit und die voranschreitende Monetarisierung von Inhalten die Idealvorstellung des Journalismus als einem Wächter der Demokratie, der die Öffentlichkeit informiert, aufklärt und zur Meinungsbildung beiträgt, teils in Frage stellen.

Wie muss sich also der Journalismus in dieser sich radikal verändernden Mediengesellschaft neu orientieren?

Die Bedingungen, auf die Journalismus in Sozialen Medien stößt und die Herausforderungen und Optionen, die sich daraus ergeben, standen im Mittelpunkt der ersten Session des Dialog-Cafés. In ihrem Impulsvortrag plädiert die Chefredakteurin des studentisch geführten Blogs „Media Bubble“ an der Universität Tübingen, Dorinne Schnabel, für eine konsequente strategische und das heißt in diesem Zusammenhang insbesondere zielgruppenspezifische Ausrichtung jedweder Social-Media-Maßnahme. Sie weist jedoch zugleich darauf hin, dass eine zielgruppenspezifische Aufbereitung von Inhalten für den Journalismus, der es oftmals mit sehr heterogenen Zielgruppen zu tun hat, eine große Herausforderung darstellt.

*Im Vergleich zu etablierten Medien bieten journalistische Beiträge in Sozialen Medien einige Vorteile. So eröffnen sich neue, niederschwellige Interaktionsmöglichkeiten und Redaktionen können direkt und ungefiltert mit Rezipient*innen in den Austausch treten. Corinne Schnabel sieht auch in der aktiven Einbindung von Nutzer*innen eine Chance: Wenn beispielsweise aufgrund fehlender Ressourcen keine Journalist*innen vor Ort sein können, könnten mithilfe der Community Informationen zusammengetragen werden.*

*In der gemeinsamen, sehr lebendigen Diskussion wurde unter anderem die Rolle von Plattformkonzernen (z.B. Alphabet (vormals Google), Apple, Meta Platforms (vormals Facebook), Amazon und Microsoft) kritisch beleuchtet. Als problematisch wird angesehen, dass sich Journalismus in Sozialen Medien Algorithmen unterwirft, deren Kontrolle allein bei den jeweiligen Plattformkonzernen liegt und deren Funktionsweisen für Journalist*innen und Nutzer*innen letztlich intransparent sind. Indem Algorithmen Einfluss auf Positionierung und Priorisierung von Beiträgen nehmen, haben sie aber großen Einfluss darauf, welche Inhalte Nutzer*innen wahrnehmen und konsumieren. Wie wirken sich derartige Konditionen auf die Qualität der Berichterstattung aus? Kann der Journalismus seinem Leistungsauftrag überhaupt gerecht werden, wenn er sich auf die Bedingungen der Sozialen Medien einlässt?*

*Einige Diskussionsteilnehmer*innen sehen die Glaubwürdigkeit, die eine zentrale Währung des Journalismus darstellt, in Gefahr. Journalistische Prinzipien dürfen nicht zugunsten einer Aufmerksamkeitsökonomie vernachlässigt werden. Außerdem befürchten einige Diskutant*innen einen Komplexitätsverlust, wenn ausführliche Recherchen auf kurze Posts komprimiert werden. Auf diese Weise würden Social-Media-Formate Anknüpfungspunkte für radikale Ideologien bieten, denn vermeintlich unumstößliche Gewissheiten seien im Gegensatz zu differenzierten und komplexen Analysen in wenigen Worten abbildbar.*

*Als problematisch wird in der Diskussionsrunde zudem herausgestellt, dass sich Soziale Medien demokratischer Kontrolle aktuell entziehen. Die jeweiligen Konzerne agieren auf globaler Ebene unabhängig von Regierungen und anderen Kontrollorganen. Plattformen wie Meta, TikTok und YouTube sind immer stärker mit kommunikativer Macht ausgestattet und besitzen eine enorme Lenkwirkung. Außerdem werden auch undemokratische Inhalte und Akteur*innen auf Social Media bisher kaum eingeschränkt. Als Beispiel wird die Überrepräsentanz von rechtsextremen Akteur*innen in sozialen Medien angeführt.*

Nach dem intensiven Austausch über die Gefahren der Fremdbestimmung richtet die Gesprächsrunde ihr Augenmerk kritisch auf die Finanzierung des professionellen Journalismus. Heute stehen Zeitungen unter hohem finanziellen Druck, weil immer mehr Menschen digitale Inhalte bevorzugen. Könnte die Lösung möglicherweise in einer staatlichen Subventionierung des unabhängigen Journalismus liegen?

In der zweiten Session des Dialog-Cafés „Medienkritik und Medienverständnis“ formuliert Peter Unfried, Chefredakteur des Magazins taz FUTURZWEI, eine kritische Bestandsaufnahme des politischen Journalismus in Deutschland. Unfried weist darauf hin, dass auch

in Deutschland die Leitmedien ihre Gatekeeper-Funktion an mächtige Tech-Konzerne verloren haben. Er plädiert dafür, dass wir angesichts der tiefgreifenden strukturellen Veränderung der Medienlandschaft unser Grundverständnis von Journalismus weitreichender als bisher reflektieren müssen. Mit Blick auf die Berichterstattung des politischen Journalismus über den Klimawandel kritisiert er, dass Redaktionen häufig nicht über das notwendige klimapolitische Know-how verfügen, um Informationen zum Klimawandel angemessen journalistisch aufzuarbeiten.

In der anschließenden Diskussion steht die Frage im Zentrum, wie kritische Kompetenzen sowohl im Bereich des Klimajournalismus als auch im gesamten politischen Journalismus gewährleistet werden können. Mehrere Teilnehmende der Gesprächsrunde beklagen eine Leerstelle bei investigativen und kritischen Recherchen, die die Postwachstums-gesellschaft tatsächlich systemkritisch hinterfragen. Als wichtig wird zudem angesehen, dass klimapolitische Kompetenzen in allen Ressorts etabliert werden. Zugleich wird als Problem gesehen, dass aktuell finanzielle und personelle Ressourcen zu knapp bemessen sind, um Qualitätsjournalismus zu betreiben und der Komplexität der Themen gerecht werden zu können. Daher befasst sich auch die zweite Session abschließend mit Fragen der Finanzierung des Journalismus: Aus der Runde kommt der Vorschlag, regionalen (Klima-)Journalismus stärker in den Fokus zu rücken und diesen gezielt nach dem Beispiel skandinavischer Finanzierungsmodelle zu fördern. In mehreren skandinavischen und nordeuropäischen Ländern wird regionaler Journalismus gezielt mit öffentlichen Geldern subventioniert, um die Unabhängigkeit und die Diversität regionaler Berichterstattung zu garantieren.

*Der Ukrainekrieg, die Klimakrise oder schwere Naturkatastrophen – traditionelle journalistische Berichterstattung neigt dazu, Probleme und negative Ereignisse zu betonen. Rezipient*innen sind entsprechend mit einem negativ verzerrten Bild der Wirklichkeit konfrontiert und unterschätzen in der Folge systematisch positive Entwicklungen. Prof. Dr. Marcus Maurer, der am Institut für Publizistik der Johannes Gutenberg-Universität Mainz forscht und lehrt, weist in seinem Impulsvortrag darauf hin, dass diese klassische, negativ geprägte Berichterstattung nachweislich Politikverdrossenheit fördert und zu Apathie und Resignation führt.*

Vor diesem Hintergrund widmet sich Maurer in seinem aktuellen Forschungsvorhaben dem Konstruktiven Journalismus. Konstruktiver Journalismus will ein Gegenentwurf zum klassischen, problemzentrierten Journalismus sein und definiert sich als Journalismus, der nicht nur über Probleme, sondern zusätzlich auch über mögliche Lösungen dieser Probleme berichtet. In diesem Bestreben ist auch der Konstruktive Journalismus an klassische Qualitätskriterien des Journalismus – wie Ausgewogenheit und Neutralität – gebunden.

Konstruktiver Journalismus hat aus Sicht Maurers das Potenzial, bei Menschen, die nachrichtenmüde sind, wieder das Interesse an Nachrichten zu steigern. Außerdem soll eine positive Wirkungskette in Gang gesetzt werden. Konstruktiv aufbereitete Inhalte sollen positive Emotionen auslösen und im zweiten Schritt Selbstwirksamkeit und Handlungsbereitschaft fördern.

Trotz der hohen Erwartungen ist Konstruktiver Journalismus in Deutschland bislang wenig verbreitet – u.a. auch, weil bislang kaum empirische abgesicherte Befunde zu seinen Wirkungen vorliegen. Abschließend plädiert Marcus Maurer dafür, dass sich der Konstruktive Journalismus – sollten weitere Untersuchungen die erhofften Effekte bestätigen – nicht parallel zum klassischen Journalismus entwickeln sollte, sondern ein grundlegender Wandel im klassischen Journalismus erfolgen müsse.

Im Zentrum der anschließenden Diskussion steht das berufliche Selbstverständnis von

*Journalist*innen: Ist tatsächlich eine disruptive Veränderung im Berufsbild von Journalist*innen notwendig, um Konstruktiven Journalismus zu etablieren?*

*Marcus Maurer und weitere Teilnehmende aus der Medienbranche sind davon überzeugt, dass die Bedeutung von Negativität als Nachrichtenfaktor in der journalistischen Ausbildung implizit vermittelt wird und sich als kritische Haltung im Berufsverständnis vieler Journalist*innen verfestigt. Des Weiteren dominiert sowohl unter Journalist*innen als auch in der Gesellschaft die Idee, dass eine wichtige Funktion der Medien die Kritik an Missständen ist. Es geht darum, vermeintliche Gewissheiten zu hinterfragen, Probleme zu erkennen und eine breite Öffentlichkeit darauf aufmerksam zu machen. Diese Überzeugung, in der das Aufzeigen von Lösungen bisher keine zentrale Rolle spielt, ist tief im beruflichen Selbstverständnis vieler Medienschaffender verankert.*

Während Marcus Maurer in seinem Input explizit darauf hinwies, dass Konstruktiver Journalismus keine aktivistischen Ziele verfolge, sondern sich in den Dienst neutraler, ausgewogener Berichterstattung stelle, wirft eine der Teilnehmenden in der Diskussion die Frage auf, inwiefern Konstruktiver Journalismus beispielsweise auch dazu beitragen kann, Veränderungsnotwendigkeiten anzustoßen. Zum Ende der Diskussion bleibt die Frage offen, ob Konstruktiver Journalismus tatsächlich einen Mehrwert liefert. Einige Teilnehmende meinen: Warum nicht einfach ausprobieren?



Dialog-Café 6: Diverse Kultur leben. Zugänge und Zukünfte

Impulsgebende:

Kamila Bogumila Labuda, Universität Osnabrück

Mirela Hauck, Darmstadt

Rocío Guenther, Schader-Fellow, Schader-Stiftung

Begleitung: Prof. Dr. Caroline Y. Robertson-von Trotha, KIT Karlsruhe

Moderation: Dennis Weis, Schader-Stiftung

Protokoll und Bericht: Nora Simon und Dennis Weis

Die Wirklichkeit erzählt die besten Geschichten. Doch wer bestimmt die erzählte Wirklichkeit, bringt die Deutungshoheit mit und wie erfahren Betroffene diese Darstellungen? Große Bühnen spiegeln mancherorts das Idealbild eines progressiven gesellschaftlichen Verständnisses vor. Doch suggerieren sie nicht ein einheitliches Gesellschaftsbild, das so gar nicht existiert? Sichtbare Diversität spiegelt in vielen Fällen nämlich die tatsächlichen Gegebenheiten nicht wider. Denn sie kann zu progressiv, unauthentisch oder gar unsichtbar sein.

Vielfältige Einfalt: Zu avantgardistisch und zu klassisch

In ihrem Impulsvortrag geht die Sozialwissenschaftlerin Kamila Bogumila Labuda auf zwei Merkmale der gegenwärtigen Theaterkultur ein: einerseits das Festhalten an alten Strukturen und klassischen Stücken, auf der anderen Seite der Eindruck, zu avantgardistisch, zu progressiv zu sein.

Der Theaterlandschaft wird von außen gerne stellvertretend zugeschrieben, Diversität, gesellschaftliche Toleranz und Offenheit zu vermitteln und zu praktizieren. Die großen Bühnen spiegeln vermeintlich das Idealbild eines progressiven gesellschaftlichen Verständnisses. Dabei geht es, so die Impulsgeberin, im Theater nicht nur um den Konsum von Kultur, sondern auch um Partizipation und Demokratie. Doch 75 Prozent aller Intendant*innen in Deutschland sind weiße Männer, die Strukturen im Kulturbetrieb sind patriarchal, hierarchisch und eurozentrisch. Die gesellschaftliche Vielfalt Deutschlands wird in der Kulturlandschaft nicht realistisch repräsentiert, der Theaterbetrieb ist kulturell privilegierten Klassen vorbehalten. Wie aber wird Pluralität in der Praxis umgesetzt und wie wirkt sie auf vorherrschende Strukturen ein?

Kamila Bogumila Labuda gibt Beispiele von Theatern und Theaterstücken, die Transkulturalität, kulturelle Vielfalt und Partizipation durch neue innovative Formate



etablieren. Sie fragt, ob Transkulturalität langfristig nachhaltig gelebt wird, wenn Aufführungen interkulturelle Narrative vermitteln. Werden die Inhalte verinnerlicht, verändern sie das Selbstverständnis eines pluralen gesellschaftlichen Miteinanders? Eine weitere Herausforderung, neben der inhaltlichen Öffnung, besteht für die Kulturlandschaft in Deutschland darin, dass Menschen mit Migrationsbiographie Kulturinstitutionen selten besuchen. Wie können sie erreicht werden?

Im Programm der Theater nehmen klassische Stücke weiterhin viel Platz ein. Dies hat seine Berechtigung, das Aushandeln gegenwartsbezogener Themen allerdings auch. Aktuelle Konflikte, Naturzerstörung und Krieg sind Teil unserer Lebensrealitäten. Die Impulsgeberin fragt abschließend, ob es im Theater ein „zu progressiv“ gibt oder geben kann.

Marginalisierte, (post-)migrantische Gruppen ansprechen

Ein Teilnehmer meint in der folgenden Diskussion, dass Theater durchaus zu progressiv ausgerichtet sein kann. Moderne, avantgardistische Stücke stehen im Kontrast zu klassischen Inszenierungen. Marginalisierte Perspektiven werden intellektualisiert dargestellt und erreichen damit oft die angesprochene Zielgruppe nicht. Die Abbildung von Lebensrealitäten sollte nach seiner Ansicht nicht progressiv, sondern realitätsnah sein. Solche Stücke ermöglichen es Menschen, sich mit Theaterangeboten zu identifizieren. Progressivität kann dann sowohl die Art der Inszenierung als auch den Inhalt bezeichnen.

Marginalisierte Perspektiven sind am Theater unzureichend repräsentiert, darin ist sich die Runde weitgehend einig; doch ein Teilnehmer widerspricht: Die Programme der Theater, zumindest in Großstädten, sind voller (post-)migrantischer Inhalte. Dagegen steht die Ansicht eines Kulturschaffenden, dass es sich noch immer um Nischenprojekte handelt und diese Inszenierungen meist auf kleinen Bühnen stattfinden. Die Wahrnehmung entspricht somit nicht der tatsächlichen Repräsentanz. Eine Spannweite der Perspektiven, der sich die Schader-Stiftung in ihrer Projektarbeit immer wieder annimmt.

Kamila Bogumila Labuda berichtet, dass Theaterhäuser immer wieder das Institut für Migrationsforschung aktiv um Beratung bitten, um interkulturelle Partizipation zu stärken. Sie erzählt von einer Lesung mit russischsprachigem Zielpublikum, bei dem die Mehrheit des Publikums letztlich aber weiß und kulturaffin war. Damit bestätigt sie die Erfahrung einer weiteren Teilnehmerin: Viele Jahre Kulturarbeit haben ihr gezeigt, dass unabhängig von den Formaten stets die gleichen Personen kommen.



Audience Development

Eine Vertreterin der Kulturszene Darmstadts erinnert daran, dass es wichtig ist, anschlussfähig zu sein. Man braucht progressivere Erzählungen und einen innovativen Kulturkanon, allerdings müssen sich auch die Sehgewohnheiten schrittweise verändern. Hier fällt der Begriff des „Audience Developments“: das Publikum in diesem Prozess abzuholen und einzubinden, ohne es als homogene Masse zu betrachten.

Kulturelle Ressourcen in der Kindheit und Jugend ermöglichen Zugang zu Bildung und Kultur. Das Staatstheater Darmstadt versuchte es beispielsweise mit einem Projekt, bei dem migrantisierte Menschen gezielt eingeladen und zu Hause abgeholt wurden. Die angesprochene Community, sicher nicht repräsentativ, hielt aber Frauen von der Teilnahme ab. Kulturelle Differenzen zu überwinden ist komplex, das findet Zustimmung. Welche Angebote und welche Mischung von Angeboten führt dazu, dass sie angenommen werden? Die Besucher*innenforschung hat zum Beispiel für Darmstadt ermittelt, dass 80 Prozent der Darmstädter Bevölkerung nicht registrieren, was im Theater passiert. Denn auch Form und der Ort, ganz unabhängig von potentiellen Inhalten, stellen für viele eine Herausforderung dar. Hier müssen, wie auch Lisa Herzog in ihrer Keynote betonte, durch Partizipation Brücken zwischen den Blasen gebaut werden.

Zukunft des Theaters

Zum Abschluss der ersten Session geht es um die Kennzahlen, anhand derer Theater ihre Auslastung und andere quantitative Faktoren messen – diese Berechnungen können jedoch keine Einblicke in die Diversität und Pluralität deutscher Bühnen geben. Auch die asymmetrische Förderung von institutioneller Kunst und der Freien Szene wird kritisiert. Allerdings, wird erwidert, beeinflussen Angebot und Nachfrage die Gestaltung von Theaterprogrammen und die Zusammensetzung des Ensembles. Die Verhandlung passiert letztendlich am Ticketschalter. Außerdem werden Ausschreibungen gewonnen und Förderungen an Land gezogen, weil genau das projiziert wird, was sich bewährt hat. Welche Kennzahlen wünschenswert und realisierbar wären, kann in der Runde nicht beantwortet werden. Ein Umbruch des Theaters führt möglicherweise zu weniger Publikum und zu finanziellen Lücken.

Einfältige Vielfalt

Im gesamten Kulturbereich besteht die Problematik, die Repräsentanz marginalisierter Gruppen zu überhöhen, indem deren Stellvertreter*innen an prominenter Stelle einbezogen werden. Ähnliche Phänomene sind in der zivilgesellschaftlichen Unterstützung von Migrant*innenselbstorganisationen wahrzunehmen. Wie verändert das die eigene Arbeit und wie muss ernstzunehmender Austausch in der Vielfaltsgesellschaft aussehen?



Impulsgeberin Mirela Hauck, Referentin für Diversität und interkulturellen Austausch sowie Interkulturelle Diversity-Trainerin, beginnt ihre Ausführungen zu Repräsentanz im Kulturbetrieb mit dem Konzept des Tokenismus. Ausgangspunkt ist die gesellschaftliche Forderung nach Inklusion und Partizipation von marginalisierten Gruppen. Tokenismus ist die gezielte Installation einer marginalisierten Person an exponierter Position, ein symbolischer Akt des Diversity Washing ohne echte Inklusion und gleichberechtigte Diskursteilnahme. Die Pflicht, Diversität zu schaffen, wird nach der Platzierung des Tokens als getan angesehen. Die Erfüllung von Eigennutz, Karriere, Publicity, eine sichtbare Position und der erleichterte Zugang zu finanziellen und materiellen Ressourcen können positive Folgen für Token sein.

Manche migrantischen Selbstorganisationen stellen aber fest, dass die negativen Effekte die positiven überschatten. Token werden als Stellvertreter*innen und Expert*innen ihrer Gruppe verstanden. Die zu repräsentierende Gruppe wird als homogene Gruppe imaginiert. Token sollen der Dominanzgesellschaft ihr Bild von der Wirklichkeit bestätigen und Beweis geglückter Integration sein. Weicht ein Token von dem Bild ab, verliert diese Person ihre prominente Position. Token sind gefangen in ihrer Rolle. Dies kann zu negativen Selbstwertgefühlen und innerer Zerrissenheit zwischen dem eigenen Vorteil und der Solidarität mit marginalisierten Personen führen. Oft ist es kurzfristig einfacher, die auferlegte Rolle zu spielen als Widerstand zu leisten.

Mirela Hauck plädiert dafür, dass die Veränderung von Strukturen nur funktionieren kann, wenn sich Mitglieder der Dominanzgesellschaft stärker für Marginalisierte engagieren und Verbündete werden. Es braucht keinen Tokenismus, sondern postmigrantische Allianzen, die sich nicht primär aufgrund von ethnischen, religiösen oder marginalen Differenzkategorien, vielmehr aufgrund von geteilter demokratischer Meinung bilden. Diese zeichnen sich durch wirkliche Partizipationsmöglichkeiten, Wahrnehmung und Förderung der eigenen Handlungsmacht, eine echte und authentische Anerkennung der Vielfaltsgesellschaft und Pluralität in Deutschland aus.

Wer ist Token?

Erste Wortmeldungen aus dem Teilnehmer*innenfeld zielen darauf, aus welcher Perspektive Token definiert wird. Eine Teilnehmerin sieht sich nach der Definition selbst als Token, würde sich jedoch persönlich nicht so bezeichnen: Token zu sein entwertet die eigenen Kompetenzen. Man muss demnach die Rolle als Token nicht annehmen und kann sich innerhalb der Institution oder des Kompetenzfeldes anders positionieren.



Es kommt zu einer kontroversen Diskussion über Situationen, in denen Menschen in diese Rolle gedrängt werden und aus Zwang erfüllen. Eine Teilnehmerin bestärkt, dass jedes Individuum ohne Zwänge selbst darüber entscheiden kann. Mirela Hauck berichtet von ihrer Forschung zu migrantischer Selbstorganisation und zivilgesellschaftlicher Unterstützung. Organisationen machen oft die Erfahrung, dass sie nur Kooperationen und Zugang bekommen, wenn sie ein bestimmtes Bild bedienen.

Die Diskussion dreht sich anschließend um den richtigen Umgang mit marginalisierten Gruppen im Berufsumfeld und das Spannungsfeld zwischen echter Repräsentanz und Tokenismus. Für Mirela Hauck liegt das Hauptproblem in inszenierter Repräsentanz. Es ist wichtig Repräsentationsfiguren zu schaffen, die Anker und Identifikationsfigur für unterrepräsentierte Menschen sind.

Prozess der Gleichberechtigung

Eine DiskutantIn sieht in der aktuellen Debatte zum Thema Tokenismus Parallelen zur Gleichstellung der Geschlechter. Anhand ihrer eigenen Geschichte stellt sie dar, dass es häufig Marginalisierte sind, die gegen die Entwertung der eigenen Kompetenzen arbeiten müssen und für die eigene Förderung kämpfen. Solange der Prozess dynamisch ist, müssen alle Seiten für einen bestimmten Zeitrahmen viel Neues und Ungewohntes aushalten. Das schlägt sich dann gegebenenfalls auch in der Wucht des Diskurses nieder, wie gegenwärtig zu beobachten ist. Macht ist ungleich verteilt, diese zu teilen ist in einer demokratischen und pluralen Gesellschaft jedoch fundamental.

Wie kann dieses Power-Sharing betrieben werden? Die Teilnehmenden teilen die Erfahrung, dass es schwierig ist, Partizipation zu ermöglichen. Bei gezielten Angeboten, wie bereits in der ersten Session des Dialog-Cafés offenkundig wurde, ist die Nachfrage gering. Die Erkenntnis deckt sich mit Erfahrungen aus der Projektarbeit der Schader-Stiftung, bei der Partizipation seitens marginalisierter Gruppen oft hinter den Erwartungen zurückbleibt. Deren Einbindung stellt eine der großen Herausforderungen für die zukünftige Arbeit dar und erfordert Konzepte, Beteiligung zu generieren.

Dominanzgesellschaft

Doch wer kann und muss seine Macht überhaupt teilen? Die Diskussion kommt mehrfach auf den Begriff der Dominanzgesellschaft zurück, der stark kritisiert wird: als Teil des Vokabulars aus antirassistischer und postkolonialer US-amerikanischer Debattenkultur, der in Deutschland unreflektiert übernommen wird. „Dominanz“ konnotiert den Begriff unterdrückerisch, fügt ein Teilnehmender hinzu. Auch fördert der Begriff Konkurrenz unter Opfern, Abgehängte sind nicht nur PoC, sondern Menschen gewisser sozio-ökonomischer Milieus.

Trotzdem gibt es die Dominanzgesellschaft, sie ist kein Hirngespinnst und für viele Betroffene ist sie klar sichtbar, entgegnet ein Teilnehmer. In Parlamenten, in den gesellschaftlich repräsentierenden Institutionen und auch auf diesem Konvent ist zu sehen, dass das Herstellen von diversen Strukturen eine große Herausforderung bleibt. Eine bestimmte Gruppe dominiert und blockiert Transformationsprozesse maßgeblich. Auch die Demografie zeigt, wer Teil der Dominanzgesellschaft ist. Der Begriff steht im Zusammenhang mit rassistischen Stereotypen der Mehrheitsgesellschaft, die sich weiterhin halten. Auch hier kann der Diskurs nicht von Token und Marginalisierten gesetzt werden, sondern es braucht die Verbündeten, die von der Impulsgeberin so dringlich gefordert wurden.

Welcoming Migration – The Compassionate City

Was kann die Willkommenskultur der Städte und Gemeinden im Umgang mit der Ankunft von Migrant*innen und Asylbewerber*innen leisten? Wie kann die texanische Stadt San Antonio, die eine Städtepartnerschaft mit der Wissenschaftsstadt Darmstadt unterhält, angesichts des Zustroms von Migrant*innen an der Grenze zwischen den USA und Mexiko Barmherzigkeit zeigen, wenn der Staat dies nicht tut?

Rocío Guenther lebt und arbeitet in San Antonio und ist bis Sommer 2024 Bundeskanzler-Stipendiatin der Alexander von Humboldt-Stiftung sowie bis April 2024 Fellow in der Schader-Residence. In ihrem Impuls berichtet sie von der großen Zahl der Migrant*innen, die aktuell über die amerikanisch-mexikanische Grenze in die USA einreisen. San Antonio hat sich zu einem Knotenpunkt der Durchreise entwickelt, jeden Tag werden 600 bis 700 Menschen neu erfasst.

San Antonio begegnet dem hohen Zuwanderungsdruck mit einem „compassionate“, also mitfühlenden Ansatz und pflegt eine intensive Zusammenarbeit mit Behörden, gemeinnützigen Organisationen und Glaubensgemeinschaften. 2017 setzte der demokratische Bürgermeister Ron Nirenberg eine Charta der Barmherzigkeit – Charter of Compassion – auf. Jede Handlung soll unter Berücksichtigung dieser Faktoren betrachtet werden, die für Akzeptanz statt Angst und für Einigkeit statt Spaltung plädieren.

Die Herangehensweise der Stadt San Antonio steht im Gegensatz zu Vorgaben auf bundesstaatlicher Ebene. Die Stadt eröffnete 2020 ein Ressourcenzentrum für Migrant*innen, das Migrant Resource Center (MRC). Es bietet bis zu 700 Menschen, die das Asylverfahren durchlaufen, einen Aufenthalt von bis zu drei Nächten und die Möglichkeit, ihre Weiterreise zu organisieren. Hauptmotivation der Stadt, das MRC zu betreiben, ist neben der Umsetzung der Charta die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit. Die Betreuung der eintreffenden Menschen senkt das Konfliktpotential im öffentlichen Raum. Ein drängendes Problem ist dessen Unterhaltung und Finanzierung.

Anders als in europäischen Staaten entscheiden in den USA Migrant*innen eigenständig, welchen Zielort sie wählen, erläutert Rocío Guenther. Denn auch die Situation in den Städten ist durch deren jeweilige Behördenpraxis sehr unterschiedlich. New York City verpflichtet sich beispielsweise, keine Migrant*innen abzuweisen. Andere Staaten oder Metropolregionen bieten eine Krankenversorgung an. Dies führt zu einer sehr ungleichmäßigen Verteilung auf die verschiedenen Städte. Statistisch zeigt sich, dass vor allem Texas, New York und Kalifornien erhebliche finanzielle Ressourcen für grundlegende Leistungen im Bereich Migration aufwenden.

Asylverfahren in den USA

Ein Anknüpfungspunkt an die Debatte um Migration und Asyl in Deutschland und Europa ist die gelebte Willkommenskultur der Städte. Auch in San Antonio ist man sich bewusst, dass sich Migrant*innen als Asylbewerber legal in den USA aufhalten. Ähn-



lich wie in Deutschland dreht sich der Diskurs darum, wie glaubwürdig Migrant*innen die Notwendigkeit eines politischen Schutzbedürfnisses deutlich machen können. In den USA durchlaufen Migrant*innen nach ihrer Ankunft eine Befragung zu ihrem Asyl-Status, das Credible Fear Interview. Das Interview ist nicht unumstritten, gibt jedoch erste Aufschlüsse über den Status als Asylbewerber*in. Das dann startende Verfahren, in dem geprüft wird, ob ein Anspruch auf Asyl besteht, kann wie in Europa jedoch ebenfalls Jahre dauern. Hier zeigt sich eine große Parallelität der Situation beider Einwanderungsgesellschaften: der Druck auf Verwaltung und Gerichte, zeitnah und korrekt zu entscheiden.

Verteilung von Migrant*innen

Ein Teilnehmer hat den Eindruck, dass in den Vereinigten Staaten sowohl auf einzelstaatlicher Ebene als auch US-weit kaum Strukturen zur Aufnahme von Geflüchteten existieren. Städte können selbst entscheiden, wie sie mit Einwanderung umgehen wollen, dahinter ist kein einheitliches System erkennbar. Aus Sicht der Impulsgeberin handelt es sich um einen Flickenteppich an Verantwortlichkeiten und Lösungen, der für alle frustrierend ist, in der gegenwärtigen Polarisierung der Debatte in den USA jedoch unumgänglich erscheint, auch wenn es einen einheitlichen Weg braucht.

Ohne Zuweisungssystem wie in Deutschland und anderen europäischen Staaten können Migrant*innen ihren Aufenthaltsort wählen. Oftmals lebt mindestens ein Familienmitglied bereits in den USA und diese „Paten“ stehen den Zuwandernden in der unmittelbaren Ankunftssituation zur Seite. Das nimmt Druck von staatlichen Programmen und Akteur*innen. Die Kehrseite zeigt sich in der Verantwortung, die zivilgesellschaftlichen Einrichtungen auferlegt wird und ohne deren Engagement die USA dem Migrationsdruck keineswegs standhalten könnte.

Vorbild San Antonio

Mit der Einwanderung entstehen und verstärken sich in den Städten Ressentiments. Die Teilnehmer*innen des Dialog-Cafés überlegen, was sie von San Antonio lernen können. Eine einladende, mitfühlende Stadt zu sein, ist für uns kein so wichtiger symbolischer Faktor. Wie wichtig sind Städte wie San Antonio und welche Rolle können sie spielen? Wer will nicht mitfühlend, barmherzig sein? Es ist kein politischer Begriff, doch was sagt er uns über den Menschen? Wer entscheidet über das Etikett? Allein das Label „mitfühlende Stadt“ macht die Stadt nicht mitfühlend.

Für die Versorgung von Migrant*innen erhielt San Antonio Finanzmittel von der US-amerikanischen Regierung, aber es ist nicht gesichert, ob die Unterstützung fortgeführt wird. Wenn für die Finanzierung des MRC Steuergelder verwendet werden müssen,

nehmen die Ressentiments gegen Migrant*innen zu. Der Zuspruch für die Republikanische Partei könnte davon profitieren. Genauso könnte sich dann bestätigen, dass sich im politischen Spektrum Blockaden und mangelndes Handeln lohnen, um Interessen obstruktiv durchzusetzen. Der Druck auf Zivilgesellschaft und Spender*innen zur Unterstützung in dieser humanitären Krise wird dadurch nicht geringer.

Resümee

Prof. Dr. Y. Caroline Robertson-von Trotha, KIT-Distinguished Senior Fellow, gibt einen Einblick in ihre Sicht der Diskussion:

Am Beispiel des Schauspiels Dortmund mit Intendantin Julia Wissert wird über die neue Ausrichtung und Möglichkeit von avantgardistischen Vorstellungen auf großen Bühnen diskutiert. Als erste weibliche Intendantin mit afrikanischen Wurzeln will sie insbesondere Eurozentrismus und Männlichkeit thematisieren und aufbrechen: Inter- und Transkulturalität, Diversity und Inklusion sollen auf der Bühne gelebt werden. Dadurch wird versucht, transkulturell die kulturelle Sicht zu weiten. Es wird darüber diskutiert, ob etwa „postmigrantisch“ lediglich ein Buzzword darstellt und ob gesellschaftliche Heterogenität hierdurch erhöht werden kann. Plurales Denken leidet. Wie empirische Studien belegen, haben wir es mit der Gleichzeitigkeit von Öffnungen und Exklusion zu tun. Durch die gezielte Anwendung von Outreach Projekten und theaterpädagogischen Ansätzen spielt die Vermittlung in die Gesellschaft eine herausragende Rolle. Es wird kritisch gefragt, ob Inklusion eine symbolische Illusion darstellt, welche Rolle die Prägung und Ausführung von Lebensstilen spielen und welche Herausforderungen gesellschaftliche Polarisierungstendenzen für die Politik darstellen.

Im weiteren Verlauf nimmt die Diskussion das Spannungsfeld zwischen echter Repräsentanz und lediglich symbolisch gemeinter Partizipation in den Blick: Ist die Beteiligung von Personen aus unterschiedlichen sozialen und kulturellen Gruppen, mit und ohne migrantischen Hintergrund, aus differenten Geschlechtern und Religionen, mit ethnischen Selbst- und Fremdzuschreibungen etwa in Politik, Wissenschaft und Wirtschaft, in öffentlichen Ämtern, in wirtschaftlichen Spitzenpositionen und in gesellschaftlich bedeutenden Positionen der Medien prozesshaft, wenn auch nicht linear-progressiv anzusehen? Oder geht es um Tokenism und damit lediglich um eine symbolische Platzierung von Personen mit diversen Hintergründen? Ist gar der Vorwurf von Diversity Washing angebracht? Über die Balance zwischen der Sichtbarkeit gesellschaftlicher Diversität und Eigennutz im Sinne der Symbolik wird diskutiert. Sind Nebeneffekte einer inszenierten Repräsentanz größer einzuschätzen als die Wirklichkeit prozessualer Partizipationsmöglichkeiten? Von einem Drahtseilakt zwischen dem Gefangenensein in der Token-Rolle, guter Performanz oder/ und Überforderung und Resignation einerseits, andererseits der prozessualen Zunahme von neuen Wegen, Anerkennung und Allianzen ist auszugehen.

84 **Schön geträumt? Wirklichkeit und Traum**

Gernot Wojnarowicz, Orchesterdirektor des Staatstheaters Darmstadt

Musikalische Begleitung: *Tobias Hegele*, Vibraphon, Staatsorchester Darmstadt

Das Spielzeitthema des Staatstheaters Darmstadt lautet in der Spielzeit 2023/24: „Schön geträumt?“ Der Epilog des Großen Konvents der Schader-Stiftung 2023 steht für Sie als Aufzeichnung unter www.schader-stiftung.de/GrKo23 oder auf dem YouTube-Kanal der Schader-Stiftung zur Verfügung. Das Vortragsmanuskript wurde für die Druckfassung leicht überarbeitet.



Schön geträumt? Wirklichkeit und Traum

„You may say I’m a dreamer, but I’m not the only one.“ Diese Zeile aus John Lennons Song „Imagine“ ist politisch aktueller denn je. John Lennon wurde zwar 1980 ermordet, dennoch wurde am 2. November 2023 ein neuer Lennon-Song mithilfe von Künstlicher Intelligenz veröffentlicht. Wir können uns dabei gern fragen, ob wir träumen, denn wer kennt das nicht? Wir lassen die Gedanken schweifen und stellen uns dieses und jenes vor, Schönes und Heiteres, Aufregendes und Entspannendes. Traum und Wirklichkeit: ein Thema für die Künste.

Ein Beispiel? Marie war nach dem langen Weihnachtsabend mit den vielen Gästen und schönen Geschenken endlich eingeschlafen: „Sie sprach zu Nussknacker: ‚Ich gehe mit Ihnen, mein Herr, doch muss es nicht weit sein, und nicht lange dauern, da ich ja noch gar nicht ausgeschlafen habe.‘“ Sie geht mit ihm durch den Pelzmantel-Ärmel im Flurschrank. „Kaum sah sie zum Kragen heraus, als ein blendendes Licht ihr entgegenstrahlte, und sie mit einem Mal auf einer herrlich duftenden Wiese stand, von der Millionen Funken, wie blinkende Edelsteine emporstrahlten. Die große Kuppel des Mittelgebäudes, sowie die pyramidenförmigen Dächer der Türme waren mit tausend golden und silbern funkelnden Sternlein besät. In dem Augenblick ließ sich eine sehr angenehme sanfte Musik hören.“ Nussknacker führte Marie in das Reich der Süßigkeiten: „‚Wie werd’ ich es denn anfangen, euch Kindern, die Schönheit und Herrlichkeit der Stadt zu schildern. Vielleicht mit den Tänzen der Zuckerfee und der anderen.‘ Und etwas weiter sahen sie, wie ein Händler Spieldosen aus Zuckerzeug verkaufte: Marie drehte an den Kurbeln: und welche süße Musik da erklang.“ Das Erwachen fällt umso schwerer: „‚Aber wie kann man auch so lange schlafen, längst ist das Frühstück da!‘ – ‚O Mutter, liebe Mutter, wo hat mich der Nussknacker diese Nacht überall hingeführt, was habe ich alles Schönes gesehen!‘ Als Marie geendet, sagte die Mutter: ‚Du hast einen langen sehr schönen Traum gehabt, liebe Marie, aber schlag dir das alles nur aus dem Sinn.‘ Marie bestand hartnäckig darauf, dass sie nicht geträumt, sondern alles wirklich gesehen habe. Da brachen beide, der Medizinalrat und die Medizinalrätin, in ein schallendes Gelächter aus! Sprechen wollte Marie nicht mehr von ihrem Abenteuer, aber die Bilder dieses wunderbaren Feenreichs sah sie noch einmal und immer und immer vor ihren Augen.“

Die gesamte Erzählung von „Nussknacker und Mäusekönig“ kennen wir kaum noch, aber populär geblieben sind einige dieser Traumszenen als Zuckerbäcker-Ballett mit Musik von Peter Tschaikowsky.

Träume und Wirklichkeit

Willkommen in der Wirklichkeit der Künstlerinnen und Künstler. Künstler sind auch nur Menschen. Sie träumen wie alle anderen, aber sie machen daraus Musik, Kunst, Literatur und Filme. Sie produzieren Träume für andere. Träume scheinen für Künstler also ziemlich interessant zu sein. Da ist dann etwas Anderes als üblich zu sehen, zu hören, zu fühlen, eine neue oder andere Welt, eine Welt, die vielleicht auf dem Kopf steht, die man in der so genannten Realität selten oder gar nicht zu sehen bekommt. Träume sind voller bunter Bilder und wunderbar zusammenhanglos. Man könnte über Kunst-Träume denken: Der Schlaf der Vernunft gebiert ungeheuren Unsinn.

Ich meine mit Traum nicht die Filmmusik zum Serien-Traumschiff. Ich meine nicht die Situation, in der man bei seichter Musik mit einem Glas Prosecco am letzten Urlaubstag beim Sonnenuntergang am Meer träumt. Ich meine gestaltete Träume. Es geht um mehr. In der Kunst kann man mit Situationen spielen, die möglich *wären*, wenn man nur genug Phantasie hat. Vielleicht möchte man solche Situationen auch gar nicht selbst erleben, aber man kann sie durch die Darstellung auf dem Theater, als Film oder als Roman mit-erleben.

Es gibt viele Stücke, die Träume im Titel tragen, zum Beispiel Shakespeares „Sommernachtstraum“: Dem Traum wird hier durch den Zauber einer Blume nachgeholfen, die der wuselige Puck im Auftrag von Oberon pflückt. Wird der Saft dieser Blume in die Augen geträufelt, verliebt man sich in das erstbeste Wesen, das man sieht. Bei Shakespeare und seinem *Midsummer Night's Dream* ist es ein Esel... Alle Wirren lösen sich am Ende auf. Den Träumern helfen halluzinogene Drogen auf die Sprünge. Bei Puck & Co. gibt es nur noch keine Horrortrips, krasse Nebenwirkungen oder Abhängigkeit.

Etlche Werke loten die Grenzen zwischen Traum, Schlaf und Wirklichkeit aus. Beispiele sind „Il sogno di Scipione“ von Mozart oder „La sonnambula“ von Bellini. Im Musiktheater finden ohnehin ganze Szenen im Traum statt oder die Protagonist*innen haben Visionen. Zur Oper passt der Traum sowieso gut, denn dass ein Mensch auf der Opernbühne singt, ist an sich schon absurd. Daher spielten bis zum mittleren 18. Jahrhundert in der Oper nur mythologische Gestalten, überwiegend Orpheus und andere Gottheiten. Man konnte sich einfach nicht vorstellen, dass reale Gestalten, Menschen wie Du und ich, Menschen unserer Wirklichkeit, wie Caesar, Maria Stuart, Falstaff, Könige oder Prinzessinnen, Richard Nixon und Mao auf der Bühne stehen und dann auch noch singen.

In einer anderen Geschichte von E.T.A. Hoffmann baut ein gewisser Coppélius eine täuschend echte Puppe, in die sich – natürlich – ein Mann verliebt. Daraus machte man in Paris ein hübsches Ballett in den Konventionen des 19. Jahrhunderts, Tutu, Pas de deux und Spitzentanz inbegriffen. Die Geschichte von Coppélius wurde aber auch zur Vorlage für einen Akt der Offenbach-Oper „Hoffmanns Erzählungen“. Hier ist sie eine der Liebesgeschichten des Titelhelden, der sich in einen Automaten verliebt und es nicht merkt. Denn durch seine Brille hält Hoffmann die dumme Puppe für lebensecht. Wie nah ist das an der Wirklichkeit eines Computerspiels, wie nah an Virtual Reality oder an Cyber-Sex?

Warum man träumt

Warum man träumt, hat man sich schon immer gefragt. Träume galten als Botschaft der Götter, und durch Träume würde der Götterwille kundgetan oder das Schicksal vorhergesagt. Vor 120 Jahren dann schrieb Sigmund Freud eines seiner Hauptwerke: „Die Traumdeutung“. Demnach brächten Träume all das an die Oberfläche, was der Mensch tagsüber unterdrückt. Unterdrücken wäre Kultur – warum nur? – und die



Träume das Ventil für das Unbewusste. Trotz des Erfolgs seiner psychoanalytischen Methode wurde Freud auch schon zu seinen Lebzeiten kritisiert. Nicht nur, dass seine Versuchsdesigns kaum den wissenschaftlichen Standards einer Naturwissenschaft entsprachen, man meinte auch, er habe wegen seines Kokain-Konsums selbst zu viel und überdies wirr geträumt.

Durch die neurobiologische Forschung kam man zu valideren Erkenntnissen über Träume. Man weiß zwar immer noch nicht so recht, warum geträumt wird, kann aber den Vorgang besser beschreiben. Alle Menschen träumen, aber nicht alle Tiere. Nicht alle Menschen können sich an ihre Träume erinnern. Wenn man aus der so genannten REM-Phase aufwacht, ist die Wahrscheinlichkeit größer, dass man sich an einen Traum erinnert. Man träumt nur das, was man vorher schon einmal gesehen hat, konstruiert es aber neu. Träume sind nicht schwarz-weiß, sondern bunt. Träume gehören wohl zum Check-up des physiologischen Systems. Die Synapsen sind aktiv ohne unsere Kontrolle. Vielleicht haben Träume die Funktion, dass sich das Gehirn selbst aufräumt und wir dabei zusehen. Man sagt, im Traum wurden bahnbrechende Erkenntnisse geboren. Beeinflussen Träume demnach doch unsere Wirklichkeit? Angeblich wurden das Periodensystem der Elemente oder Google erträumt. Brahms schrieb an Clara Schumann: „Denken Sie nur was ich heute Nacht träumte. Ich hätte meine verunglückte Sinfonie zu meinem Klavierkonzert benutzt und spielte dies.“ Einige Songs der Beatles gehören auch zu den im Traum erschienenen Werken. Das ist ein Griff in die Kiste der klassischen Genieästhetik. Da nannte man das Inspiration.

Kunst hat nicht nur Träume gestaltet, sondern immer die Grenzen zwischen Traum und Wirklichkeit aufgespürt, wie es im Schlussterzett des „Rosenkavalier“ von Richard Strauss nach dem Text von Hugo von Hofmannsthal heißt: *„Ist ein Traum, kann nicht wirklich sein...“* Die Grenze zwischen Traum und Wirklichkeit beschreibt der Film Matrix: Der Programmierer Neo hatte schon immer die Ahnung, dass mit der Welt etwas nicht stimmt. Eines Tages erscheint auf seinem Bildschirm die Nachricht „Folge dem weißen Kaninchen“, ein Zitat aus „Alice im Wunderland“. Das Kaninchen sieht er kurz darauf auf der Schulter einer Frau, die ihn zu Morpheus führt, dem griechischen Gott des Schlafes. Morpheus sagt: „Die Welt wurde über deine Augen gezogen, um dich blind für die Wahrheit zu machen, du bist ein Sklave, im Gefängnis deines Geistes.“ Neo schluckt eine rote Pille und wacht in einem mit Flüssigkeit gefüllten Tank neben tausend anderen Menschen auf. Das Computerprogramm Matrix täuscht all diesen Menschen eine gemeinsame Realität vor, sie glauben im Jahr 1990 zu leben. Tatsächlich liegen sie in Behältern in der Lösung einer fernen Zukunft.



Wirklichkeit in der Kunst

Von Klaus Wieglerling kann man im Internet einen Aufsatz über „Kunst und die Frage nach der Wirklichkeit“ finden: „Wir leben in Zeiten, in denen die Idee einer gemeinsamen Wirklichkeit zunehmend abhanden zu kommen scheint. Wirklichkeit scheint ein beliebiges Konstrukt zu sein. Jeder zimmert sich seine Wirklichkeit nach gusto zusammen. Weltansichten erscheinen zunehmend inkompatibel. Wenn die Fakten mit der Theorie nicht übereinstimmen, umso schlimmer für ‚die Fakten‘.“ Pippi Langstrumpf könnte Kronzeugin sein: „Widdewiddewit und drei macht neune. Ich mach’ mir die Welt, widdewidde wie sie mir gefällt“, singt sie.

Wir sind auf dem Theater ganz gut im Schaffen anderer Wirklichkeiten und von Möglichkeiten. Was bei Pippi Langstrumpf lustig klingt, könnte in der Kulturszene ein Problem darstellen: Wir erleben, dass sich Wirklichkeiten mehr und mehr aufspalten, dass verschiedene Publika verschiedene Programme fordern und dass Spartenprogramme gefragter sind denn je. Es ist immer öfter Thema, dass *meine* Wirklichkeit und *meine* Realität gezeigt wird und nur das auf dem Theater gesehen werden möchte, was *meine* Konstruktion der Welt widerspiegelt. Man könnte das auch als letzten Sieg des Individualismus bezeichnen.

Es gab mal einen universelleren Anspruch in der Musik, wie etwa in Beethovens Neunter Sinfonie, „Alle Menschen werden Brüder“ hieß es im vertonten Schiller-Text. Und hier war das große Ganze, idealerweise die gesamte Menschheit gemeint. Inzwischen weiß man, dass auch hier der universelle Anspruch exklusiv war, denn: „Und wer’s nie gekonnt, der stehle weinend sich aus diesem Bund“ textete Schiller weiter. Die, die unsere Wirklichkeit nicht teilen, sind raus.

Die Musikästhetik hatte immer ihre Auffassung vom Verhältnis der Wirklichkeit zur Kunst. Bis zum Ende des 17. Jahrhunderts fand man, Musik müsse die Wirklichkeit abbilden oder nachahmen. Im 18. Jahrhundert sah man den Sinn eher im Dialog, wie beispielsweise Johann Mattheson, der im „Vollkommenen Capellmeister“ 1739 das „Prinzip der Klangrede“ beschrieb. Mit der romantischen Musikästhetik etablierte sich die Idee einer „absoluten Musik“. Musik wäre eine autonome Kunst, eine Welt für sich. „Realismus – als kunstgeschichtliche Kategorie – lässt sich nicht als Darstellung irgendwelcher Realität definieren, sondern muss als Versuch verstanden werden, ein Stück Wirklichkeit, das früher als nicht ‚kunstfähig‘ galt, zum Gegenstand von Malerei, Dichtung oder Musik zu erheben“, meinte der Musikwissenschaftler Carl Dahlhaus. Realismus ist hier der Gegenbegriff zu Romantik.

Kompositionen schaffen in der Tat ihre eigene Wirklichkeit, also ihre Regelsysteme: Früher waren das: Mehrstimmigkeit, Generalbass, Zwölftontechnik oder das Dur-Moll-Tonsystem. Man konnte aus dem Bruch der Regeln Fortschritt, Spannung und Interesse generieren. Heute müssen sich Komponistinnen und Komponisten ihre eigenen Regeln und damit ihre eigenen Möglichkeiten und Wirklichkeiten erschaffen.

Eine Wirklichkeit für alle

Musik und Kunst existieren nicht losgelöst in ihrer eigenen und selbst geschaffenen Wirklichkeit. Das ist der Kern des *Werkbegriffs* in der Kunst. Kunstwerke existieren nie ohne Kontext. Das aus dem Kontext gerissene Werk ist nicht *die* Wirklichkeit, sondern eine Abstraktion. Ein Werk ist nicht die Komposition auf dem Notenpapier, sondern bedarf der Kommunikation durch Aufführung, Interpretation, bedarf des Hörens oder Sehens. Auch wenn in der heutigen Komposition gilt: Anything goes, ein Teil des Werkbegriffs bleibt aktuell. Und der ist: Kommunikation. So komme ich zurück zum Anfang: Denn selbst wenn Kunstwerke zu Träumen animieren oder Träume formulieren, sind das keine Ich-Botschaften, sondern immer Teile eines kommunikativen Prozesses.

Puck aus Shakespeares *Midsummer Night's Dream* sagt gegen Ende:

„Wenn wir Schatten euch missfielen,
denkt zum Trost von diesen Spielen,
dass euch hier nur Schlaf umfing,
als das alles vor sich ging.
Dies Gebild aus Schaum und Flaum,
wiegt nicht schwerer als ein Traum.“

8

Biogramme der Teilnehmenden



Prof. Dr. Klaus-Michael Ahrend, geboren 1971, ist seit 2008 Vorstand der HEAG Holding AG. Ein Arbeitsschwerpunkt ist die Digitalisierung der Darmstädter Stadtwirtschaft. Zudem ist er Geschäftsführer des Technologie- und Grün-derzentrums HUB31. Seit 2005 ist er Lehrbeauftragter für Unternehmensstrategien und Corporate Governance und seit 2015 Honorarprofessor am Fachbereich Wirtschaft der Hochschule Darmstadt. Er studierte Betriebswirtschaftslehre in St. Gallen, an der Wirtschaftsuniversität Wien sowie der London School of Economics and Political Science und promovierte 2001 in Trier.



Claudia Anke, geboren 1976, ist seit 2010 Leiterin des Direktorenbüros der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung. Sie studierte von 1994 bis 1997 Allgemeine Verwaltung an der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege Meißen. Von 1997 bis 1999 arbeitete sie als Sachbearbeiterin für den Kommunalen Schadensausgleich in Leipzig und war anschließend von 1999 bis 2010 Verwaltungsleiterin am Sächsischen Landesgymnasium St. Afra zu Meißen für Hochbegabtenförderung.



Prof. Dr. Jürgen Aring, geboren 1961, ist seit 2015 Vorstand des vhw Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e.V. Er studierte in Münster und Oslo Geographie und promovierte 1999 an der Universität Oldenburg zum Thema Suburbanisierung. Von 2005 bis 2012 war Aring als Professor für Stadt- und Regionalplanung an der Universität Kassel tätig. Es folgte eine Gastprofessur an der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich und eine Vertretungsprofessur an der Technischen Universität Dortmund. Neben seiner wissenschaftlichen Arbeit gründete er 2002 das Büro für angewandte Geographie.



Dr. Peter Bartelheimer, geboren 1954, forschte bis 2019 am Soziologischen Forschungsinstitut Göttingen (SOFI) e.V. an der Georg-August-Universität. Er studierte Soziologie, war Referent der Grünen im Hessischen Landtag und promovierte an der Goethe-Universität Frankfurt. Bartelheimer leitete zahlreiche Evaluations- und Forschungsprojekte und koordinierte den Forschungsverbund Sozioökonomische Berichterstattung. Er lebt in Bremen und arbeitet zu Themen wie Arbeitsförderung, sozialökologische Konversion, Sozialpolitik und Teilhabe.



Andrea Bartl, geboren 1970, ist seit 2018 kaufmännische Geschäftsführerin der Stiftung Lesen in Mainz. Sie studierte Betriebswirtschaft an der EBS Universität für Wirtschaft und Recht, an der École Supérieure de Commerce de La Rochelle und an der University of California, Berkeley. Von 2007 bis 2017 war Bartl Geschäftsführerin der START-Stiftung gGmbH, ein Stipendienprogramm der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung für engagierte Jugendliche mit Migrationshintergrund. Bartl ist seit 2019 Mitglied im Stiftungsrat der Schader-Stiftung, seit 2022 als dessen Vorsitzende.



Prof. Dr. Volker Beck, geboren 1957, ist Professor an der Hochschule Darmstadt und als Psychotherapeut tätig. Er schloss 1987 sein Studium der Philosophie und Psychologie in Frankfurt und Gießen ab, erwarb Zusatzqualifikationen und erhielt 1999 die Approbation als Psychologischer Psychotherapeut. Als Psychoonkologe und als Leiter des Bereichs Krebsprävention war er von 1988 bis 2007 bei der Deutschen Krebsgesellschaft e.V. tätig. Seitdem lehrt er an der Hochschule Darmstadt im Fachbereich Soziale Arbeit mit den Schwerpunkten Psychoonkologie, Sozialmedizin und Sexueller Missbrauch.



Jakob Beckhausen leitet das Bauamt der Gemeinde Fischbachtal im hessischen Odenwald. Er hat von 2017 bis 2020 eine Ausbildung als Verwaltungsfachangestellter bei der Gemeinde Fischbachtal absolviert. Zunächst arbeitete er bei der Gemeinde Fränkisch-Crumbach in der Personalverwaltung mit zusätzlichen Aufgabenbereichen im Bauamt und der Finanzverwaltung.



Dr. Joachim Beerhorst, geboren 1954, war langjähriger Leiter des Ressorts Personalentwicklung/Aus- und Weiterbildung für Hauptamtliche beim Vorstand der Gewerkschaft IG Metall. Er hat eine kaufmännische Ausbildung und ein Studium der Sozialwissenschaften abgeschlossen, war in der betrieblichen Interessenvertretung tätig und fünf Jahre lang Wissenschaftlicher Mitarbeiter und Lehrbeauftragter an der Universität Hannover und drei Jahre hauptberuflich an der Europäischen Akademie der Arbeit in der Universität Frankfurt am Main, wo er auch gegenwärtig lehrt.



Prof. Dr. Michèle Bernhard, geboren 1984, ist seit 2023 Professorin für Politische Soziologie an der Hochschule für öffentliche Verwaltung Kehl. Zuvor arbeitete sie bei der IHK Darmstadt Rhein Main Neckar. Bis 2022 war sie als Wissenschaftliche Referentin der Schader-Stiftung im Projekt „Systeminnovation für Nachhaltige Entwicklung (s:ne)“ tätig. Von 2013 bis 2019 war sie Wissenschaftliche Mitarbeiterin der Koordinierungsstelle Bürgerbeteiligung der Stadt Heidelberg. Sie studierte Soziologie an der Technischen Universität Darmstadt und promovierte zum Thema Eigenlogik der Städte.



Maximilian Bertamini, geboren 1993, ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter und Doktorand am Institut für Friedenssicherungsrecht und Humanitäres Völkerrecht (IFHV) der Ruhr-Universität Bochum. In seiner Promotion, gefördert durch die Studienstiftung des deutschen Volkes, beschäftigt er sich mit Fragen zu Eigentum und Souveränität im internationalen Weltraumrecht. Er ist zudem Gründer und Betreiber von Scievon, einer Online-Plattform für besseren digitalen akademischen Austausch. Seit 2023 gehört Bertamini als kooptiertes Mitglied dem Kleinen Konvent der Schader-Stiftung an.



Dr.-Ing. Susanne Bieker, geboren 1976, ist seit 2018 Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Geschäftsfeld „Wasserwirtschaft“ des Bereichs Nachhaltigkeit und Infrastruktursysteme am Fraunhofer Institut für System- und Innovationsforschung und leitet das Querschnittsthema „Transformation- und Innovationssysteme urbaner Räume“. Die studierte Raumplanerin promovierte am Institut IWAR der Technischen Universität Darmstadt im Kontext nachhaltiger Infrastrukturentwicklung und war danach politikberatend für die Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit tätig.



Alexandra Bozdog, geboren 1986, arbeitet seit 2022 beim Internationalen Bund in der Beratungsstelle des Jugendmigrationsdienstes in Darmstadt. Zuvor war sie beim Jugendamt der Stadt Worms tätig. Sie studierte Soziale Arbeit an der West-Universität Temeswar in Rumänien.



Prof. Dr. Tanja Brühl, geboren 1969, ist seit 2019 Präsidentin der Technischen Universität Darmstadt. Sie studierte Biologie und Sozialkunde auf Lehramt. 2002 promovierte sie im Fach Politikwissenschaft an der Goethe-Universität Frankfurt, wo sie anschließend als Juniorprofessorin und von 2007 bis 2019 als Professorin für Politikwissenschaft tätig war, von 2012 bis 2018 zudem als Vizepräsidentin für Studium und Lehre. Brühl ist Präsidentin der Europäischen Universitätsallianz Unite! und Co-Vorsitzende der Allianz führender Technischer Universitäten in Deutschland TU9.



Dr. Ulrike Busch, geboren 1976, ist bei der Deutschen Bundesbank als Hauptgruppenleiterin im Zentralbereich Volkswirtschaft in der Abteilung Geldpolitik und monetäre Analyse tätig. Sie studierte Volkswirtschaftslehre in Frankfurt und New York und promovierte 2011. Ihre Forschungsinteressen sind die institutionellen und historischen Aspekte des Geld- und Währungs- sowie des Zentralbank- und Bankensystems. Seit 2009 arbeitet sie bei der Deutschen Bundesbank mit den Arbeitsschwerpunkten der Wirkungsweisen der Geldpolitik über den volkswirtschaftlichen Bankensektor und Strukturentwicklungen.



Heiko Depner, geboren 1983, ist seit 2013 geschäftsführender Gesellschafter der Darmstädter Kommunikationsagentur La Mina und der zugehörigen Holding Good Business. An der Hochschule Darmstadt lehrt er als Dozent im Studiengang Wirtschaftspsychologie im Bereich Werbung/Marketing. Sein Studium der Marketing-Kommunikationswirtschaft absolvierte er am Institut für Marketing und Kommunikation in Wiesbaden. Er engagiert sich persönlich und mit seiner Agentur in Gremien und sozialen Projekten. Depner ist seit 2022 Mitglied im Stiftungsrat der Schader-Stiftung.



Stephan Dilschneider, geboren 1967, studierte Germanistik und Rechtswissenschaften an der Universität Tübingen und schloss sein Studium mit einem Master of Arts in Ideology and Discourse Analysis an der University of Essex ab. Er war zunächst als Dramaturg am Theater und im Filmgeschäft engagiert, dann als selbständiger Coach und Projektleiter in einer Brandingagentur tätig. Seit 2016 ist er Inhaber und Geschäftsführer der Ecoloc GmbH. Ecoloc erforscht die Bedingungen einer effektiven sozial-ökologischen Transformation auf Basis der Regionalisierung.



Dr. Christof Eichert, geboren 1953, war von 2017 bis 2021 Mitglied des Vorstands der Schader-Stiftung. Der promovierte Jurist war von 1985 bis 2003 in Baden-Württemberg Bürgermeister und Oberbürgermeister und anschließend in der Geschäftsleitung der Bertelsmann Stiftung und der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung tätig. Von 2007 bis 2010 war Eichert Abteilungsleiter im Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen und bis 2016 Geschäftsführender Vorstand der Herbert Quandt-Stiftung. Seit 2017 ist er Senior Expert der Strategiemanufaktur Karlsruhe.



Nina Eisenhardt, geboren 1990, ist seit 2019 Abgeordnete des Hessischen Landtags und Mitglied der Ausschüsse für Digitales und Datenschutz sowie für Wissenschaft und Kunst. Sie schloss 2014 ihr Bachelorstudium Politikwissenschaft in Darmstadt und 2017 den Masterstudiengang Internationale Studien / Friedens- und Konfliktforschung an der Goethe-Universität Frankfurt ab. Seit Jahren setzt sie sich in verschiedenen Ämtern und Positionen für Menschenrechte, Abrüstung und globale Gerechtigkeit ein. Von 2015 bis 2018 war sie Landesgeschäftsführerin der Grünen Jugend Hessen.



Valeria Elsesser, geboren 1998, studiert im Master Politikwissenschaft und Englische Literaturwissenschaft an der Universität Heidelberg. Von April bis Juni 2023 absolvierte sie ein Praktikum bei der Schader-Stiftung. Zuvor war sie an der Universität Heidelberg als Studentische Hilfskraft in der Studierenden-administration und am Institut für Politikwissenschaft als Wissenschaftliche Hilfskraft des Geschäftsführers tätig. Außerdem ist Elsesser freie Mitarbeiterin der Landeszentrale für politische Bildung (LpB) Baden-Württemberg in der Zweigstelle in Heidelberg.



Özlem Zahra Eren, geboren 1999, ist seit November 2022 Studentische Mitarbeiterin der Schader-Stiftung im Projektmanagement und Mitarbeiterin des Großen und Kleinen Konvents. Eren absolviert den Bachelorstudiengang Soziologie mit dem Nebenfach Politikwissenschaft an der Technischen Universität Darmstadt. Ihre Interessenschwerpunkte sind Fragen sozialer Ungleichheiten und Machtstrukturen sowie das Thema Menschenrechte. 2022 war sie bereits Praktikantin der Schader-Stiftung.



Prof. Dr. Jana Friedrichsen, geboren 1983, ist seit 2022 Professorin für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Wirtschaftsethik an der Universität Kiel. Sie studierte Volkswirtschaftslehre und System Dynamics, promovierte an der Universität Mannheim und war an der Humboldt-Universität zu Berlin, dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung und dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung e.V. Berlin tätig. Ihre Schwerpunkte sind Industrie-ökonomik, Politische Ökonomie sowie Verhaltens- und Experimentalökonomik. Seit 2023 ist sie Mitglied im Kleinen Konvent der Schader-Stiftung.



Prof. Dr.-Ing. Birte Frommer, geboren 1974, ist Professorin für Raum- und Umweltmanagement an der Hochschule Darmstadt (h_da) und dort neben den Aufgaben in der Lehre in verschiedenen Forschungsvorhaben zur „Zukunftsorientierten Stadtentwicklung“ engagiert. Sie studierte Geographie, Geologie und Landschaftsplanung. Nach ihrer Promotion war sie unter anderem als Projektleiterin und als Wissenschaftliche Mitarbeiterin tätig. Frommer ist Projektpartnerin der Schader-Stiftung im Verbundvorhaben „Governance der Gebäudemodernisierung in kleineren und mittleren hessischen Kommunen“.



Philipp Funke, geboren 1987, leitet das Projekt „FIT in der Diakonie Hessen. Für Integration und Teilhabe!“ und ist Lehrbeauftragter an der Evangelischen Hochschule Darmstadt. Er studierte Soziologie an der Goethe-Universität Frankfurt am Main und Soziale Arbeit an der Evangelischen Hochschule Darmstadt. Seit 2021 ist Funke Mitglied im Großen Konvent der Evangelischen Akademie Frankfurt. Seine Interessenschwerpunkte sind Soziale Ungleichheit, Demokratie und Rechtspopulismus.



Dr. Gösta Gantner, geboren 1979, lehrt und forscht seit 2019 an der Max Planck School Matter to Life an der Universität Heidelberg und war Mitarbeiter in verschiedenen Forschungsgruppen zu ethischen, rechtlichen und sozialen Fragen der modernen Lebenswissenschaften. 2017 promovierte er an der Goethe-Universität Frankfurt zum Thema „Möglichkeit. Über einen Grundbegriff der praktischen Philosophie und kritischen Gesellschaftstheorie“. Gantner engagiert sich in verschiedenen Projekten, die an den Schnittstellen von Kunst, Kultur, Wissenschaft und Politik angesiedelt sind.



Dr. Jens Geisse, geboren 1983, ist seit 2019 als Wissenschaftlicher Mitarbeiter für Qualifikationen in der Tutoriellen Lehre am Fachbereich Informatik der Technischen Universität Darmstadt zuständig. Seine Arbeitsschwerpunkte liegen im Bereich der Philosophie des Digitalen und der Informatik sowie in der interdisziplinären Zusammenarbeit in Forschung und Lehre. Geisse studierte Soziologie und Informatik in Freiburg, Marburg und Darmstadt und promovierte 2019 in Darmstadt im Bereich Technikphilosophie.



Alexander Gemeinhardt, geboren 1973, ist seit 2013 Geschäftsführender Vorstand und Direktor der Schader-Stiftung. Nach dem Studium in Sozialwesen und Sozialen Verhaltenswissenschaften war er ab 2000 Publizistischer Referent und Geschäftsführer des Konfessionskundlichen Instituts in Bensheim. Gemeinhardt gehört unter anderem der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft, der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung sowie dem Deutschen Werkbund an und moderiert den Runden Tisch Wissenschaftsstadt Darmstadt sowie das Stiftungsnetzwerk Südhessen.



Ronald Grätz, geboren 1958, ist seit Oktober 2021 Direktor des Goethe-Instituts in Barcelona. Er studierte Germanistik, Katholische Theologie und Philosophie in Tübingen und Frankfurt am Main. Von 1989 bis 1992 war er als Programmlehrkraft der Internationalen Organisation für Migration in Sao Paulo sowie als Vizedirektor einer UNESCO-Projektschule tätig. Er arbeitete als Sprachlehrer, Leiter der Programmarbeit und Referent des Vorstands an verschiedenen Standorten des Goethe-Instituts. Von 2008 bis 2021 war er Generalsekretär des Instituts für Auslandsbeziehungen (ifa) in Stuttgart.



Rocío Guenther, geboren 1993, ist von Oktober 2023 bis Januar 2024 dritte Fellow der Schader-Residence. Sie studierte Political Science und im Master Public Administration an der University of Texas, San Antonio. Dort arbeitete sie als Redakteurin für den San Antonio Report und anschließend in verschiedenen Abteilungen der Stadtverwaltung. Guenther ist gleichzeitig von Juli 2023 bis Sommer 2024 Bundeskanzler-Stipendiatin der Alexander von Humboldt-Stiftung. Ihre Interessenschwerpunkte sind Kommunalpolitik, Journalismus, Flucht und Migration sowie Immigration.



Björn Gutzeit, geboren 1972, ist seit 2022 Polizeipräsident des Polizeipräsidiums Südhessen. Bis 2008 war er Referent im Abteilungsstab des Landespolizeipräsidiums und anschließend bis 2012 Leiter der Kriminalinspektion Wetterau. Zwischen 2014 und 2020 war er Rektor der Hessischen Hochschule für Polizei und Verwaltung. Gutzeit wurde 2020 zum Polizeivizepräsident des Polizeipräsidiums Südhessen in Darmstadt ernannt und war ab 2021 in gleicher Position in Frankfurt am Main tätig. Er gehört dem Runden Tisch Wissenschaftsstadt Darmstadt an.



Prof. Anselm Hager Ph.D., geboren 1988, ist seit 2019 Juniorprofessor für Internationale Politik an der Humboldt-Universität zu Berlin. Er studierte an der London School of Economics und promovierte an der Columbia University, New York. Ab 2017 war er Juniorprofessor für Political Economy an der Universität Konstanz. Zudem ist Hager Gastwissenschaftler am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung und forscht zu den Themen Migration, Integration und interkulturelle Konflikte. Hager ist seit 2019 Mitglied im Kleinen Konvent der Schader-Stiftung.



Prof. Dr. Dr. Martin Hambrecht, geboren 1955, war von 2002 bis 2019 Chefarzt der Klinik für Psychiatrie, Psychosomatik und Psychotherapie am Agaplesion Elisabethenstift in Darmstadt. Er studierte Psychologie und Medizin an den Universitäten Freiburg, Hamburg, Rhode Island, USA, und Mannheim und habilitierte sich 1995. Hambrecht war Professor für psychiatrische Prävention an der Universität Köln und ist Lehrbeauftragter für Klinische Psychologie an der Technischen Universität Darmstadt.



Christopher Hamich, geboren 1995, studiert seit 2020 Politische Theorie an der Goethe-Universität Frankfurt und ist dort Studentischer Mitarbeiter im Forschungszentrum „Normative Ordnungen“. Ab 2014 studierte er Politikwissenschaft an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Seine Forschungsschwerpunkte sind Demokratietheorie, Natur und Gesellschaft sowie Konstellationen des Digitalen. Von September 2020 bis Juni 2021 war er als Studentischer Mitarbeiter im Projekt „Systeminnovation für Nachhaltige Entwicklung (s:ne)“ für die Schader-Stiftung tätig.



Mirela Hauck, geboren 1992, ist Referentin für Diversität und interkulturellen Austausch beim Studierendenwerk Darmstadt sowie Interkulturelle Diversity-Trainerin. Zuvor war sie an der Goethe-Universität Frankfurt tätig. Hauck studierte im Bachelor Nah- und Mitteloststudien sowie Politikwissenschaft an den Universitäten Marburg und Teheran. Ihren Master Friedens- und Konfliktforschung schloss sie mit einer Arbeit zu Migrantischen Selbstorganisationen ab. Sie war Stipendiatin des Evangelischen Studienwerks Villigst und ehrenamtlich beim Deutschen Evangelischen Kirchentag engagiert.



Prof. Dr. Michael Haus, geboren 1970, ist seit 2012 Professor für Moderne Politische Theorie an der Universität Heidelberg. Er studierte Politikwissenschaft, Soziologie und Philosophie in Frankfurt am Main und Heidelberg. Nach seiner Habilitation in Darmstadt wurde er 2009 Professor an der Universität Kassel. Michael Haus ist seit Januar 2020 Geschäftsführender Ko-Direktor der Heidelberg School of Education, in der Universität und Pädagogische Hochschule im Bereich der Lehrerbildung kooperieren.



Prof. Dr. Roger Häußling, geboren 1969, ist seit 2009 Professor für Soziologie mit dem Schwerpunkt Technik- und Organisationssoziologie an der RWTH Aachen. Er studierte Wirtschaftsingenieurwesen, Philosophie und Soziologie in Siegen und Karlsruhe. Von 2002 bis 2003 war er Fellow der Akademie Schloss Solitude Stuttgart. Seine Schwerpunkte umfassen die Bereiche Innovationsforschung, Digitale Soziologie sowie Relationale Soziologie. Er ist Mitbegründer der Deutschen Gesellschaft für Netzwerkforschung (DGNet). Seit 2020 ist Häußling Mitglied im Kleinen Konvent der Schader-Stiftung.



Stefan Heinig, geboren 1970, ist seit 2020 am Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung der EKHN im Referat Stadt- & Landentwicklung mit Schwerpunkt städtische und stadtnahe Räume tätig. Er studierte Geographie an der Universität Halle. Ab 2007 leitete er die Abteilung Stadtentwicklungsplanung und war ab 2015 stellvertretender Amtsleiter des Stadtplanungsamtes der Stadt Leipzig. Von 2017 bis 2020 war Heinig Vorsitzender der Fachkommission Stadtentwicklungsplanung des Deutschen Städtetages. Er ist zudem Lehrbeauftragter an der Universität Leipzig und am Institut für Städtebau Berlin.



Anja Herdel, geboren 1967, ist seit 2006 Geschäftsführerin der Wissenschaftsstadt Darmstadt Marketing GmbH. Herdel studierte Germanistik, Anglistik und Baugeschichte an der Technischen Universität Darmstadt und war anschließend beim Verkehrsverein Darmstadt beschäftigt, wo sie von 1996 bis 1999 Abteilungsleiterin im Bereich Fremdenverkehr war. Nach der Umfirmierung zur Stadt- und Touristikmarketing Gesellschaft war sie von 2000 bis 2003 als Abteilungsleiterin im Touristikmarketing und von 2003 bis 2006 als stellvertretende Geschäftsführerin tätig.



Prof. Dr. Lisa Herzog, geboren 1983, ist seit 2019 Professorin und Dekanin an der Fakultät für Philosophie sowie Direktorin des Center of Philosophy, Politics and Economics der Universität Groningen. Sie studierte Philosophie, Volkswirtschaftslehre, Politologie und Neuere Geschichte in München und Oxford, war unter anderem Postdoc am Center of Ethics in Society der Stanford University und hatte den Lehrstuhl für Politische Philosophie und Theorie an der Hochschule für Politik München inne. Sie wurde 2022 mit dem Schader-Preis ausgezeichnet und ist Mitglied im Senat der Schader-Stiftung.



Dr. Ulrike Höppner, geboren 1977, ist Politikwissenschaftlerin. Sie lebt und arbeitet in Berlin. Nach ihrer Promotion 2011 forschte sie insbesondere zu Fragen von Internet und Gesellschaft, unter anderem am Alexander von Humboldt Institut für Internet und Gesellschaft, an der Humboldt-Universität zu Berlin und an der Goethe-Universität in Frankfurt am Main. Sie lehrt im Bereich politische Theorie und Ideengeschichte, derzeit zum Thema „Krisendenken“ an der Freien Universität Berlin. Höppner ist Mitglied der Präsidialversammlung des Deutschen Evangelischen Kirchentages.



Andreas Horsche, geboren 1978, ist seit 2014 Erster Bürgermeister der Gemeinde Furth bei Landshut. Er war Zeitsoldat im Militärmusikdienst und im Sanitätsdienst. Nach dem berufsbegleitenden Erwerb der Fachhochschulreife studierte er Verwaltungswirtschaft an der Hochschule für den öffentlichen Dienst in Bayern und war Verwaltungsbeamter der Städte München und Abensberg. Er ist nebenamtlicher Dozent für Kommunalrecht und Sicherheitsrecht an der Bayerischen Verwaltungsschule, seit 2020 Mitglied im Kreistag des Landkreises Landshut und seit 2022 ehrenamtlicher Lektor der evangelischen Kirche.



Elisabeth Horsche, geboren 2009, ist Schülerin der 8. Klasse an der Realschule Rottenburg in Niederbayern. Ihr zukünftiges berufliches Interesse geht vorerst in Richtung der Bundeswehr, am liebsten bei den Gebirgsjäger*innen. Sie trainiert Ju-Jutsu und bereitet sich derzeit auf den blauen Gurt vor. Außerdem engagiert Horsche sich als Co-Trainerin beim Kinderturnen des örtlichen Sportvereins. Neben Basteln, Malen und Theaterspiel interessiert sie sich besonders für Musik. Sie spielt seit sechs Jahren Cello, singt und bringt sich gerade selbst das Klavierspielen bei.



Dr. Markus Hoschek, geboren 1967, ist seit 2008 Vorstand der HEAG Holding AG. Er studierte in Darmstadt und in Grenoble Mathematik und Elektrotechnik. Bis zur Promotion 1999 war er Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Technischen Universität Darmstadt und der Siemens AG, anschließend beriet er für IBM Banken in internationalen Fragen, unter anderem bei Unternehmenstransaktionen. Hoschek ist Vorsitzender des Vorstands der Bürgerstiftung Darmstadt und Mitglied in Aufsichtsgremien sowie in Verbänden der Kommunalwirtschaft. Zudem unterstützt er Technologie-Start-Ups bei ihrer Entwicklung.



Stephan Käfer, geboren 1962, ist seit 2019 Konzernbevollmächtigter der Telekom Deutschland für die Region Mitte/West. Zuvor war er Leiter Region Mitte/West im Bereich Länder und Kommunen der T-Systems International GmbH und bis 2006 Leiter Vertrieb bei Siemens AG ICN. Zwischen 1993 und 1997 studierte er Betriebswirtschaftslehre an der VWA-Hochschule für berufsbegleitendes Studium. Er ist in zahlreichen Institutionen wie Verbänden und Vereinen sowie in Kommunen engagiert, wobei er Digitalität und Vernetzung als seine Schwerpunkte sieht.



Bijan Kaffenberger, geboren 1989, ist Abgeordneter der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag. Er studierte International Economics and Economic Policy an der Goethe-Universität Frankfurt und arbeitete dort anschließend am Lehrstuhl für Bankbetriebslehre. Im Thüringer Wirtschaftsministerium war er ab 2016 als Referent für Breitbandausbau und Digitalisierung beschäftigt, bis er 2019 in den Landtag gewählt wurde. Er ist digitalpolitischer Sprecher seiner Landtagsfraktion und Besitzer im Landesvorstand der SPD Hessen. Außerdem ist er Mitglied des Verwaltungsausschusses am Staatstheater Darmstadt.



Laura Kappes, geboren 1999, studiert im Master Bildung und Erziehung an der Eberhard-Karls-Universität Tübingen. Zu ihren Schwerpunktthemen im Studium gehören die Bildungsphilosophie, die reflexive Erziehungswissenschaft sowie die interdisziplinäre Auseinandersetzung mit politischen und kulturellen Dimensionen von Bildung und Erziehung. Sie war von April bis Juli 2023 Praktikantin der Schader-Stiftung. Seit 2021 arbeitet sie als Sozialpädagogin auf einer sozialtherapeutischen Wohngruppe für Jugendliche.



Christoph Kehr-von Plettenberg, geboren 1977, ist stellvertretender Leiter des Nachhaltigkeitsmanagements bei der DekaBank. Er studierte Rechtswissenschaften in Rostock, Kopenhagen und Köln mit Ausbildungs- und Arbeitsstationen in Los Angeles und New York, absolvierte Ausbildungen als Börsenhändler und an der Harvard Law School in Cambridge, Massachusetts, als Wirtschaftsmediator. Kehr-von Plettenberg engagiert sich als Vorstandsmitglied der Johanniter-Hilfsgemeinschaft Frankfurt am Main und ist Vorsitzender des DGAP-Forums Frankfurt der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V.



Dr. Silke Kleihauer, geboren 1965, leitet die Innovations- und Transferplattform für Nachhaltige Entwicklung (itp:ne) der Hochschule Darmstadt (h_da). Sie studierte Biologie mit Schwerpunkt Ökologie und promovierte an der Schnittstelle zwischen Biologie, Wissenschaftstheorie und Recht. An der h_da entwickelte sie den Masterstudiengang Risk Assessment and Sustainability Management (RASUM) und rief die Initiative Nachhaltige Entwicklung in der h_da (i:ne) mit ins Leben. Von 2018 bis 2022 leitete sie das Projekt „Systeminnovation für Nachhaltige Entwicklung (s:ne)“.



Jonas Korn, geboren 1992, hat sein Masterstudium in Nachhaltigkeitswissenschaft an der Leuphana Universität Lüneburg absolviert. Er ist derzeit in diversen Lüneburger und überregionalen Gruppen in den Themenfeldern Commons, Verkehrswende, Klimagerechtigkeit, Suffizienz usw. aktiv. Des Weiteren ist er Mitglied des Commons-Instituts e.V. und des I.L.A. Kollektivs.



Dr. Rudolf Kriszeleit, geboren 1955, ist Rechtsanwalt und war bis 2014 Staatssekretär im Hessischen Ministerium der Justiz, für Integration und Europa. Er studierte Rechtswissenschaft und Volkswirtschaftslehre in Frankfurt, war bei der Staatsanwaltschaft am Landgericht Frankfurt und im Hessischen Ministerium der Finanzen tätig. Von 1995 bis 2001 war er Leiter der Finanzabteilung der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau, anschließend bis 2009 Vorstandsmitglied der Investitionsbank Hessen. Er war von 2014 bis 2022 Mitglied des Stiftungsrats der Schader-Stiftung, ab 2016 als Vorsitzender.



Kamila Bogumila Labuda, geboren 1987, ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Erziehungswissenschaft der Universität Osnabrück im Bereich Erziehung und Bildung in der Migrationsforschung. Sie studierte Integrierte Sozialwissenschaften an der Technischen Universität Braunschweig sowie Internationale Migration und Interkulturelle Beziehungen an der Universität Osnabrück. Sie war am Deutschen Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung und an der Technischen Hochschule Wildau tätig. Im Sommersemester 2023 hatte sie einen Lehrauftrag der Humboldt-Universität zu Berlin inne.



Robert Langer, geboren 1959, ist seit März 2020 Vorstand Vermögen/Finanzen/ Liegenschaften der Schader-Stiftung. Langer war als Diplom-Sparkassenbetriebswirt mit den Schwerpunkten Marketing sowie Wertpapier- und Privatkundengeschäft in verschiedenen Fach- und Leitungspositionen der Sparkassenorganisation tätig, darunter von 1998 bis 2001 als Vorstandsmitglied der Sparkasse Bensheim und ab 2002 als Bankdirektor der DekaBank in Frankfurt am Main. Ehrenamtlich engagiert sich Langer für soziale Projekte in Deutschland und Ecuador.



Yuge Lei, geboren 1985, ist seit 2021 Referentin für Nachhaltigkeit und Innovation der Stadt Bad Nauheim und war Gründerin der Frankfurt Doughnut Coalition, die sich für ein nachhaltiges Wirtschaftsverständnis einsetzt. Ihr Fokus ist dabei, ökologische, soziale und wirtschaftliche Aspekte gemeinsam zu betrachten, um Wechselwirkungen mitzudenken und Zielkonflikte zu vermeiden. Sie studierte Wirtschaftswissenschaften im Bachelor an der Goethe-Universität-Frankfurt und am University College London absolvierte sie den Masterstudiengang in Entwicklungsplanung.



Prof. Dr. Sebastian Lentz, geboren 1957, ist seit 2003 Direktor des Leibniz-Instituts für Länderkunde und Professor für Regionale Geographie an der Universität Leipzig. Er studierte Geographie, Germanistik und Erziehungswissenschaften an den Universitäten Heidelberg und Mannheim. Lentz promovierte und habilitierte sich in Mannheim und war dort Privatdozent. Von 2001 bis 2003 war er Professor für Anthropogeographie an der Universität Erfurt. Seit 2018 ist er Vizepräsident der Leibniz-Gemeinschaft. Er gehört seit 2022 dem Statistischen Beirat des Freistaats Sachsen an.



Andreas Lipsch, geboren 1960, ist Vorsitzender der Bundesarbeitsgemeinschaft Pro Asyl und des Stiftungsrates der Stiftung Pro Asyl. Er studierte Theologie und Philosophie in Berlin und Marburg. 2001 wurde er zum Interkulturellen Beauftragten der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau berufen. Lipsch war Gemeindepfarrer in Neu-Isenburg bei Frankfurt und Mitarbeiter in der developmentpolitischen Bildungsarbeit am International Documentation Centre in Rom. Er leitet die Abteilung Flucht, Interkulturelle Arbeit, Migration der Diakonie Hessen.



Dr. Roland Löffler, geboren 1970, ist seit 2017 Direktor der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung. Er studierte Evangelische Theologie in Tübingen, Berlin, Cambridge und Marburg, wo er auch als Wissenschaftlicher Mitarbeiter forschte, lehrte und promovierte. Nach einer Zeit als freiberuflicher Journalist, dem Vikariat in der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck und einer Gastprofessur an der Universität Montreal war er von 2007 bis 2016 für die Herbert Quandt-Stiftung tätig. Zuletzt arbeitete er als Geschäftsführer der Stiftung Westfalen-Initiative in Münster.



Dr. Stella Lorenz, geboren 1990, ist seit Herbst 2023 Wissenschaftliche Referentin der Schader-Stiftung. Lorenz absolvierte ihren Bachelor in „Kunst, Musik und Medien: Organisation und Vermittlung“ an der Philipps-Universität Marburg und hat einen Masterabschluss in Medienentwicklung der Hochschule Darmstadt. Sie promovierte in Medienkulturwissenschaft an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, arbeitete als langjährige Redakteurin des Rüsselsheimer Echos und der Main-Spitze, hat einen Lehrauftrag an der Universität Erfurt und ist als freie Journalistin tätig.



Prof. Dr. Marcus Maurer, geboren 1969, ist Professor für Kommunikationswissenschaft am Institut für Publizistik der Johannes Gutenberg-Universität Mainz. Zuvor war er Professor für Empirische Methoden der Kommunikationswissenschaft am Institut für Kommunikationswissenschaft der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Maurer studierte Publizistikwissenschaft, Politikwissenschaft und Deutsche Philologie in Münster und Mainz. Seine Forschungsschwerpunkte sind politische Kommunikation, Medienwirkungsforschung, nonverbale Kommunikation und empirische Methoden.



Matthias Mayer ist seit 2008 Leiter des Bereichs Wissenschaft der Körber-Stiftung Hamburg. Dort verantwortet er unter anderem den Körber-Preis für die Europäische Wissenschaft, zuvor war er Projektleiter des Deutschen Studienpreises. Er studierte Philosophie, Germanistik, Politik und Pädagogik in Konstanz und an der Freien Universität Berlin. Mayer war kulturpolitisch aktiv, unter anderem als Vorsitzender des Kulturausschusses Altona. Er sitzt in diversen Gremien zur Wissenschaftskommunikation; seine inhaltlichen Schwerpunkte sind Wissenschaftspolitik und Nachwuchsförderung.



Dr. Kirsten Mensch, geboren 1967, ist seit 2000 Wissenschaftliche Referentin der Schader-Stiftung. Sie studierte Politikwissenschaft, Philosophie sowie Rechtswissenschaften. 1993 folgte ein Studienaufenthalt an der Universität Groningen in den Niederlanden. Von 1994 bis 1998 war Mensch Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Politikwissenschaft der Technischen Universität Darmstadt, wo sie 1999 promovierte. Ihre Schwerpunkte sind unter anderem Sicherheitspolitik, Menschenrechte und Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Zudem betreut sie Projekte mit agilen Formaten.



Ronald Menzel-Nazarov, geboren 1973, ist seit 2023 Leiter der Organisationsentwicklung der START-Stiftung gGmbH in Frankfurt am Main. Er studierte Geschichte, Politikwissenschaft und Romanistik in Dresden, Aachen und Clermont-Ferrand sowie Management in Central and Eastern Europe an der Europa-Universität Viadrina. Nach Stationen beim Goethe-Institut Tallinn, dem Theodor-Heus-Kolleg der Robert Bosch Stiftung, der CBM Christoffel-Blindenmission und der Evangelischen Kirche ist er seit 2017 für die START-Stiftung tätig, einer Tochtergesellschaft der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung.



Dr.-Ing. Monika Meyer, ist seit 2012 Geschäftsführerin des Instituts Wohnen und Umwelt in Darmstadt. Sie studierte Architektur an der Technischen Universität Braunschweig und promovierte 1999. Am Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen gestaltete sie die Initiative Architektur und Baukultur mit. Ab 2003 war sie Abteilungsleiterin am Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung Dresden. Sie ist Mitglied und ehemalige Landesvorsitzende der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung und gehört der Vereinigung für Stadt-, Regional- und Landesplanung SRL an.



Anke Müffelmann, geboren 1963, ist seit 2011 Vorstand des Kunstvereins Haus 8 in Kiel und gründete 2013 dort das „atelier für kunst und projekte“. Sie arbeitet seit 1996 als freiberufliche Künstlerin. Müffelmann studierte Kunstgeschichte in Hamburg, dann Malerei, Keramik und Druckgrafik in Kiel, Oslo und Porto. Von 2005 bis 2012 war sie künstlerische Leiterin im EU Projekt „radius of art“ für die Heinrich-Böll-Stiftung, die Muthesius Kunsthochschule und die Landeshauptstadt Kiel. Seit 2017 ist sie Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Transferpark der Muthesius Kunsthochschule.



Luca Müller, geboren 1995, ist Mitarbeiter in der Projektadministration am Passivhaus Institut Darmstadt, einer Einrichtung, die sich mit energieeffizienten und nachhaltigen Baukonzepten beschäftigt. Er absolvierte 2017 den Bachelorstudiengang Social Sciences an der Justus-Liebig-Universität Gießen und schloss 2021 den Masterstudiengang Governance und Public Policy an der Technischen Universität Darmstadt ab. Von Dezember 2019 bis Ende Februar 2020 war Müller Praktikant der Schader-Stiftung.



Dorett Mumme, geboren 1982, ist Projektmanagerin im Kulturbereich. Ihr Schwerpunkt liegt seit einigen Jahren auf der Konzeption und Realisation von Digitalen Infrastrukturen sowie Kulturangeboten, die analoge und digitale Räume miteinander verbinden. Sie moderiert Veranstaltungen aus den Bereichen Politik, Kultur und Wissenschaft. Mumme studierte Soziologie, Politikwissenschaft und Geschichte in Mainz, Istanbul und Bielefeld. An diversen Museen und Ausstellungshäusern arbeitete sie an den Schnittstellen von kuratorischem Bereich, Kultureller Bildung und Öffentlichkeitsarbeit.



Sumaya Muuse, geboren 2005, kam vor sieben Jahren mit ihrer Mutter und Geschwistern als Kriegsflüchtling aus Somalia nach Deutschland. Heute besucht sie die zwölfte Klasse der Edith-Stein-Schule in Darmstadt und hat die Leistungsfächer Französisch und Sport belegt. Ihr Ziel ist es, nach erfolgreichem Abitur ein Studium aufzunehmen. In ihrer Freizeit spielt sie Tennis im Verein und liest gerne.



Hanna-Lena Neuser, geboren 1980, ist seit 2021 Direktorin der Evangelischen Akademie Frankfurt und bereits seit 2015 Studienleiterin für Europa und Jugend. Neuser studierte Politikwissenschaft und Öffentliches Recht in Frankfurt und Trier, war dann an der Wissenschaftlichen Hochschule für Unternehmensführung – Otto Beisheim School of Management in Vallendar tätig und absolvierte berufsbegleitend ein Masterstudium Erwachsenenbildung. Sie war Studienmanagerin an der Bayerischen Akademie für Werbung und Marketing und ab 2012 Studienleiterin an der Evangelischen Akademie Tutzing.



Andrea Nispel, geboren 1960, ist seit 1998 als freiberufliche Beraterin, Coach, Moderatorin und Sozialwissenschaftlerin tätig. Sie studierte Erziehungswissenschaften und Soziologie. Es folgten Ausbildungen zur Systemischen Beraterin und zum Systemischen Coach. Ihre Schwerpunkte sind die gesellschaftspolitischen Themenfelder Diversität und Inklusion sowie macht- und rassismuskritische Perspektiven auf Bildung, Arbeit und Lernen in der Einwanderungsgesellschaft. Nispel ist Mitgründerin von *beramí* – berufliche Integration e.V. in Frankfurt am Main und gehört seit 1994 dessen Vorstand an.



Prof. Dr. Alfred Nordmann, geboren 1956, war von 2002 bis 2022 Professor für Philosophie der Wissenschaften und der Technowissenschaften an der Technischen Universität Darmstadt. Er studierte Philosophie, Neuere Deutsche Literatur und Wissenschaftsgeschichte und promovierte in Hamburg. Nordmann ist unter anderem mit der University of South Carolina und der St. Petersburg Polytechnic University assoziiert. Er beschäftigt sich mit zivilgesellschaftlichen Ansätzen zu einer friedensorientierten Technikgestaltung.



Laura Pauli, geboren 1991, ist an der Europäischen Akademie der Arbeit in Frankfurt am Main als Referentin der Akademieleitung tätig. Zuvor war sie Wissenschaftliche Referentin und Persönliche Referentin des Vorstands der Schader-Stiftung und absolvierte 2020 die Ausbildung zur Stiftungsmanagerin (DSA). Nach ihrem Bachelor in Politikwissenschaft an der Goethe-Universität Frankfurt schloss sie den Masterstudiengang Governance und Public Policy an der Technischen Universität Darmstadt ab. 2015 war Pauli Stadtteil-Botschafterin der Stiftung Polytechnische Gesellschaft Frankfurt.



Anastasiia Platonova, geboren 2000, studierte Rechtswissenschaften an der Juristischen Akademie in Odessa, Ukraine, wo sie sich auf Strafrecht und Internationales Recht spezialisierte. Im Anschluss arbeitete sie bei einer Behörde in Odessa, bevor sie aufgrund des Krieges ihre Heimat verlassen musste. Sie besucht derzeit einen Deutschkurs, um später ihren Hochschulabschluss in Deutschland anerkennen zu lassen und ihren Beruf ausüben zu können.



Claudia Prediger ist in der ehrenamtlichen Flüchtlingshilfe tätig. Sie studierte an der Universität Graz und der Technischen Universität Darmstadt Architektur sowie im Master Nonprofit-Management and Governance an der Universität Münster. Von 2003 bis 2023 war Prediger Geschäftsführerin des Competence Center for Applied Security Technology e.V., bis sie im Mai 2023 zur Flüchtlingshilfe im Freiwilligenzentrum Darmstadt der Paritätische Projekte gGmbH wechselte.



Prof. Dr. Sonja Preissing, geboren 1980, ist Professorin für Soziale Arbeit an der Internationalen Hochschule am Standort Köln. Zuvor war sie am Deutschen Jugendinstitut als Projektleitung der Arbeitsstelle Kinder- und Jugendpolitik tätig. Ihre Forschungsthemen sind Jugend-, Migrations- und Stadtforschung, Soziale Arbeit im Quartier, deutsch-französische Studien und Qualitative Sozialforschung. An der Universität zu Köln absolvierte sie das Studium der Diplom-Pädagogik und promovierte in Sozialwissenschaften.



Dagmar Rechenbach, geboren 1957, war von 2008 bis Juni 2023 Präsidentin des Verwaltungsgerichts Darmstadt. Zuvor war sie Präsidentin des Verwaltungsgerichts Wiesbaden. Sie studierte Rechtswissenschaften an der Goethe-Universität Frankfurt. Seit 1988 war sie als Richterin tätig und von 2000 bis 2004 an das Hessische Justizministerium abgeordnet. Beim Staatsgerichtshof des Landes Hessen war sie von 2003 bis 2005 stellvertretende Landesanwältin und ab 2005 stellvertretendes Mitglied. Sie gehört unter anderem dem Vorstand der Bürgerstiftung Darmstadt und dem Stiftungsrat der Schader-Stiftung an.



Charly Richter, geboren 1998, studiert Komparatistik und Zivilrecht an der Johannes Gutenberg-Universität (JGU) Mainz. 2016 wurde unter ihrer Regie das von ihr und ihrem Bruder geschriebene Musical „Classmates“ in Darmstadt uraufgeführt. 2020 schloss sie als deutschlandweit Beste ihres Jahrgangs eine Ausbildung zur Handwerksbuchbinderin ab. Seither hat sie Erfahrungen im Lokaljournalismus sowie beim Hörfunkprogramm hr2-kultur gesammelt. Richter betätigt sich in der Hochschulpolitik und als Lebensmittelretterin. Sie arbeitet studienbegleitend in der Studienstrukturentwicklung der JGU.



Prof. Dr. Lars Rinsdorf, geboren 1971, ist seit 2023 Professor für Kommunikations- und Medienwissenschaft an der Technischen Hochschule Köln. Zuvor lehrte er ab 2008 an der Hochschule der Medien Stuttgart und war seit 2012 Studiendekan des Studiengangs Crossmedia-Redaktion/PR. Er studierte Journalistik und Raumplanung an der Technischen Universität Dortmund. Rinsdorf war von 2018 bis 2022 Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Publizistik und Kommunikationswissenschaft (DGPuK). Seine Forschungsschwerpunkte sind Desinformation, lokale Öffentlichkeiten sowie Rezeptionsforschung.



Ute Ritschel, geboren 1956, ist Kuratorin und Kulturanthropologin. Sie leitet seit 2009 das Internationale Waldkunst Zentrum in Darmstadt. 2002 war sie Gründungsmitglied des Vereins für Internationale Waldkunst e.V. und ist seitdem Vorsitzende des Zentrums für Kunst und Natur e.V. Seit 2008 ist sie Lehrbeauftragte an der Evangelischen Hochschule Darmstadt. Von 1995 bis 2015 war Ritschel Veranstalterin und Kuratorin der Kunstbiennale „Vogelfrei“ in Darmstädter Privatgärten und Parks. Sie kuratierte Waldkunstpfade und Waldkunstkonferenzen in Deutschland, den USA, China und Österreich.



Prof. Dr. Caroline Y. Robertson-von Trotha, geboren 1951, ist Distinguished Senior Fellow am Karlsruher Institut für Technologie (KIT). Sie war Gründungsdirektorin und bis 2021 Wissenschaftliche Leiterin des Zentrums für Angewandte Kulturwissenschaft und Studium Generale am KIT. Sie vertritt die Bundesrepublik im Advisory Council der Anna Lindh Stiftung, war Mitglied des Kulturbeirats der deutschen UNESCO-Kommission und ist Mitglied des Forschungsbeirats des Instituts für Auslandsbeziehungen. Seit 2017 ist sie Mitglied und seit März 2020 Sprecherin des Kleinen Konvents der Schader-Stiftung.



Kai Rosenstein, geboren 1973, studierte Design in Darmstadt, Manchester und Zürich. 2010 gründete er die Agentur KRDK | Kai Rosenstein Designkultur, die Institutionen in der Kommunikation berät. Mit ähnlichen Aufgaben leitete er von 2019 bis 2023 den Bereich Kommunikation am Staatstheater Darmstadt. Rosenstein ist zudem als Dozent, Referent und Experte im Designbereich tätig und war Initiator der Plattform „social design archive“. Er gehört dem Deutschen Werkbund Hessen an.



Holger Röber, geboren 1977, ist gelernter Klärwerker und Diplom-Soziologe. Nach seiner Ausbildung bei Mercedes Benz studierte er an der Akademie der Arbeit in Frankfurt und anschließend an den Universitäten in Darmstadt und in Buenos Aires. Beim Vorstand der IG Metall beschäftigt er sich hauptsächlich mit nationaler und transnationaler Unternehmenspolitik. Röber ist auch in der Kulturszene Darmstadts fest verwurzelt. So ist er unter anderem Mitveranstalter und Moderator der Early Late Night Show in Darmstadt.



Prof. Dr. Ulrike Röttger, geboren 1966, ist seit 2003 Professorin für Public-Relations-Forschung an der Universität Münster. Sie studierte Journalistik und Raumplanung und war Wissenschaftliche Mitarbeiterin an unterschiedlichen Hochschulen in Hannover, Hamburg und Zürich. Von 2008 bis 2010 war Röttger Vorsitzende der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Lokale Kommunikation, Vertrauen und strategische Kommunikation, Nachhaltigkeitskommunikation. Seit 2019 gehört sie dem Kleinen Konvent der Schader-Stiftung an.



Sven Sabary, geboren 1971, ist seit 2022 stellvertretender Dekan des Evangelischen Dekanats Darmstadt. Sabary studierte Architektur und Städtebau in Aachen, Wien, Delft und Valencia. Als Architekt arbeitete er in verschiedenen Planungs- und Immobilienbüros, bevor er sein Zweitstudium der Theologie in Frankfurt, Marburg, Mainz und Rom absolvierte. Sein Vikariat leistete er in der Luthergemeinde Frankfurt und beim Präsidium der Diakonie Deutschland. Von 2013 bis 2022 war Sabary Pfarrer der Evangelischen Kirchengemeinde Heusenstamm.



Torsten Sälinger, geboren 1969, ist Kommunikationsberater sowie Gründer und Geschäftsführer von SÄLINGER Kommunikation. Er studierte Publizistik und Kommunikationswissenschaft sowie Theater-, Film- und Fernsehwissenschaft an der Freien Universität Berlin. Bis 2016 war er Leiter für Kommunikation der Deutschen Bahn AG und Pressesprecher für Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland sowie von 2012 bis 2016 Vorstandsvorsitzender der Landesgruppe Hessen/Rheinland-Pfalz/Saarland im Bundesverband der Kommunikatoren e.V. sowie bis 2021 Vorsitzender des Vorstands der Ortenberger Bürgerstiftung.



Alois M. Schader, geboren 1928, ist Diplom-Ingenieur und Stifter. Nach dem Studium an der Darmstädter Staatsbauschule und der Technischen Hochschule Darmstadt war er freiberuflich als beratender Bauingenieur tätig. 1988 gründete er die Schader-Stiftung und gehörte bis 2022 dem Vorstand an. Schader erhielt 2013 die Leibniz-Medaille der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften und 2015 die Johann-Heinrich-Merck-Ehrung der Wissenschaftsstadt Darmstadt. 2019 wurde ihm die Ehrensensorenwürde der Technischen Universität Darmstadt und 2021 das Bundesverdienstkreuz am Bande verliehen.



Dr. Anne Schäfer ist Persönliche Referentin der Präsidentin der Technischen Universität Darmstadt. Sie war Projektmitarbeiterin am Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung der Universität Mannheim, wo sie 2019 promovierte.



Prof. Dr. Torsten Schäfer, geboren 1977, ist seit 2013 Professor für Journalismus mit Schwerpunkt Textproduktion an der Hochschule Darmstadt und zudem als Journalist tätig. Nach dem Studium der Politikwissenschaft, European Studies, Lobbying/Public Affairs und Journalistik in Aachen, Brüssel, Tours und Dortmund promovierte er an der RWTH Aachen. Schäfer arbeitete als Dozent, Autor, Text- und Online-Redakteur. Er gründete und leitet das Medienportal „Grüner Journalismus“. Schäfers Arbeitsschwerpunkte sind unter anderem Klima- und Europajournalismus sowie mediale Nachhaltigkeit.



Dirk Scheelje, geboren 1964, arbeitet im Ministerium für Schule und Berufsbildung in Schleswig-Holstein im Bereich Qualitätssicherung und Lehrpläne und ist Geschäftsführender Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung Schleswig-Holstein e.V. sowie gewähltes Mitglied der deutschlandweiten Heinrich-Böll-Stiftung. Scheelje ist Ratsmitglied und wirtschaftspolitischer Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Vorsitzender des Kulturausschusses in Kiel. Er ist Aufsichtsratsvorsitzender des Kieler Seehafens und gehört weiteren Aufsichtsräten an.



Kjell Schmidt, geboren 1981, ist seit 2016 Geschäftsführer der Regionalpark Rhein-Main gGmbH. Er war zuvor beim Landesbetrieb HessenForst und dort zuletzt als Referent des Projekts „Land mit Zukunft“ der Herbert Quandt-Stiftung und der Landesstiftung „Miteinander in Hessen“ tätig. Schmidt studierte Forstwirtschaft an den Hochschulen Rottenburg und Inverness sowie berufsbegleitend Business Administration an der Hochschule Mainz. Er war von 2011 bis 2014 stellvertretender Geschäftsführer des Naturparks Taunus. Seit 2022 ist Schmidt Mitglied des Stiftungsrates der Schader-Stiftung.



Dorinne Schnabel, geboren 1991, ist seit 2023 Chefredakteurin des studentisch geführten Blogs „Media Bubble“ der Universität Tübingen. An dieser Universität absolviert sie gegenwärtig auch das Studium der Medienwissenschaften. Zuvor studierte sie Rechtswissenschaften und internationale Betriebswirtschaftslehre. Schnabel ist außerdem als Buchbloggerin in den sozialen Medien aktiv.



Philipp Schrögel, geboren 1982, ist Akademischer Mitarbeiter in der Wissenschaftskommunikation am Käte Hamburger Kolleg für Apokalyptische und Postapokalyptische Studien (CAPAS) in Heidelberg. Zuvor war er seit 2016 in gleicher Funktion am Department für Wissenschaftskommunikation des Karlsruher Instituts für Technologie (KIT), wo er das Projekt „Wissenschaft für alle“ leitete und im Projekt „Science In Presentations“ forschte. Schrögel studierte Physik an der Universität Erlangen-Nürnberg und absolvierte ein Masterstudium in Public Policy an der Harvard Kennedy School of Government.



Prof. Dr. Stefan Selke, geboren 1967, ist seit 2008 Professor für das Lehrgebiet Gesellschaftlicher Wandel an der Hochschule Furtwangen. Er ist außerdem Forschungsprofessor für Transformative und Öffentliche Wissenschaft und Gründer des Public Science Labs. Selke studierte zunächst Luft- und Raumfahrttechnik, dann Soziologie. Seine Forschungsinteressen sind Öffentliche Wissenschaft, soziale Utopien, Künstliche Intelligenz sowie Weltraumexploration aus gesellschaftswissenschaftlicher Perspektive. Von 2014 bis 2020 war er Mitglied im Kleinen Konvent der Schader-Stiftung.



Nora Simon, geboren 1994, studiert im Master Informationssystemtechnik (IST) an der Technischen Universität Darmstadt. Zuvor schloss sie ein Bachelorstudium in Motion Pictures an der Hochschule Darmstadt (h_da) ab und wirkte an zahlreichen Filmprojekten mit. Zudem ist sie aktives Mitglied der Fachschaft IST und engagiert sich in der Darmstädter Kulturszene bei der Veranstaltung von Konzerten und Festivals.



Kristin Sieverdingbeck, geboren 1997, studiert Politikwissenschaft an der Technischen Universität Darmstadt. Ihre Interessenschwerpunkte liegen in der politischen Theorie und Ideengeschichte. Sie arbeitet seit Oktober 2022 am Institut für Politikwissenschaft als Tutorin und ist zudem in der akademischen und studentischen Selbstverwaltung aktiv. Von September 2021 bis September 2023 war sie im Vorstand des Allgemeinen Studierendenausschusses zunächst als Finanz- und später als Öffentlichkeitsreferentin tätig. Von September bis Dezember 2023 war sie Praktikantin bei der Schader-Stiftung.



Tatiana Soto Bermudez, geboren 1992, ist seit Mai 2021 Wissenschaftliche Referentin der Schader-Stiftung. Sie studierte Wirtschaftsinformatik im Bachelor an der Dualen Hochschule Baden-Württemberg in Mannheim. Später absolvierte Soto Bermudez ein Masterstudium der Umweltsystemwissenschaften mit Schwerpunkt Nachhaltigkeitsmanagement an der Karl-Franzens-Universität in Graz, Österreich. Bei der Schader-Stiftung verantwortet sie seit 2021 die Darmstädter Tage der Transformation und war bis 2022 zusätzlich im Projekt „Systeminnovation für Nachhaltige Entwicklung (s:ne)“ tätig.



Luise Spieker, geboren 1992, ist seit 2022 Wissenschaftliche Referentin der Schader-Stiftung und für das Projekt „Governance der Gebäudemodernisierung in kleinen und mittleren hessischen Kommunen“ zuständig. Zuvor war sie dort bereits seit 2021 als Volontärin tätig. Spieker studierte im Bachelor Politikwissenschaft und Amerikanistik sowie im Master Politische Theorie an der Goethe-Universität Frankfurt und der Technischen Universität Darmstadt. Überdies absolvierte sie das Zertifikat Gender Studies des Cornelia Goethe Centrums und die Ausbildung zur Stiftungsmanagerin (DSA).



Dr. Patrick Staub, geboren 1984, ist Vorstandsvorsitzender der Bergsträsser Winzer eG. Zuvor war er Berater beim Baden-Württembergischen Genossenschaftsverband e.V. (BWGV). Staub studierte zunächst an der Hochschule Geisenheim University Weinbau und Oenologie, ehe er an der Universität Hohenheim den Master of Science absolvierte und in Agribusiness promovierte. Seine Dissertation „Innovation im Kontext branchenstrukturellen Wandels in der genossenschaftlichen Weinwirtschaft: Strategieanalyse und Unterstützungsansätze“ wurde mit dem GENO-Wissenschaftspreis der BWGV ausgezeichnet.



Prof. Dr. Christian Stegbauer, geboren 1960, ist außerplanmäßiger Professor für Soziologie an der Goethe-Universität Frankfurt. Er studierte Soziologie, Sozialpsychologie, Statistik und Wirtschaftsgeographie in Frankfurt. Es folgten Tätigkeiten an der Technischen Universität Darmstadt, bei Nielsen-Marketing Research und an der Universität Frankfurt. Er ist Mitbegründer der Sektion Soziologische Netzwerkforschung der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, Mitinitiator der Initiative interdisziplinäre Netzwerkforschung und Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Netzwerkforschung.



Benjamin Stehl, geboren 1999, studiert im Bachelor Politikwissenschaft und Geographie an der Goethe-Universität Frankfurt. Zwischen Januar und März 2023 war Stehl Praktikant in der Schader-Stiftung, seit April 2023 ist er Studentischer Mitarbeiter. Die Fachrichtung der internationalen Beziehungen, insbesondere sicherheitspolitische und geopolitische Themen sowie die Friedens- und Konfliktforschung sind seine Interessenschwerpunkte.



Prof. Dr.-Ing. Ursula Stein, geboren 1957, ist Inhaberin des Büros Stein Stadt- und Regionalplanung in Frankfurt am Main. Sie studierte Raumplanung an der Universität Dortmund, wo sie 2006 zum Thema Lernende Stadtregion promovierte. Von 2005 bis 2023 war sie Honorarprofessorin für Kommunikation in der Planung an der Universität Kassel. Seit 2022 ist sie Vorsitzende der Landesgruppe Hessen / Rheinland-Pfalz / Saarland der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung (DASL). Stein gehört seit 2020 dem Kleinen Konvent der Schader-Stiftung an.



Dr. Karsten Stroborn, geboren 1967, leitet die Abteilung für Grundsatzfragen operativer Geldpolitik der Deutschen Bundesbank. Bereits zuvor war er bei der Deutschen Bundesbank tätig, zunächst als Analyst im Reservemanagement im Zentralbereich Märkte und später als Leiter der Abteilung „Portfolios, Marktanalysen“. Stroborn studierte Wirtschaftsingenieurwesen an der Universität Karlsruhe und Volkswirtschaftslehre an der Universität Nantes in Frankreich. An der Universität Karlsruhe promovierte er über sichere Bezahlungssysteme in offenen Netzen und Fragen der Regulierung.



Prof. Dr. Georgios Terizakis, geboren 1975, ist seit 2019 Professor für Politikwissenschaft an der Hessischen Hochschule für öffentliches Management und Sicherheit. Nach seinem Studium und der Promotion an der Technischen Universität (TU) Darmstadt arbeitete er bei der Landeshauptstadt Hannover und anschließend als Hochschul-Praxis-Koordinator im LOEWE-Forschungsschwerpunkt „Eigenlogik der Städte“ sowie als Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politikwissenschaft der TU Darmstadt. Von 2017 bis 2019 war er Dozent für Sozialwissenschaften an der Hochschule der Polizei Rheinland-Pfalz.



Dr. Daniel Theobald, geboren 1981, ist seit 2017 Leiter des Geschäftsbereichs Unternehmen und Standort der Industrie- und Handelskammer Darmstadt Rhein Main Neckar. Er studierte Raum- und Umweltplanung in Kaiserslautern mit Schwerpunkt Stadt- und Regionalentwicklung sowie EU-Strukturpolitik und promovierte an der Technischen Universität Dortmund zur Evolution von Governance-Strukturen der europäischen Metropolregionen in Deutschland. Theobald war 2006 Praktikant der Schader-Stiftung im Projekt Stadtumbau und Kulturwirtschaft.



Philipp Thoma, geboren 1979, ist seit 2017 Bürgermeister der Gemeinde Fischbachtal. Thoma ist Bankkaufmann und studierte Wirtschaftspädagogik an der Universität Konstanz mit Abschluss Diplom-Handelslehrer. Von 2006 bis 2017 unterrichtete er an einer Beruflichen Schule. Von 2014 bis 2017 war er zudem an das Staatliche Schulamt für den Landkreis Bergstraße und den Odenwaldkreis abgeordnet. Thoma gehört seit 2019 dem Stiftungsrat der Schader-Stiftung an, seit 2022 als dessen stellvertretender Vorsitzender. Er ist außerdem Mitglied im Finanzausschuss des Hessischen Städte- und Gemeindebundes.



Daniel Timme, geboren 1976, ist Redakteur für Forschung, Transfer und Gründungsförderung an der Hochschule Darmstadt (h_da). Er studierte Sportwissenschaft, Germanistik und Pädagogik an der Technischen Universität Darmstadt. Ab 2004 volontierte er beim Darmstädter Echo, wo er anschließend bis 2010 als Redakteur arbeitete, ehe er zur Agentur KircherBurkhardt mit Sitz in Berlin und Frankfurt wechselte. Von 2012 bis 2020 arbeitete Timme als Freier Redakteur und Lektor vor allem für Unternehmen. Seit 2018 betreut er wechselnde Projekte und Themen an der h_da.



Prof. Dr. Peter F. Titzmann, geboren 1973, ist seit 2016 Professor für Entwicklungspsychologie an der Leibniz Universität Hannover. Er studierte in Greifswald Psychologie und promovierte an der Universität Jena. Bis 2015 war er Assistenzprofessor für Lebenslauf und Kompetenzentwicklung im Kindes- und Jugendalter an der Universität Zürich, dann Professor für Psychologie an der Pädagogischen Hochschule Weingarten. Seine Forschung bezieht sich vor allem auf den Kontext von Migration, Akkulturation und normativer Entwicklung. Er gehört seit 2021 dem Kleinen Konvent der Schader-Stiftung an.



Canan Topçu, geboren 1965, ist Dozentin, Journalistin und Moderatorin mit Schwerpunkt auf den Themen Migration, Integration, Partizipation, Medien, Islam und muslimisches Leben in Deutschland. Sie studierte Geschichte und Literaturwissenschaft an der Universität Hannover. Topçu lehrt an der Hochschule Darmstadt und an der Hessischen Hochschule für öffentliches Management und Sicherheit. Sie veröffentlicht regelmäßig, führt Lesungen zu eigenen Publikationen und – unter anderem mit der Schader-Stiftung – Kulturelle Salons durch.



Anna-Lena Treitz, geboren 1996, war von 2018 bis Herbst 2023 zunächst Studentische und dann Wissenschaftliche Mitarbeiterin der Schader-Stiftung. Sie verantwortete schwerpunktmäßig die Organisation des Großen Konvents und des Kleinen Konvents (Wissenschaftlicher Beirat) der Stiftung und war Gastgeberin des Podcasts „In guter Gesellschaft“. Treitz studierte im Bachelor Soziologie und Politikwissenschaft sowie im Master Soziologie an der Goethe-Universität Frankfurt am Main.



Peter Unfried, geboren 1963, ist Chefreporter und Kolumnist der taz und Chefredakteur von taz.FUTURZWEI, Magazin für Zukunft und Politik. Er studierte Kommunikationswissenschaften, Literatur und Amerikanistik in Stuttgart und Tübingen. Sein journalistischer Schwerpunkt liegt auf der Untersuchung der gesellschaftlichen Bedingungen, unter denen ernsthafte Klimapolitik möglich wird, und auf einer dahingehenden Weiterentwicklung des politischen Journalismus.



Kirsten Uttendorf ist Operndirektorin am Staatstheater Darmstadt und freiberufliche Regisseurin. Sie studierte Theater-, Film- und Fernsehwissenschaft, Kunstgeschichte und Geschichte an der Ruhr-Universität Bochum. Uttendorf hat einen Lehrauftrag im Studiengang Theater- und Orchestermanagement an der Hochschule für Musik und Darstellende Kunst Frankfurt inne. Seit 1998 inszeniert sie als Regisseurin im Musiktheater und Schauspiel an diversen Bühnen im deutschsprachigen Raum.



Dr. Patrick Voos, geboren 1986, ist Leiter des im September 2021 neu gegründeten Amtes für Klimaschutz und Klimaanpassung der Wissenschaftsstadt Darmstadt. Er studierte Biologie an der Technischen Universität Darmstadt und war dort von 2013 bis 2017 Wissenschaftlicher Mitarbeiter. Zuletzt war Voos Referent für Umwelt-, Natur- und Klimaschutz und dabei an der Entwicklung des Leitbildes für den Stadtwald wie auch der Beschlussfassung zum Klimaentscheid beteiligt. Aktuell ist sein Fachamt für die Umsetzung des Klimaschutzplans 2035 sowie die Erstellung eines Klimaanpassungsplans zuständig.



Caroline Walter, geboren 1997, studiert im Master Stadtgeographie an der Universität Heidelberg. Ihren Bachelor absolvierte sie am Heidelberg Center for American Studies. Seit Januar 2021 arbeitet sie als Studentische Hilfskraft in der AG Stadtgeographie des Geographischen Instituts und unterstützt daneben ein Mannheimer Moderationsunternehmen bei der Begleitung von Beteiligungsprozessen. Zwischen 2018 und 2022 war sie als Studentische Hilfskraft am Heidelberg Center for American Studies in der Veranstaltungsorganisation tätig.



Sybille Wegerich, geboren 1965, ist seit 2014 Kaufmännisches Vorstandsmitglied der Bauverein AG in Darmstadt. Sie studierte Betriebswirtschaft an der European Business School (EBS). Von 1993 bis 1999 war sie Assistentin der kaufmännischen Geschäftsführung bei der Frankfurter Siedlungsgesellschaft mbH. Es folgten weitere Stationen in der Immobilienwirtschaft, unter anderem als Abteilungsleiterin. Seit mehr als zehn Jahren ist sie in Vorstandspositionen aktiv. Wegerich gehört seit 2022 dem Stiftungsrat der Schader-Stiftung an.



Dennis Weis, geboren 1987, ist seit 2018 Wissenschaftlicher Referent der Schader-Stiftung und schwerpunktmäßig verantwortlich für das Projekt „Kultur leben. Vielfalt und Integrationspotenziale in Rhein-Main und Hessen“. Er betreut weitere Projekte zu Politik und internationalen Beziehungen sowie den Podcast „In guter Gesellschaft“ und die Social-Media-Kanäle. Weis studierte Internationale Entwicklung an der Universität Wien und schloss seinen Master im Fach International Public Management and Policy an der Erasmus-Universität zu Rotterdam ab.



Prof. Dr. Petra Werner, geboren 1966, ist Professorin für Journalistik am und Mitglied im Forschungsschwerpunkt „Digitale Technologien und Soziale Dienste“ an der TH Köln. Sie studierte Journalistik und Sozialwissenschaften und war als Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Journalistik der Universität Dortmund tätig, wo sie auch promovierte. In der Deutschen Gesellschaft für Publizistik und Kommunikationswissenschaft ist sie seit über 25 Jahren aktiv. Ihre jüngsten Forschungs- und Entwicklungsprojekte drehen sich um digitale Bildungsangebote im Bereich der Gesundheitskommunikation.



Karsten Wiegand, geboren 1972, ist seit 2014 Intendant des Staatstheaters Darmstadt. Er studierte Germanistik, Politikwissenschaft und Betriebswirtschaftslehre in München und Berlin. Als Dramaturg für Schauspiel und Musiktheater begann seine Laufbahn am Hans Otto Theater in Potsdam. Er arbeitete anschließend als freier Regisseur unter anderem am Theater Bremen, an der Oper Hannover, dem Staatsschauspiel und der Staatsoper Stuttgart und der Staatsoper Berlin. Von 2008 bis 2013 war er Operndirektor des Deutschen Nationaltheaters Weimar. 2001 erhielt Wiegand den Bayerischen Theaterpreis.



Uschi Wilbert, geboren 1960, ist Leiterin des Bereichs Migration und Sprache beim Internationalen Bund in Darmstadt. Seit über 30 Jahren ist Wilbert in verschiedenen Feldern der Jugendsozialarbeit und des Jugendmigrationsdienstes tätig.



Berthold Winkler, geboren 1952, ist seit 2015 Lehrbeauftragter am Karlsruher Institut für Technologie und freiberuflich Coach, Supervisor und Logotherapeut. Er studierte Katholische Theologie an der Universität Tübingen und Sozialpädagogik an der Hochschule Reutlingen. Von 1979 bis 1984 war er Referent für Mitarbeiterfortbildung der Diözese Rottenburg-Stuttgart und leitete von 1984 bis 2010 die Katholischen Bildungswerke Stuttgart und Böblingen. Er ist Aufsichtsratsvorsitzender der ZauberBergSchule eG in Karlsruhe und „Transformations-Mentor“ für Organisationsentwicklungen in Klöstern.



Gernot Wojnarowicz, geboren 1962, ist seit 2014 Konzertdramaturg und Orchesterdirektor des Staatstheaters Darmstadt. Zuvor war er unter anderem Intendant der Philharmonie Südwestfalen und Orchestermanager beim Sinfonieorchester Münster, wo er mit dem Preis für das beste Konzertprogramm Deutschlands ausgezeichnet wurde. Er studierte Musikwissenschaft und Geschichte in Bochum und Wien und hatte Lehraufträge für Musikgeschichte, Werkanalyse und Kulturmanagement inne. Wojnarowicz ist auch Mitbegründer des „Deutschen Orchestertags“, dem Forum zur Weiterbildung für Orchestermanager*innen.



Verena Wolf, geboren 1991, ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Sonderforschungsbereich „Strukturwandel des Eigentums“ an der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Sie studierte Volkswirtschaftslehre im Bachelor an der Universität zu Köln und absolvierte ihren Master in Socio-Ecological Economics and Policy an der Wirtschaftsuniversität Wien. In ihrer Promotion untersucht sie den Zusammenhang zwischen Eigentum und der Verschmutzung der Atmosphäre. 2020 gehörte sie dem Koordinationsteam der Konferenz „Degrowth Wien: Strategien für eine sozial-ökologische Transformation“ an.



Prof. Dr. Hanna Zapp ist selbständige Beraterin in den Bereichen Strategieentwicklung, Mediation und Coaching. Sie absolvierte ein Studium in Evangelischer Theologie, Philosophie und Germanistik und promovierte an der Universität Koblenz-Landau in den Fächern Pädagogik und Soziologie. Als Oberkirchenrätin war sie Leiterin der Personal- und Organisationsentwicklung der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau. Von 2010 bis 2020 lehrte sie in den Studiengängen „Integrative Heilpädagogik“ und „Management in Sozialen Organisationen“ an der Evangelischen Hochschule Darmstadt.



Dr. Heike Zimmermann-Timm, geboren 1964, ist strategische Beraterin für Hochschulen, Forschungsorganisationen und Weiterbildungseinrichtungen. Sie studierte Biologie an der Leopold-Franzens-Universität in Innsbruck und habilitierte sich an der Universität Hamburg. Von 2009 bis 2016 war sie Geschäftsführerin der universitätsweiten Graduiertenakademie GRADE der Goethe-Universität Frankfurt und lehrt im Fachbereich Biowissenschaften. Sie ist Sprecherin des Earth System Sciences Advisory Board der Österreichischen Akademie der Wissenschaften und Beiratsmitglied des Vereins CEOs For Future.



Prof. Dr. Nils Zurawski, geboren 1968, ist seit November 2020 Leiter der Forschungsstelle der Polizei in Hamburg (FosPol) und assoziierter Wissenschaftler am Fachbereich Sozialwissenschaften der Universität Hamburg. Er studierte Soziologie, Ethnologie und Geographie in Münster, wo er 1999 promovierte. 2013 habilitierte er sich an der Technischen Hochschule Darmstadt. Zurawski arbeitet zudem als Konfliktberater und Mediator. Seine Forschungsschwerpunkte sind unter anderem Überwachung, Polizei, Stadt und Raum, Frieden und Konflikt, Nordirland, qualitative Methoden sowie Ethnographie.

9

Wahl zum Kleinen Konvent



Die Mitglieder des Großen Konvents wählen jeweils bei ihrer Jahrestagung im November aus den Reihen der Gesellschaftswissenschaftler*innen einen Kleinen Konvent, der als zentrales Beratungs- und Begutachtungsgremium die Aufgabe hat, mit dem Vorstand gemeinsam die kommende Konventstagung vorzubereiten, Kooperationsanträge zu begutachten und die Stiftung in wissenschaftlichen Fragen zu beraten.

Der Kleine Konvent besteht aus sechs Personen und soll ein weiteres Mitglied als Vertretung der nächsten akademischen Generation kooptieren. Als Nachfolge für Frau Prof. Dr. Caroline Robertson-von Trotha, die turnusgemäß aus dem Kleinen Konvent ausgeschieden ist, wurden am 3. November 2023 zwei Mitglieder des Kleinen Konvents durch den Großen Konvent für die Amtszeit 2024/25 bestätigt und ein Mitglied wurde neu gewählt:

- *Prof. Dr. Jana Friedrichsen*
Christian-Albrechts-Universität zu Kiel
- *Prof. Anselm Hager Ph.D.*
Humboldt-Universität zu Berlin
- *Prof. Dr. Ulrike Röttger*
Universität Münster

Die Wahl zum Kleinen Konvent unterliegt gemäß der Geschäftsordnung der Schader-Stiftung (GO 2.3) folgenden Grundregeln:

- Wählbar sind Gesellschaftswissenschaftlerinnen und Gesellschaftswissenschaftler im Verständnis von § 2 (2) der Satzung.
- Es muss mindestens je ein Mitglied des Kleinen Konvents dem Bereich der Soziologie, der Politikwissenschaft sowie der Publizistik- und Kommunikationswissenschaft angehören.
- Es dürfen nicht gleichzeitig mehrere Mitglieder des Kleinen Konvents einer Hochschule oder einem Institut angehören.

- Gewählt werden immer drei Mitglieder auf jeweils zwei Jahre.
- Das passive Wahlrecht ist nicht an die Präsenz bei der Tagung des Großen Konvents gebunden.
- Das aktive Wahlrecht kann nur persönlich während der Tagung des Großen Konvents wahrgenommen werden.
- Um gewählt zu werden, muss eine Person mindestens die Hälfte der abgegebenen Stimmen erreichen.
- Eine direkte Wiederwahl ist zweimalig möglich.
- Die Wahlliste wird von Vorstand und amtierendem Kleinen Konvent aufgestellt.

Eine Aufgabe des Kleinen Konvents ist es, ein Mitglied der nächsten akademischen Generation aus dem Bereich der Gesellschaftswissenschaften zu kooptieren. Für dieses stimmberechtigte Mitglied gilt eine Berufungszeit von zwei Jahren. Für die Amtszeit ab dem Großen Konvent 2023 bis zum Großen Konvent 2025 wurde in den Kleinen Konvent kooptiert:

- *Maximilian Bertamini*, Ruhr-Universität Bochum

Die Wahl zum Kleinen Konvent wurde ordnungsgemäß während der Jahrestagung des Großen Konvents am 3. November 2023 vollzogen. Im Fall von Anselm Hager und Ulrike Röttger, die dem Kleinen Konvent seit 2019 angehören, fand eine Wiederwahl statt. Jana Friedrichsen wurde neu in den Kleinen Konvent gewählt. Die Kandidierenden hatten Gelegenheit, sich persönlich vorzustellen. Die Wahlbeteiligung lag bei 85 Prozent. Jedes Mitglied des Großen Konvents hatte drei Stimmen. Dabei entfielen auf die Kandidierenden Stimmen in folgender prozentualer Verteilung:

Prof. Dr. Jana Friedrichsen	95 %
Prof. Anselm Hager Ph.D.	94 %
Prof. Dr. Ulrike Röttger	92 %

Prof. Dr. Jana Friedrichsen, geboren 1983, ist seit 2022 Professorin für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Wirtschaftsethik an der Universität Kiel. Sie studierte Volkswirtschaftslehre und System Dynamics, promovierte an der Universität Mannheim und war an der Humboldt-Universität zu Berlin, dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung und dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung e.V. Berlin tätig. Ihre Schwerpunkte sind Industrie-ökonomik, Politische Ökonomie sowie Verhaltens- und Experimentalökonomik. Seit 2023 ist sie Mitglied im Kleinen Konvent der Schader-Stiftung.

„Ich habe letztes Jahr zwei unheimlich bereichernde Veranstaltungen hier erlebt und würde mich deswegen sehr freuen, mich stärker in der Schader-Stiftung einbringen zu können, weil ich diesen Austausch mit anderen Disziplinen und auch mit Menschen aus der Praxis und aus anderen gesellschaftlichen Kontexten, die mir eben im akademischen Umfeld sonst nicht begegnen würden, wirklich sehr schätze. Ich denke, es ist sehr wichtig, dass wir diesen Austausch haben. In der Forschung interessiert mich einmal die klassische Ökonomik, also Mikrotheorie und Nachfrage und Firmenverhalten, aber vor allem auch das Verhalten von Menschen. Warum vertrauen Menschen einander, warum haben die vielleicht verzerrte Vorstellungen davon, was wahr ist oder was in unsicheren Situationen passiert und wie beeinflusst das ihr Entscheidungsverhalten? Deswegen freue ich mich auch sehr auf diesen Konvent und bin dann gespannt, was in Zukunft kommt.“

Prof. Dr. Jana Friedrichsen

Prof. Anselm Hager Ph.D., geboren 1988, ist seit 2019 Juniorprofessor für Internationale Politik an der Humboldt-Universität zu Berlin. Er studierte an der London School of Economics und promovierte an der Columbia University, New York. Ab 2017 war er Juniorprofessor für Political Economy an der Universität Konstanz. Zudem ist Hager Gastwissenschaftler am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung und forscht zu den Themen Migration, Integration und interkulturelle Konflikte. Hager ist seit 2019 Mitglied im Kleinen Konvent der Schader-Stiftung.

„Als Politikwissenschaftler bringe ich die politikwissenschaftliche Perspektive mit ein und achte darauf, dass diese hier beim Konvent und auch bei der Arbeit der Stiftung zur Geltung kommt. Da ich internationale Politik mache, ist es mir ein Anliegen, dass sich das Internationale im Konvent widerspiegelt, beispielsweise in Themen wie Migration, zu denen ich selbst forsche. Mir ist es wichtig, zu schauen, wo wir in der Wissenschaft sind und wo sich die Praxis verortet. Wo muss eigentlich gesprochen werden und wo muss auch die Wissenschaft miteinander reden? Denn zum einen treffen Praxis und Wissenschaft aufeinander, aber auch die Wissenschaften und verschiedene Disziplinen müssen zusammenkommen und voneinander lernen. Darauf, diese Perspektiven zusammenzubringen, achte ich. Insofern würde ich mich freuen, die nächsten zwei Jahre weiterzumachen und bedanke mich für den großartigen Konvent und die tolle Organisation.“

Prof. Anselm Hager Ph.D.

Prof. Dr. Ulrike Röttger, geboren 1966, ist seit 2003 Professorin für Public-Relations-Forschung an der Universität Münster. Sie studierte Journalistik und Raumplanung und war Wissenschaftliche Mitarbeiterin an unterschiedlichen Hochschulen in Hannover, Hamburg und Zürich. Von 2008 bis 2010 war Röttger Vorsitzende der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Lokale Kommunikation, Vertrauen und strategische Kommunikation, Nachhaltigkeitskommunikation. Seit 2019 gehört sie dem Kleinen Konvent der Schader-Stiftung an.

„Ich vertrete die Kommunikationswissenschaft im Kleinen Konvent und darf seit vier Jahren mitarbeiten. Das würde ich gerne fortsetzen, unter anderem, weil die Schader-Stiftung ein seltener und sehr besonderer Ort ist. Wir erleben sie als einen Ort sehr inspirierender Auseinandersetzungen und Diskussionen, als einen Ort, wo sich sehr unterschiedliche Menschen aus sehr unterschiedlichen wissenschaftlichen und handlungspraktischen Feldern begegnen, und – für mich ganz wichtig – als einen Ort, wo es immer konstruktive und wertschätzende Diskurse gibt. Ich selbst habe meinen Forschungsschwerpunkt im Bereich der strategischen Kommunikation von Organisationen und befasse mich hier im Moment zum Beispiel mit Fragen der Kommunikation von kommunalen Verwaltungen im lokalen Raum, aber auch mit der Frage, inwieweit strategische Kommunikation eigentlich die Aufgabe und die Möglichkeit hat, im Kontext der großen Transformation eine Pionierin des Wandels zu sein und Transformationsprozesse anstoßen zu können. Ich würde mich freuen, wenn ich noch zwei weitere Jahre im kleinen Konvent mitarbeiten dürfte.“

Prof. Dr. Ulrike Röttger

Maximilian Bertamini, geboren 1993, ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter und Doktorand am Institut für Friedenssicherungsrecht und Humanitäres Völkerrecht (IFHV) der Ruhr-Universität Bochum. In seiner Promotion, gefördert durch die Studienstiftung des deutschen Volkes, beschäftigt er sich mit Fragen zu Eigentum und Souveränität im internationalen Weltraumrecht. Er ist zudem Gründer und Betreiber von Scievon, einer Online-Plattform für besseren digitalen akademischen Austausch. Seit 2023 gehört Bertamini als kooptiertes Mitglied dem Kleinen Konvent der Schader-Stiftung an.

„Meinen Weg zur Schader Stiftung habe ich über einen Weltraum-Workshop gefunden, in dem ich sehr zu schätzen gelernt habe, wie offen und breit in diesem Haus mit vielen Perspektiven diskutiert werden kann. Deswegen habe ich mich sehr gefreut, als der Anruf kam und mir angeboten wurde, als kooptiertes junges Mitglied Teil des Kleinen Konvents zu werden. Ich bin aus meiner eigenen Arbeit an einem interdisziplinären Institut sehr davon überzeugt und habe es am eigenen Leib immer wieder erfahren dürfen, wie bereichernd es ist, wenn sich Wissenschaften untereinander vernetzen und nicht nur im Dialog, sondern – wie es auch in der Satzung der Schader-Stiftung heißt – in stetiger Verständigung befinden. Also in einem Ringen darum, nicht nur die eigenen Positionen rüberzubringen, nicht nur zu hören, was auf der anderen Seite passiert, sondern genuin zu versuchen, das zu verstehen. Ich glaube, das ist etwas, was nicht nur zwischen den Wissenschaften wichtig ist, sondern eben auch im Austausch der Wissenschaft mit der Gesellschaft. In diesem Sinne freue ich mich sehr auf die nächsten zwei Jahre hier in der Schader-Stiftung und bin gespannt, in welchen Punkten, in welchen Projekten ich mich hier einbringen darf. Ich freue mich in diesem Sinne auch auf einen Konvent, der unter diesem Sternzeichen stehen soll.“

Maximilian Bertamini



Vorstand und Kleiner Konvent der Schader-Stiftung danken dem Team für die Durchführung des Großen Konvents 2023. Im Bild (v.l.n.r.): Valeria Elsesser, Justus Heinecker, Laura Kappes, Robert Langer, Caroline Walter, Alexandra Engel, Benjamin Stehl, Simone Mundinger, Kirill Uschatov, Till Miethe, Luca Müller, Alexander Gemeinhardt, Rocío Guenther, Alexander Hinz, Kirsten Mensch, Luise Spieker, Özlem Zahra Eren, Dennis Weis, Kristin Sieverdingbeck, Leonie Herdel

Der Große Konvent bringt im Sinne der Kooperation zwischen Gesellschaftswissenschaften und Praxis einmal jährlich Partner*innen der Schader-Stiftung zusammen. Diskutiert wird, was die Gesellschaft konkret bewegt. Wir nehmen in den Blick, mit welchen Herausforderungen wir uns zukünftig konfrontiert sehen und welche Aufgaben sich für die Gesellschaftswissenschaften stellen. Es geht um eine gemeinsame Standortbestimmung, um die Vernetzung untereinander und um den thematischen Rahmen der Schader-Stiftung, den uns die Mitglieder des Großen Konvents für das kommende Jahr aufzeigen.

Der elfte Große Konvent am 3. November 2023 stand unter dem Motto „Willkommen in meiner Wirklichkeit“. Wir sprachen über unterschiedliche Wahrnehmungen von Realität und beleuchteten, wo der Blickwechsel Chancen bietet oder Risiken aufdeckt. Im Dialog über gesellschaftliche Marginalisierung und Entfremdung, über Journalismus und neue Medienformen und über Hoffnung und Wirklichkeit aus der Sicht jüngerer Menschen fragten wir: Wie lebt, denkt, fühlt es sich in einer je anderen Wirklichkeit?

Die vorliegende Dokumentation informiert über den Großen Konvent 2023, die Teilnehmenden und die Wahl zum Kleinen Konvent.

Weitere Informationen unter www.schader-stiftung.de/GrKo23

ISBN 978-3-932736-61-2